

# Die Internationale

---

Eine Monatschrift für Praxis  
und Theorie des Marxismus

HX

6

.I58

NUNC COGNOSCO EX PARTE



TRENT UNIVERSITY  
LIBRARY





# Die Internationale

Eine Monatschrift für Praxis  
und Theorie des Marxismus

Herausgegeben von  
Rosa Luxemburg und Franz Mehring.



## Inhalt des Heftes

Zur Einführung.

Der Wiederaufbau der Internationalen. Von Rosa Luxemburg.

Wer zahlt die Kriegskosten? Von Johannes Kämpfer.

„Sozialismus wohin wir bliden.“ Von Paul Lange.

Unsere Frauen und der nationale Fraubendienst. Von Käthe Duncker.

Für den Frieden. Von Klara Zetkin.

Aus den Parlamenten:

1. Der Riß in der preußischen Landtagsfraktion. Von Heinrich Ströbel.

2. Die Zerstückung der Reichstagsfraktion.

Die Geheimlehre und der Mythos. Von A. Thalheimer.

Unsere Altmeister und die Instanzenpolitik. Von Franz Mehring.

Litterarische Rundschau.



Preis 30 Pfg.

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Peter Berten;  
Druck von A. Gerisch & Co., G. m. b. H., beide Düsseldorf.



# Die Internationale

Eine Monatschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

April 1915

Ausgegeben am 15. April 1915

Heft 1

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

## Zur Einführung.

Diese Monatschrift verdankt ihre Entstehung der Genossin Luxemburg. Sie hatte bereits den einleitenden Aufsatz über den Wiederaufbau der Internationalen verfaßt und mehrere Mitarbeiter gewonnen als sie ein Opfer des berühmten Burgfriedens wurde. Sie ist dadurch auf Jahr und Tag ihrer öffentlichen Wirksamkeit entrissen worden, aber diese ehrenvolle Auszeichnung mußte ihre Parteifreunde um so mehr anspornen, das von ihr begonnene Werk fortzuführen, bis sie der Fesseln entledigt ist, die sie an jeder Mitwirkung hindern.

Unsere Aufgabe ist die gleiche, wie die Aufgabe der ersten, internationalen Monatschrift, die Karl Marx herausgab: Selbstverständigung über die Kämpfe der Zeit. Diese Selbstverständigung ist notwendig geworden durch die unheilvolle Verwirrung, die die Wirbel des Weltkrieges in der internationalen und zumal in der deutschen Arbeiterwelt hervorgerufen haben. So gilt es, von neuem, die einigende, sammelnde und stärkende Kraft zu erproben, die der Marxismus noch in jeder Schicksalsstunde des proletarischen Emanzipationskampfes bewährt hat.

Das Bekenntnis zu seiner Praxis und Theorie ist das einfache Programm dieser Zeitschrift.

---

## Der Wiederaufbau der Internationalen.

Von Rosa Luxemburg.

### I.

Am 4. August 1914 hat die deutsche Sozialdemokratie politisch abgedankt und gleichzeitig ist die sozialistische Internationale zusammengebrochen. Alle Versuche, diese Tatsache zu leugnen oder zu verschleiern, haben, gleichviel aus welchen Motiven sie hervorgehen mögen, objektiv nur die Tendenz: jene verhängnisvollen Selbsttäuschungen der sozialistischen Parteien, jene inneren Gebrechen der Bewegung, die zum Zusammenbruch geführt haben, zu verewigen, zum bewußten Normalzustand zu erheben, die sozialistische Internationale auf die Dauer zur Fiktion, zur Heuchelei zu machen.



Der Zusammenbruch selbst ist in der Geschichte aller Zeiten beispieldlos. Sozialismus oder Imperialismus — diese Alternative faßte erschöpfend die politische Orientierung der Arbeiterparteien im letzten Jahrzehnt zusammen. Sie wurde namentlich in Deutschland in zahllosen Programmreden, Volksversammlungen, Broschüren und Zeitungsartikeln als die Lösung der Sozialdemokratie, als ihre Auffassung von der gegenwärtigen Geschichtsphase und deren Tendenz formuliert.

Mit dem Ausbruch des Weltkrieges ist das Wort zum Fleische, die Alternative aus einer geschichtlichen Tendenz zur politischen Situation geworden. Gestellt vor diese Alternative, die sie zuerst erkannt und zum Bewußtsein der Volksmassen gebracht hatte, strich die Sozialdemokratie die Segel, räumte kampflos dem Imperialismus den Sieg ein. Noch nie, seit es eine Geschichte der Klassenkämpfe, seit es politische Parteien gibt, hat es eine Partei gegeben, die in dieser Weise, nach fünfzigjährigem unaufhörlichen Wachstum, nachdem sie sich eine Machtstellung ersten Ranges erobert, nachdem sie Millionen um sich geschart hatte, sich binnen vierundzwanzig Stunden so gänzlich als politischer Faktor in blauen Dunst aufgelöst hat, wie die deutsche Sozialdemokratie. An ihr, gerade weil sie der bestorganisierte und bestdisziplinierte Vortrupp der Internationalen war, läßt sich der heutige Zusammenbruch des Sozialismus am klarsten nachweisen.

Kautsky, der als Vertreter des sogenannten „marxistischen Zentrums“ oder politisch gesprochen: als der Theoretiker des Sumpfes, schon seit Jahren die Theorie zur willfährigen Magd der offiziellen Praxis der „Parteiinstanzen“ degradiert und dadurch zu dem heutigen Zusammenbruch der Partei redlich beigetragen hat, hat auch jetzt schon eine neue Theorie gerade zur Rechtfertigung und Beschönigung des Zusammenbruchs zurecht gedacht. Danach soll die Sozialdemokratie zwar ein Instrument des Friedens, aber kein Mittel gegen den Krieg sein. Oder, wie Kautskys getreue Schüler im österreichischen „Kampf“ mit vielen Seufzern über die heutigen Verirrungen der deutschen Sozialdemokratie dekretieren: die einzige Politik, die dem Sozialismus während des Krieges gezieme, sei „das Schweigen“; erst wenn die Friedensglocken läuten, beginne er wieder in Funktion zu treten. \*) Diese Theorie des freiwillig übernommenen Eunuchentums, die die Tugend des Sozialismus nur dadurch wahren zu können glaubt, daß sie ihn in den entscheidenden Momenten der Weltgeschichte als Faktor ausschaltet, leidet am Grundfehler aller Rechnungen der politischen Impotenz: sie ist nämlich ohne den Wirt gemacht.

Gestellt vor die Alternative: für oder gegen den Krieg, ist die Sozialdemokratie in dem Augenblick, wo sie das „Gegen“ preisgegeben hat, durch der Geschichte ehernes Muß gezwungen worden, ihr volles Gewicht für den Krieg in die Wagschale zu werfen. Derselbe Kautsky, der in der denkwürdigen Fraktionsberatung des 3. August für die Bewilligung der Kredite plädierte und dieselben „Austromarxisten“ (wie sie sich selbst nennen), die auch jetzt im „Kampf“ die Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion als eine Selbstverständlichkeit hinnehmen, vergießen gelegentlich Tränen über die nationalistischen Exzesse der sozialdemokratischen Parteiorgane und über ihre ungenügende theoretische Schulung, namentlich in der haar-scharfen Zerspaltung des Begriffes „Nationalität“ und anderer „Begriffe“, die angeblich an jenen Verirrungen schuld sei. Aber die Dinge

\*) Siehe den Artikel Fr. Adlers im Januar-Heft des „Kampf“.



haben ihre Logik, auch wo die Menschen sie nicht haben wollen. Nachdem die Sozialdemokratie sich mit ihrer parlamentarischen Vertretung für die Unterstützung des Krieges entschieden hatte, wickelte sich alles andere von selbst mit der Unabwendbarkeit des historischen Geschickes ab.

Mit dem 4. August hat die deutsche Sozialdemokratie, weit entfernt zu „schweigen“, eine hochwichtige geschichtliche Funktion übernommen: als Schildknappe des Imperialismus im gegenwärtigen Kriege. Napoleon sagte einmal: zwei Faktoren entscheiden über den Ausgang einer Schlacht, der „irdische“ Faktor, als da sind Terrain, Beschaffenheit der Waffen, atmosphärische Wirkungen usw., und der „göttliche“ Faktor, d. h. die moralische Verfassung des Heeres, seine Begeisterung, sein Glaube an die eigene Sache. Für den „irdischen“ Faktor im gegenwärtigen Kriege sorgte auf deutscher Seite am meisten die Firma Krupp in Essen, der „göttliche“ kommt in erster Linie auf das Konto der Sozialdemokratie. Die Dienste, die diese der deutschen Kriegführung seit dem 4. August geleistet hat und jeden Tag leistet, sind unermesslich. Die Gewerkschaften, die mit dem Ausbruch des Krieges alle Lohnkämpfe an den Nagel gehängt haben, und alle Sicherheitsmaßnahmen der Militärbehörden zur Verhütung von Volksunruhen mit dem Nimbus des „Sozialismus“ umgeben; die sozialdemokratischen Frauen, die ihre ganze Zeit und Kraft der sozialdemokratischen Agitation entziehen, um sie, Arm in Arm mit bürgerlichen Patriotinnen, zur Beschwichtigung notleidender Kriegerfamilien zu verwenden; die sozialdemokratische Presse, die mit einigen Ausnahmen ihre Tageblätter, Wochen- und Monatschriften dazu gebraucht, um den Krieg als nationale Sache und Sache des Proletariats zu propagieren, um je nach der Wendung des Krieges die Russengefahr und die Greuel der Zarenregierung auszumalen, das perfide Albion dem Hasse des Volkes preiszugeben, über die Aufstände und Revolutionen in fremden Kolonien zu jubeln, die Wiedererstarkung der Türkei nach diesem Kriege zu prophezeien, den Polen, Ruthenen und allen Völkern die Freiheit zu versprechen, der proletarischen Jugend kriegerische Tapferkeit und Heldennut beizubringen, — kurz, die öffentliche Meinung und die Volksmasse vollkommen für die Ideologie des Krieges zu bearbeiten; die sozialdemokratischen Parlamentarier und Parteiführer endlich, die nicht bloß Geldmittel für die Kriegführung bewilligen, sondern jede beunruhigende Regung des Zweifels und der Kritik als „Quertreiberei“ in den Volksmassen schneidig zu ersticken suchen, ihrerseits aber durch persönliche Dienste diskreter Natur wie durch Broschüren, Reden und Artikel von echtestem deutsch-nationalem Patriotismus die Regierung unterstützen — wo war ein Krieg in der Weltgeschichte, in dem Ähnliches geschah?

Wo und wann ist die Aufhebung aller Verfassungsrechte mit solcher Selbstverständlichkeit ergeben hingenommen worden? Wo ist je der strengsten Pressezensur aus den Reihen der Opposition ein solcher Hymnus gesungen worden, wie in einzelnen Blättern der deutschen Sozialdemokratie? Noch nie hat ein Krieg solche Pindare, nie eine Militärdiktatur solchen Gehorsam gefunden, nie hat eine politische Partei alles, was sie war und besaß, so inbrünstig auf dem Altar einer Sache hingegeben, gegen die bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen sie sich und der Welt tausendmal geschworen hatte. Gemessen an dieser Wandlung sind die Nationalliberalen wahre römische Katone, rochers de bronze. Gerade die mächtige Organisation, gerade die vielgepriesene Disziplin der deutschen Sozialdemokratie bewährten sich

darin, daß der Viermillionen starke Körper sich auf Kommando einer Handvoll Parlamentarier in vierundzwanzig Stunden wenden und vor einen Wagen spannen ließ, gegen den Sturm zu laufen sein Lebensziel war. Die fünfzigjährige Vorbereitungsarbeit der Sozialdemokratie verwirklicht sich im heutigen Kriege, dessen Wucht und siegreiche Kraft auf deutscher Seite von den Gewerkschaften wie von Parteiführern in hohem Maße als Frucht der „Schulung“ der Massen in den proletarischen Organisationen beansprucht wird. Marx, Engels und Lassalle, Liebknecht, Bebel und Singer schulten das deutsche Proletariat, damit Hindenburg es führen kann. Und je höher die Schulung, die Organisation, die berühmte Disziplin, der Ausbau der Gewerkschaften und der Arbeiterpresse in Deutschland als in Frankreich, um so wirksamer die Kriegshilfe der deutschen Sozialdemokratie im Vergleich zur Kriegshilfe der französischen. Mitsamt ihren Ministern erscheinen die Sozialisten Frankreichs im ungewohnten Handwerk des Nationalismus und der Kriegführung als wahre Stümper, wenn man ihre Taten mit den Diensten vergleicht, die die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften dem vaterländischen Imperialismus leisten.

## II.

Die offizielle Theorie, die den Marxismus für den jeweiligen Hausbedarf der Parteinstanzen zur Rechtfertigung ihrer Tagesgeschäfte nach Belieben mißbraucht und deren Organ die „Neue Zeit“ ist, versucht die kleine Unstimmigkeit zwischen der heutigen Funktion der Arbeiterpartei und ihren gektrigen Worten dadurch zu erklären, daß der internationale Sozialismus sich zwar viel mit der Frage beschäftigt habe, was gegen den Ausbruch des Krieges, nicht aber damit, was nach seinem Ausbruche zu unternehmen sei. \*) Als gefälliges Mädchen für alle versichert uns diese Theorie, daß zwischen der heutigen Praxis des Sozialismus und seiner Vergangenheit die schönste Harmonie obwalte, daß keine der sozialistischen Parteien sich etwas vorzuwerfen hätte, was ihre Zugehörigkeit zur Internationalen in Frage stellen würde. Gleichzeitig hat aber diese schmiegsame und biegsame Theorie auch schon eine ausreichende Erklärung in der Tasche für den Widerspruch zwischen der heutigen Position der internationalen Sozialdemokratie und ihrer Vergangenheit, ein Widerspruch, der nun doch das blödeste Auge schlägt. Die Internationale habe nur die Frage der Verhütung des Krieges ventilert. Nun aber „war der Krieg da“, wie die Formel heißt und nun stellte es sich heraus, daß nach Ausbruch des Krieges ganz andere Verhaltensmaßregeln für die Sozialisten gelten, als vor dem Kriege. Sobald der Krieg da sei, gelte für jedes Proletariat nur noch die Frage: ob Sieg oder Niederlage. Oder wie ein anderer „Austromarxist“, Fr. Adler mehr naturwissenschaftlich-philosophisch erklärt: die Nation müsse wie jeder Organismus vor allem ihr Dasein behaupten. Auf gut deutsch heißt das: es gibt für das Proletariat nicht eine Lebensregel, wie es der wissenschaftliche Sozialismus bisher verkündete, sondern es gibt deren zwei: eine für den Frieden und eine für den Krieg. Im Frieden gelte im Innern jedes Landes der Klassenkampf, nach außen die internationale Solidarität, im Kriege gelte im Innern die Klassensolidarität, nach außen der Kampf zwischen den Arbeitern verschiedener Länder. Der welt-historische Appell des Kommunistischen Manifests erfährt eine wesent-

\*) Siehe den Artikel Kautskys in der „Neuen Zeit“ vom 2. Oktober v. J.



liche Ergänzung und lautet nun nach Kautskys Korrektur: Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden und schneidet euch die Gurgeln ab im Kriege! Also heute „jeder Schuß ein Ruß, — jeder Stoß ein Franzos“, und morgen nach Friedensschluß: „seid umschlungen Millionen, diesen Ruß der ganzen Welt“. Denn die Internationale ist „im wesentlichen ein Friedensinstrument“, aber „kein wirksames Werkzeug im Kriege“. \*)

Diese gefällige Theorie eröffnet nicht bloß reizvolle Perspektiven für die sozialdemokratische Praxis, indem sie die Wandelbarkeit der Fraktion Drehscheibe, gepaart mit dem Jesuitismus des Zentrums, geradezu zum Grunddogma der sozialistischen Internationalen erhebt. Sie inauguriert auch noch eine ganz neue „Revision“ des historischen Materialismus, eine Revision, gegen die alle ehemaligen Versuche Bernsteins als ein harmloses Kinderspiel erscheinen. Die proletarische Taktik vor Ausbruch des Krieges und nach diesem Ausbruch soll ganz verschiedenen, ja direkt entgegengesetzten Richtlinien folgen. Das setzt voraus, daß auch die gesellschaftlichen Bedingungen, die Grundlagen unserer Taktik, im Frieden und im Kriege grundverschieden sind. Nach dem historischen Materialismus, wie ihn Marx begründet hat, ist die ganze bisherige geschriebene Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen. Nach Kautskys revidiertem Materialismus muß hinzugefügt werden: ausgenommen die Kriegszeiten. Demnach verläuft die gesellschaftliche Entwicklung, da sie seit Jahrtausenden von Kriegen periodisch durchsetzt ist, nach folgendem Schema: eine Periode der Klassenkämpfe, darauf Pause, worin Zusammenschluß der Klassen und nationale Kämpfe, darauf wieder eine Periode der Klassenkämpfe, wieder Pause und Zusammenschluß der Klassen und so mit Grazie fort. Jedesmal werden die Grundlagen des gesellschaftlichen Lebens im Frieden durch den Kriegsausbruch auf den Kopf gestellt, die der Kriegsperiode mit dem Augenblick des Friedensschlusses umgestülpt. Das ist schon, wie man sieht, nicht mehr eine Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung „in Katastrophen“, gegen die sich Kautsky einst mit anderen „Quertreibern“ zu wehren hatte; das ist eine Theorie der Entwicklung — in Wurzelbäumen. Die Gesellschaft bewegt sich hier etwa wie der treibende Eisberg im Frühlingsgewässer, der, wenn seine Basis im lauen Strom ringsherum abgeschmolzen ist, nach einer gewissen Zeit den Kopfsturz macht, worauf sich daselbe niedliche Spiel periodisch wiederholt.

Nun schlagen aber diesem revidierten Geschichtsmaterialismus nicht bloß alle bekannten Tatsachen der bisherigen Geschichte derb ins Gesicht, indem sie, statt des frisch konstruierten Gegensatzes zwischen Krieg und Klassenkampf, vielmehr schon sinnenfällig einen ständigen dialektischen Umschlag der Kriege in Klassenkämpfe und der Klassenkämpfe in Kriege und so ihre innere Wesenseinheit aufzeigen. So in den Kriegen der mittelalterlichen Städtegeschichte, so in den Reformationskriegen, so in dem niederländischen Befreiungskrieg, so in den Kriegen der großen französischen Revolution, so in dem amerikanischen Sezessionskrieg, so in dem Pariser Kommuneaufstand, so in der großen russischen Revolution des Jahres 1905. Auch rein abstrakt-theoretisch genommen läßt Kautskys Theorie des historischen Materialismus von der marxistischen Theorie, wie eine kurze Ueberlegung klar macht, nicht einen Stein auf dem anderen bestehen. Wenn nämlich, wie Marx

\*) Siehe den Artikel Kautskys in der „Neuen Zeit“ vom 27. November vorigen Jahres.

annimmt, sowohl Klassenkampf wie Krieg nicht vom Himmel fallen, sondern sich aus tiefliegenden ökonomisch-sozialen Ursachen ergeben, dann können beide nicht periodisch schwinden, wenn ihre Ursachen sich nicht in blauen Dunst auflösen. Nun ist der proletarische Klassenkampf nur eine notwendige Folgeerscheinung des Lohnverhältnisses wie der politischen Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Aber während des Krieges schwindet das Lohnverhältnis nicht im geringsten, im Gegenteil wird seine Wucht durch Spekulation und Gründerfieber, die auf dem üppigen Boden der Kriegsindustrie blühen, sowie durch den Druck der Militärdiktatur auf die Arbeiter gewaltsam gesteigert. Die politische Klassenherrschaft der Bourgeoisie hört ebensowenig im Kriege auf: im Gegenteil, sie wird durch die Aufhebung der Verfassungsrechte zur nackten Klassendiktatur erhoben. Wie kann also, da die ökonomischen und politischen Quellen des Klassenkampfes im Kriege zehnfach stärker in der Gesellschaft sprudeln, ihre unausbleibliche Folge, der Klassenkampf aufhören? Umgekehrt ergeben sich Kriege der heutigen Geschichtsperiode aus den Konkurrenzinteressen der Kapitalistengruppen und aus dem Ausdehnungsbedürfnis des Kapitals. Beide Triebfedern wirken aber nicht bloß während die Kanonen dröhnen, sondern auch in den Friedenszeiten, wodurch sie gerade den Ausbruch der Kriege vorbereiten und unvermeidlich machen. Ist doch der Krieg — wie Kautsky mit Vorliebe aus Clausewitz zitiert — nur „die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Und hat doch gerade die imperialistische Phase der Kapitalherrschaft durch das Wettrüsten den Frieden illusorisch gemacht, indem sie im Grunde genommen die Diktatur des Militarismus, den Krieg in Permanenz erklärt hat.

Daraus ergibt sich für den revidierten Geschichtsmaterialismus ein Entweder — Oder. Entweder ist der Klassenkampf auch im Kriege das übermächtige Daseinsgesetz des Proletariats, und die Proklamierung der Klassenharmonie an dessen Stelle im Kriege durch die Parteiinstanzen ein Frevel wider die proletarischen Lebensinteressen. Oder der Klassenkampf ist auch im Frieden ein Frevel gegen die „nationalen Interessen“ und die „Sicherheit des Vaterlandes“. Entweder der Klassenkampf oder die Klassenharmonie ist der fundamentale Faktor des gesellschaftlichen Lebens im Kriege wie im Frieden. Praktisch sieht die Alternative noch deutlicher aus: Entweder wird die Sozialdemokratie, wie ehemalige junge Draufgänger und heutige alte Betschwestern in unseren Reihen bereits reumütig ankündigen, vor der vaterländischen Bourgeoisie pater peccavi sagen und auch im Frieden ihre ganze Taktik und ihre Grundsätze gründlich revidieren müssen, um sich ihrer heutigen sozial-imperialistischen Position anzupassen. Oder sie wird vor dem internationalen Proletariat pater peccavi sagen und ihr Verhalten im Kriege ihren Prinzipien im Frieden anpassen müssen. Und was für die deutsche, gilt selbstverständlich auch für die französische Arbeiterbewegung.

Entweder bleibt die Internationale ein Haufen Trümmer auch nach dem Kriege, oder ihre Auferstehung beginnt auf dem Boden des Klassenkampfes, aus dem sie allein ihre Lebensäfte zieht. Sie wird nicht etwa durch das Hervorziehen der alten Leier nach dem Kriege wieder aufleben, auf der frisch-fromm-fröhlich und frei, wie wenn nichts geschehen wäre, die alten Melodien vorgespielt werden, die bis zum 4. August die Welt bezauberten. Nur durch eine „grausam gründliche Verhöhnung der eigenen Halbheiten und Schwächen“, des eigenen moralischen Falls seit dem 4. August, durch die Liquidierung der ganzen



Taktik seit dem 4. August kann der Wiederaufbau der Internationalen beginnen. Und der erste Schritt in dieser Richtung ist die Aktion für die schnelle Beendigung des Krieges, wie für die Gestaltung des Friedens nach dem gemeinsamen Interesse des internationalen Proletariats.

### III.

Zwei verschiedene Richtungen sind bis jetzt in den Reihen der Partei, soweit es sich um die Frage des Friedens handelt, in den Vordergrund getreten. Die eine durch das Parteivorstandsmitglied Scheidemann, durch mehrere andere Reichstagsabgeordnete und Parteiblätter vertreten, gibt als Echo der Regierung die Lösung des „Durchhaltens“ aus und bekämpft die Bewegung für den Frieden als unzeitgemäß und gefährlich für die militärischen Interessen des Vaterlandes. Diese Richtung befürwortet die Fortsetzung des Krieges, sorgt also objektiv dafür, daß der Krieg im Sinne der herrschenden Klassen „bis zum Siege, der den Opfern entsprechen wird“, bis zum „gesicherten Frieden“ fortgeführt werde. Mit anderen Worten sorgen die Anhänger des „Durchhaltens“ dafür, daß die objektive Tendenz des Krieges möglichst nahe an all die imperialistischen Eroberungen heranführt, die von der „Post“, von den Rohrbach, Dix und anderen Propheten der Weltherrschaft Deutschlands als das Ziel des Krieges offen ausgesprochen worden sind. Wenn nicht alle diese schönen Träume zur Wirklichkeit und die Bäume des jungen Imperialismus noch nicht in den Himmel wachsen werden, wird es so wenig die Schuld der „Post“-Leute sein wie ihrer Schrittmacher in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie. Nicht die feierlichen „Erklärungen“ im Parlament „gegen jede Eroberungspolitik“ sind offenbar maßgebend für den Ausgang des Krieges, sondern die Befürwortung des „Durchhaltens“. Der Krieg, für dessen Fortsetzung Scheidemann und andere eintreten, hat keine eigene Logik, deren berufene Träger diejenigen kapitalistisch-agrarischen Elemente sind, die heute in Deutschland im Sattel sitzen, nicht aber die bescheidenen Figuren der sozialdemokratischen Parlamentarier und Redakteure, die ihnen bloß die Steigbügel halten. In dieser Richtung kommt die sozialimperialistische Haltung der Partei zum offensten Ausdruck.

Während auch in Frankreich die Parteiführer — freilich aus einer ganz anderen militärischen Situation heraus — an der Parole des „Durchhaltens bis zum Siege“ festhalten, macht sich allmählich in allen Ländern immer mehr eine Bewegung für die baldigste Beendigung des Krieges bemerkbar. Was am schärfsten all diese Friedensgedanken und Friedenswünsche kennzeichnet, ist die sorgfältige Aufstellung von Friedensbürgschaften, die bei der Beendigung des Krieges zu fordern sind. Nicht bloß die übereinstimmende Forderung: keine Eroberungen, sondern eine ganze Reihe neuer Forderungen tauchen da auf: allgemeine Abrüstung, oder bescheidener: planmäßige Einschränkung des Wettrüstens, Abschaffung der Geheimdiplomatie, Freihandel für alle Nationen in den Kolonien und was der schönen Dinge mehr sind. Bewundernswert ist in all diesen Klauseln zur künftigen Beglückung der Menschheit und zur Verhütung künftiger Kriege der unverwüßliche Optimismus, der, aus der furchtbaren Katastrophe des gegenwärtigen Krieges unverseht hervorgegangen, noch am Grabe alter Hoffnungen neue — Resolutionen pflanzt. Wenn der Zusammenbruch des 4. August etwas bewiesen hat, so ist es die welthistorische Lehre, daß



eine wirksame Bürgschaft des Friedens und ein tatsächlicher Schutzwall gegen Kriege nicht fromme Wünsche, nicht schlau ersonnene Rezepte und utopische Forderungen sind, die man an die herrschenden Klassen richtet, sondern einzig und allein der tatkräftige Wille des Proletariats, seiner Klassenpolitik, seiner internationalen Solidarität durch alle Stürme des Imperialismus treu zu bleiben. Nicht an Forderungen und Formeln, sondern an der Fähigkeit, hinter diese Forderungen den Willen und die Tat im Geiste des Klassenkampfes und der Internationalität zu setzen, hat es bei den sozialistischen Parteien der ausschlaggebenden Länder, vor allem bei der deutschen, gefehlt. Heute, nach allem, was wir erlebt haben, die Friedensaktion als eine Ausklügelung bester Rezepte gegen den Krieg auffassen, hieße, das Gefährlichste für den internationalen Sozialismus feststellen: nämlich, daß er trotz aller grausamen Lehren nichts gelernt und nichts vergessen hat.

Auch hierfür finden wir in Deutschland das Musterbeispiel. In der „Neuen Zeit“ stellte jüngst der Reichstagsabgeordnete Hoch ein Friedensprogramm auf, das er — wie ihm ein Parteiorgan bezeugte — mit großer Herzenswärme befürwortete. In diesem Programm fehlte nichts: weder eine nach Nummern aufgezählte Liste von „Forderungen“, die den künftigen Kriegen auf schmerzlose und sichere Weise vorbeugen sollen, noch eine sehr überzeugende Darlegung, daß der baldige Friede möglich, notwendig und erwünscht sei. Nur eines fehlte: die Erklärung, daß und auf welchen Wegen für diesen Frieden gewirkt, mit Taten, nicht mit „Wünschen“ gewirkt werden soll! Der Verfasser gehört nämlich zu der kompakten Fraktionsmehrheit, die für Kriegskredite nicht bloß zweimal stimmte, sondern auch jedesmal diese Zustimmung als eine politische, vaterländische, sozialistische Notwendigkeit befürwortete und, vorzüglich eingedrillt in der neuen Rolle, bereit ist, mit derselben Selbstverständlichkeit weitere Kredite für die Fortführung des Krieges zu bewilligen. Im gleichen Atem materielle Mittel zur Fortsetzung des Krieges zu befürworten und die Wünschbarkeit des baldigen Friedens mit all seinen Segnungen zu preisen, „mit der einen Hand der Regierung das Schwert in die Faust zu drücken, mit der anderen den sanften Palmwedel des Friedens über der Internationalen zu schwingen“, das ist ein klassisches Stück der praktischen Sumpfpolitik, wie sie theoretisch in derselben „Neuen Zeit“ propagiert wird.

Wenn die Sozialisten neutraler Länder, wenn z. B. die Kopenhagener Konferenz die Ausarbeitung von Friedensforderungen und Friedensrezepten auf dem Papier in allem Ernst für eine Aktion zur baldigen Beendigung des Krieges hält, so ist das eine verhältnismäßig harmlose Verirrung. Die Erkenntnis der springenden Punkte in der gegenwärtigen Situation der Internationalen und der Ursachen ihres Zusammenbruchs kann und muß Gemeingut aller sozialistischen Parteien werden. Die rettende Tat zur Wiederherstellung des Friedens wie der Internationalen kann nur von den sozialistischen Parteien der kriegführenden Länder ausgehen. Der erste Schritt zum Frieden wie zur Internationalen ist hier die Umkehr auf der Bahn des Sozialimperialismus. Und wenn die sozialdemokratischen Parlamentarier weiter die Mittel zur Kriegführung bewilligen, so sind ihre Friedenswünsche und Friedensrezepte und ihre feierlichen Erklärungen „gegen jede Eroberungspolitik“ im einzelnen das, was die Kautskysche „Internationale“, deren Mitglieder sich „nichts vorzuwerfen haben“ und die sich periodisch brüderlich umarmen oder sich die Hälse ab-

schneiden, nämlich — eine Heuchelei und, was schlimmer noch — ein Wahngebilde. Auch hier haben die Dinge ihre eigene Logik. Mit der Bewilligung der Kriegskredite liefern die Hochs die Zügel aus der Hand und bewirken so gut das Gegenteil vom Frieden, nämlich das „Durchhalten“, wie die Scheidemanns, die durch die Befürwortung des „Durchhaltens“ tatsächlich die Zügel an die „Post“-Leute ausliefern und so das Gegenteil ihrer feierlichen Erklärungen gegen „jede Eroberungspolitik“ bewirken, nämlich die Entfesselung der imperialistischen Instinkte — bis zum Verbluten. Auch hier gibt es nur ein Entweder — Oder: entweder Bethmann-Hollweg oder — Liebknecht. Entweder Imperialismus oder Sozialismus, wie ihn Marx verstand.

Wie in Marx selbst der scharfe historische Analytiker und der kühne Revolutionär, der Mann des Gedankens und der Mann der Tat, unzertrennlich miteinander verbunden waren, einander unterstützten und ergänzten, so hatte der Marxismus als sozialistische Lehre zum ersten Male in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung die theoretische Erkenntnis mit der revolutionären Tatkraft des Proletariats gepaart, die eine durch die andere durchleuchtet und befruchtet. Beide gehören gleichmäßig zum innersten Wesen des Marxismus; jede, getrennt von der anderen, verwandelt den Marxismus in ein trauriges Zerrbild seiner selbst. Die deutsche Sozialdemokratie hat im Laufe eines halben Jahrhunderts von der theoretischen Erkenntnis des Marxismus die reichsten Früchte geerntet, durch ihre Säfte einen mächtigen Körper groß gezogen. Gestellt vor die größte historische Probe, eine Probe, die sie obendrein theoretisch mit der Sicherheit eines Naturforschers vorausgesehen und in allen wesentlichen Zügen vorausgesagt hatte, versagte ihr völlig das zweite Lebenselement der Arbeiterbewegung: der tatkräftige Wille, um die Geschichte nicht bloß zu verstehen, sondern sie auch zu machen. Mitsamt ihrer mustergültigen theoretischen Erkenntnis und organisatorischen Kraft wurde sie, vom Wirbel des geschichtlichen Stroms erfasst, im Nu wie ein steuerloses Rad umgedreht und unter die Winde des Imperialismus gestellt, gegen die sie sich zum rettenden Ufer des Sozialismus vorwärts arbeiten sollte. Die Niederlage der gesamten Internationalen war schon mit diesem Mißgeschick ihres „Vortrupps“, ihrer geschultesten, stärksten Elite, selbst ohne die Irrungen anderer gegeben.

Ein welthistorischer Zusammenbruch ersten Ranges, der die Befreiung der Menschheit von der Herrschaft des Kapitalismus in gefährlicher Weise verwickelt und verzögert. Wenn es aber so kommen mußte, so ist dennoch der Marxismus daran völlig unschuldig. Und alle Versuche, ihn heute dem augenblicklichen Marasmus der sozialistischen Praxis anzupassen, ihn zum feilen Apologetentum des Sozialimperialismus zu prostituieren, sind gefährlicher selbst als alle offenen und schreienden Exzesse der nationalistischen Verirrung in den Reihen der Partei; diese Versuche führen dahin, nicht bloß die wirklichen Ursachen des tiefen Falls der Internationalen noch zu verbergen, sondern auch die Quellen ihrer künftigen Aufrichtung aus diesem Fall zu verschütten. Die Internationale wie ein Friede, der dem Interesse der proletarischen Sache entspricht, können nur aus der Selbstkritik des Proletariats geboren werden, aus seiner Befinnung auf die eigene Macht, jene Macht, die am 4. August wie ein schwankes Rohr vom Sturm gepeitscht knickte, die aber, zu ihrer wahren Größe aufgerichtet, geschichtlich berufen ist, tausendjährige Eichen des sozialen Unrechts zu brechen und Berge zu



versehen. Der Weg zu dieser Macht, — nicht papierne Resolutionen — ist zugleich der Weg zum Frieden und zum Wiederaufbau der Internationalen.

\*

\*

\*

A

Der Auflag der Genossin Luxemburg ist schon im Anfang des Februar verfaßt worden. Da sie seit ihrer Inhaftierung nichts mehr daran ändern kann, halte ich mich zu der tatsächlichen Bemerkung verpflichtet, daß Kautsky seitdem bestritten hat, für die Kriegskredite plädiert zu haben. In einer Polemik sagt er selbst über seine damalige Stellung: „Ich glaubte, die Schwierigkeiten der Situation ließen sich am ehesten vermeiden durch Stimmenthaltung. Da diesem Wege weder die Mehrheit noch die Minderheit zustimmte, erschien es mir zum mindesten erwägenswert, die Entscheidung von der Gewährung von Garantien abhängig zu machen.“ Dazu bemerkt das „Hamburger Echo“, von dem ein oder gar zwei Redakteure der Reichstagsfraktion angehören: „Durchaus zuverlässige Parteigenossen, sichere Beobachter, sagen übrigens: Kautsky hat bei den offiziellen Besprechungen, zu denen er hinzugezogen war, gar keine Stimmenthaltung ernsthaft empfohlen. Hat ers getan, so vielleicht in einer Kaffeerunde der Unverantwortlichen.“ Darauf ist keine Antwort mehr erfolgt. Siehe Nr. 50 des „Hamburger Echo“ vom 28. Februar d. J.

Ferner ist zu ergänzen, daß Genosse Hoch am 20. März zu der Fraktionsminderheit gehörte, die vor der Abstimmung den Reichstagsaal verließ, da er nicht den Etat und auch nicht zehn, sondern nur fünf Milliarden neuer Kriegskredite bewilligen wollte.

F. M.

## Wer zahlt die Kriegskosten?

Von Johannes Kämpfer.

Als im Januar dieses Jahres über die finanziellen Verhandlungen zwischen Rußland, England und Frankreich berichtet wurde, fügte die „Frankfurter Volksstimme“ der Notiz die Bemerkung bei: „Mögen sie borgen und bezahlen! Wir kämpfen und arbeiten.“ — Stolz lieb ich den Spanier!

Indessen scheint es an der Zeit, daß man auch in Deutschland sich etwas mit der Frage des Bezahleus beschäftigt, nachdem das Borgen mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion besorgt ist. In der kapitalistischen Welt ist nun einmal der Krieg im hohen Grade eine Geldsache, und das Proletariat ist insofern ganz besonders an der Frage interessiert, als ihm in erster Linie das Bezahlen überlassen zu werden pflegt. Die deutsche Sozialdemokratie hat den Militarismus sehr eingehend mit dem Hinweis auf seine Kosten bekämpft, hat reichlich hierbei zuweilen sogar des Guten zu viel getan, weil die Erörterung anderer Seiten dabei zu kurz kam. Aber die Frage zu misachten, wer die Kosten des Krieges aufzubringen hat, wäre von Grund aus falsch.

Die Finanzfragen, um die es sich hier handelt, sind aufs engste mit den allgemein wirtschaftlichen Fragen verknüpft. Welche wirtschaftlichen Folgen der Krieg zeitigt, soll hier nicht eingehend erörtert werden, nur muß der Illusion entgegengetreten werden, als ob tatsächlich das wirtschaftliche Getriebe intakt geblieben ist. Fürwähig Kritiker behaupten es allerdings. Ihnen imponiert über alle Maßen, daß „die Maschine

läuft“. Nun, wenn man Kies zwischen die Mühlsteine schüttet, wird die Mühle sehr energisch klappern, nur ist das Resultat, daß statt Mehl — Sand entsteht und die Mühle ruiniert wird. Der „gute Geschäftsgang“, der in allen kriegführenden Ländern gemeldet wird, ist indessen ein solches Mahlen von Kies statt Korn. Das Getriebe wird künstlich aufrecht erhalten, weil der moderne Krieg eine Unsumme von Zerstörungsmitteln erfordert, die das Produkt menschlicher Arbeit sind. Es ist jedoch volkswirtschaftlich genommen eine unbedingt unproduktive, ja schädliche Arbeitsleistung: statt zu bereichern führt sie zur Verarmung. Millionen Männer widmen sich in Europa dem Werke der Zerstörung und weitere Millionen schaffen, um die Zerstörungswerkzeuge zu liefern. Eine gigantische Vergeudung von Stoff und Kraft, die die kriegführenden Völker ärmer machen wird. In Geld gerechnet dürfte der Krieg, wenn man nicht nur die unmittelbaren Kosten rechnet, sondern auch die Vermüstungen und die Verluste an Menschenleben veranschlagt, viele hundert Milliarden Mark kosten.

Troßdem geht die Akkumulation von Kapital vor sich. In jedem Kriege des kapitalistischen Zeitalters haben sich bestimmte Gruppen, insbesondere die Heereslieferanten, bereichert und in diesem Kriege scheint das in nie dagewesenem Maßstabe vorzukommen. Wenn aber bei der allgemeinen Verarmung bestimmte Kreise sich im Gegenteil bereichern — und diese Bereicherung dürfte sich auf viele Milliarden belaufen — so ist das nur möglich, weil die Verarmung die großen Massen der werktätigen Bevölkerung trifft: viele Tausende von Bauern und Kleinbürgern wird der Krieg in die Reihen des Proletariats hinabstürzen, während die Arbeiterschaft ihre Spargroschen verliert (am verhängnisvollsten, fürchten wir, dürfte die Aufzehrung der Kampffonds der gewerkschaftlichen Organisation sein), darüber hinaus aber infolge der Unterernährung an Lebenskraft einbüßt, was besonders für die heranwachsende Generation verhängnisvolle Folgen haben muß.

Wenn nun vom Bezahlen der Kriegskosten die Rede ist, so ist zu beachten, daß dieser Krieg in noch höherem Maße, als jeder frühere, auf Kredit geführt wird. Der Geldumlauf erhält eine ganz besondere, verzerrte Form. Den Regierungen der kriegführenden Staaten sind Kredite von vielen Milliarden zur Verfügung gestellt. Es geschieht nicht in der Form, daß ihnen Geld eingehändigt wird, denn so viel Geld, wie die Kriegsanleihen betragen, gibt es überhaupt nicht, sondern es wird diesen Regierungen durch finanzielle Abmachungen die Verfügung über Kapital überlassen. Das gelingt um so leichter, als die Kapitaleigner vielfach während des Krieges infolge des Brachliegens der industriellen Produktion, für das Umlaufkapital keine Verwendung haben. Die Regierungen verausgaben das Kapital, indem sie Kriegsmaterial kaufen, den Millionen Soldaten Unterhalt gewähren und auch einen großen Teil der Familien dieser Soldaten unterstützen. Von den verausgabten Summen bleibt ein sehr gewichtiger Teil in den Händen der Unternehmer, der Kriegslieferanten, alles andere dient der „Konsumtion“, nämlich dem Verbrauch zu absolut unproduktiven Zwecken. Dieses Kapital muß indessen zurückgezahlt und verzinst werden und die Rechnung wird nach dem Kriege präsentiert.

Die Anschauung, als ob der niedergedrückte Feind diese Kosten zu tragen haben wird, indem er Kriegsentschädigung entrichtet, kann nur von Leuten gehegt werden, denen jeder Einblick in die wirtschafts-



lichen und finanziellen Verhältnisse fehlt. Seit den napoleonischen Kriegen sind Kriegsschädigungen in großem Maßstabe nur in zwei Fällen gezahlt worden: Frankreich mußte 1871 an Deutschland 4 Milliarden Mark zahlen und China wurde nach der Expedition von 1901 eine Kontribution auferlegt, die es heute noch nicht abgezahlt hat. In dem Krimkriege, dem französisch-italienischen, spanisch-amerikanischen, in den Balkankriegen und im Transvaal-Kriege wurden Entschädigungen überhaupt nicht gezahlt, 1866 zahlte Oesterreich an Preußen die Lappalie von 20 Millionen Talern. Frankreich mußte 1871 die harte Bedingung eingehen, denn es war militärisch niedergeworfen, und es konnte sich darauf einlassen, daß es wirtschaftlich während des kurzen Feldzuges verhältnismäßig wenig gelitten hatte. Es war damals das zweitreichste Land in Europa und konnte durch die Zahlung andere Härten der Friedensbedingungen abwenden. — Heute liegen die Dinge so, daß bereits jetzt alle kriegführenden Länder wirtschaftlich schwer gelitten haben; die Kosten der Kriegführung sind enorm und ein jedes dieser Länder wäre vollständig erschöpft, wenn es außer den eigenen auch die Kosten des Siegers tragen müßte. Das würde den Ruin bedeuten, den Staatsbankrott und damit eine gewaltige wirtschaftliche Schädigung der Besitzenden des betreffenden Landes. Die Zahlung einer Kriegsschädigung zur Friedensbedingung machen, bedeutet daher den äußersten Widerstand dieser Besitzenden herausfordern; die unterliegende Partei würde diese Bedingung nur dann annehmen, wenn sie militärisch vollständig vernichtet, auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wäre. Es kommt hinzu, daß eine solche wirtschaftliche Vernichtung des Gegners den Sieger selbst schädigen müßte. Denn bei den intensiven wirtschaftlichen Beziehungen, die heute unter den einzelnen kapitalistischen Ländern bestehen, bedeutet der Ruin eines von ihnen die Schädigung auch der anderen: Verlust an Kapital, das in diesem Lande investiert ist und Verlust des Absatzmarktes. — Vor allem stehen indessen die Dinge bisher so, daß ein vollständiger Sieg einer der ringenden Staaten-gruppen, bei dem jede Bedingung von der unterliegenden Gruppe angenommen werden muß, außer dem Bereich der Möglichkeit zu liegen scheint.

Annexionen von Gebietsteilen, wie sie von kriegswütigen Politikern gefordert werden, bedeuten unter keinen Umständen finanziellen Gewinn für den annectierenden Staat, da es sich nur um Gebiete handeln könnte, die durch den Krieg wirtschaftlich ruiniert sind. Sollten aber die „Kompensationen“ in der Aneignung kolonialer Gebiete gesucht werden, so bedeutet das eine finanzielle Belastung, weil Kolonien stets Ausgaben für den beherrschenden Staat bedeuten.

Somit ist es wohl als sicher anzunehmen, daß schließlich jedes Land, das als selbständiger Staat nach diesem Kriege bestehen bleibt, die Kosten seiner Kriegführung selbst zu tragen haben wird.

Wie hoch diese sein werden, läßt sich heute keineswegs genau schätzen, vor allem, weil bisher das Ende des Krieges noch gar nicht abzusehen ist. Immerhin dürfte es nützlich sein, sich ein wenn auch entfernt richtiges Bild über die finanziellen Folgen des Krieges vor Augen zu halten. Versuchen wir, es für Deutschland zu skizzieren.

Die Kriegskosten im gewöhnlichen Sinne, d. h. die Ausgaben, die der Regierung aus der Kriegführung entstehen, sind nicht genau bekannt. Die Schätzungen gehen ziemlich weit auseinander. In dem



englischen Fachblatt „The Economist“ werden sie für Deutschland auf 47 Millionen Mark pro Tag geschätzt, also 1,41 Milliarden im Monat, während Professor Julius Wolff sie auf täglich 40 Millionen, also 1,2 Milliarden pro Monat veranschlagt. Nehmen wir die niedrigere Schätzung an, so haben die verfloßenen acht Kriegsmonate 9,6 Milliarden Mark Kosten verursacht.

Zur Deckung dieser Kosten hat sich die Regierung Kredit im Betrage von 20 Milliarden Mark bewilligen lassen und der neue Schatzsekretär, Herr Helfferich erklärte, daß diese Summe bis in den Herbst ausreichen werde. — Dieser Kriegskredit ist nicht billig. Die Anleihen werden mit 5 Prozent verzinst und unter *pari* begeben. Im Reichshaushaltsentwurf ist denn auch für die Verzinsung der 20 Milliarden die runde Summe von einer Milliarde angesetzt. Das dürfte jedoch nicht die ganzen Kosten des „Schuldendienstes“ darstellen. Bisher hat man zwar in der Finanzwirtschaft des Reiches die Frage der Schuldentilgung auf die leichte Achsel genommen: es wurde wiederholt (bei den „Finanzreformen“ von 1906 und 1909) beschlossen zu tilgen, aber es blieb bei den guten Vorsätzen; faktisch wurde nichts von der Schuld abgetragen, sondern sie wurde in den letzten Jahren beständig erhöht. Nach Beendigung des Krieges kann es unmöglich so weiter gehen, denn man würde den Kredit des Reiches in Grund und Boden zerstören, wenn man nicht endlich mit der Schuldentilgung ernst macht. Das muß um so mehr geschehen, da voraussichtlich weitere Anleiheoperationen vorgenommen werden müssen. Ein Teil der bisherigen Anleihen ist als „Schatzanweisungen“ aufgenommen worden, d. h. als befristeter Kredit: dieser Teil der Anleihen soll in den Jahren 1920 bis 1922 zurückgezahlt werden. Daß es möglich sein sollte, bis zu dieser Zeit ein paar Milliarden Ueberschüsse herauszuwirtschaften, die für die Rückzahlung verwendbar wären, scheint recht fraglich; man wird also die befristete Anleihe in eine dauernde verwandeln, d. h. man wird von neuem borgen um die fällige Schuld zu zahlen. Rechnen wir nun nur mit einer Tilgungsquote von 1 Prozent, so sind das auf die 20 Milliarden Mark Kriegsschuld 200 Millionen. Verzinsung und Tilgung werden also nach dem Kriege mindestens 1200 Millionen Mark Ausgaben erfordern.

Zu berücksichtigen ist auch, daß die Einzelstaaten ebenfalls Ausgaben für Kriegszwecke zu bestreiten haben, die sie durch Anleihen decken müssen. Preußen hat sich einen Kredit von einer Milliarde bewilligen lassen, die übrigen Einzelstaaten werden sicher nachkommen. Es ist wohl zu hoffen, daß nach dem Kriege das verworrene Verhältnis zwischen Reich und Einzelstaaten endlich geordnet wird; aber wie immer es geschieht, diese Kriegsausgaben werden schließlich die Reichsfinanzen belasten, Verzinsung und Tilgung dieser einzelstaatlichen Anleihen werden aus Reichsmitteln zu zahlen sein, die Summe von 1200 Millionen Mark jährlicher Ausgaben dürfte sich also noch erheblich erhöhen. Doch lassen wir dies vorerst außer Betracht.

Eine weitere unvermeidliche Ausgabe ist die Versorgung der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen der gefallenen Kriegsteilnehmer. Nach dem deutsch-französischen Kriege wurde aus der Kriegsentuschädigung der Kriegsinvalidenfonds in Höhe von 561 Millionen Mark gebildet. Dieses Kapital wurde zinstragend angelegt (in Eisenbahnobligationen). Die Zinsen reichten indessen nicht aus um die Ausgaben zu bestreiten, sondern es mußte das Kapital angegriffen werden.

Im Jahre 1911 war der Fonds aufgebraucht und die Kosten der Unterstützung der Invaliden von 1870 und ihrer Angehörigen mußten auf das Reich übernommen werden. Im Etat für das Jahr 1914/15 sind diese Ausgaben mit 27 435 000 Mark angesetzt. Zu versorgen sind 2303 Offiziere und Beamte, 22 782 Feldwebel, Unteroffiziere und „Gemeine“, außerdem 1071 Witwen und Waisen der Offiziere, 12 146 der „Gemeinen“; insgesamt 37 302 Personen. Pro Person beträgt die Unterstützung danach rund 735 Mark. Die gezahlten Unterstützungen sind zwar durch das Gesetz von 1906 aufgebeßert worden, aber sie können auch heute noch nicht für genügend gelten angesichts der seither eingetretenen Verminderung der Kaufkraft des Geldes. Nach dem Kriege ist eine Verteuerung des Lebensunterhaltes todsicher zu erwarten und man wird die Unterstützungssätze erhöhen müssen, wenn nicht die Kriegsoffer bittere Not leiden sollen. — Das Rechenexempel lautet also: wenn 43 Jahre nach dem Kriege, wo bereits die meisten Invaliden und Witwen der Gefallenen verstorben sind, noch 27,4 Millionen aufgewendet werden, wie hoch wird die Aufwendung nach diesem Kriege sein, unter Berücksichtigung, daß die Zahl der Kriegsteilnehmer um ein vielfaches größer ist, daß der Krieg bei weitem blutiger ist, daß die Zahl der hoffnungslosem Siechtum verfallenen Soldaten angesichts der Form des Kampfes wahrscheinlich riesengroß sein wird, daß schließlich die Kaufkraft des Geldes eine geringere geworden ist? Setzen wir das dreifachfache der im jetzigen Etat figurierenden Summe an, so ist das kaum zu hoch geschätzt und wir erhalten bereits die Summe von 723,05 Millionen Mark. — Prüfen wir nach anderer Rechnungsweise nach. Da anerkanntermaßen die Durchschnittsunterstützung von 736 Mark nicht ausreicht, wird man mit einem Durchschnitt von 1000 Mark zu rechnen haben. Dies um so mehr, da die Zahl der invaliden Offiziere und der Offizierswitwen und -Waisen, die ein gesetzliches Recht auf Pensionen haben, absolut und im Verhältnis zur Gesamtzahl sehr groß sein wird. Die Summe von 723 Millionen reicht dann für 723 000 Personen. Die Zahl der Verluste im französischen Kriege betrug an Toten und Verwundeten 129 700 Mann. Die Stärke der im Felde stehenden Armee dürfte heute um mindestens das Vierfache größer sein als damals (es standen 1870 rund 1 146 000 Mann im Felde). Die Verluste an Schwerverwundeten sind heute angesichts der Artilleriekämpfe relativ größer und der Krieg dauert jetzt schon länger als jener von 1870. Dazu kommt, daß auch die Zahl der Witwen und Waisen jetzt relativ größer sein dürfte, weil der Prozentsatz der Familienväter unter den Soldaten größer ist als damals. Somit erscheint die Zahl von 723 000 infolge des Krieges unterstützungsberechtigten Personen keineswegs übertrieben groß, sondern eher zu klein geschätzt. — Es dürfte daher der Bedarf für die Unterstützungen in den ersten Jahren des Krieges mit 750 Millionen Mark jährlich sicher nicht zu hoch veranschlagt sein. Von anderer Seite sind beträchtlich höhere Summen genannt: 800 Millionen bis zu einer Milliarde; wir setzen aber, um nicht der Uebertreibung geziehen zu werden, die genannte Summe in Rechnung: 750 Millionen Mark in den ersten Jahren nach dem Krieg.

In den Kriegsausgaben von 20 Milliarden Mark ist nichts weiter einbegriffen als die Kosten der Verpflegung der Armee und der Beschaffung von Kriegsmaterial aller Art. Selbstverständlich nützt sich das Kriegsmaterial ab und nach einem monatelangen Feldzug wird der größte Teil des Kriegsmaterials, von den Geschützen bis auf die Socken, der Erneuerung bedürfen. Das gilt insbesondere auch für die



Flotte. Selbst wenn nicht, wie bisher noch nach jedem Kriege, grundlegende Neuerungen in der Bewaffnung eintreten sollten, so werden die Kosten dieses Erfazes sehr hoch sein. Schätzen lassen sie sich vorläufig kaum. Es hängt z. B. sehr viel davon ab, ob man nach den jetzigen Erfahrungen im Seekriege von neuem kostspielige Schlachtschiffe und obendrein Unterseeboote in gewaltiger Zahl bauen wird. Sicher ist nur, daß die Ausgaben hier enorm sein werden. Aber ebenso wird es Milliarden kosten, bis die Artillerieparcs, die Zeughäuser und Magazine von neuem gefüllt sind, das Pferdmaterial ergänzt ist, die Flugzeuge, Luftschiffe, Automobile beschafft sind. Den Einwand, daß diese Ausgaben beschränkt werden können durch eine internationale Einschränkung der Rüstungen, dürften nur unverbesserliche Optimisten erheben. Die sozialen Machtverhältnisse verschieben sich nicht, es werden nach dem Kriege eher die Widerstände gegen den Militarismus geringer sein als bisher. Speziell in Deutschland bleibt formell die bisherige Reichstagsmehrheit bestehen, die an Bewilligungseifer nicht zu übertreffen ist. Man wird vielleicht zu dem Mittel greifen, diese Ausgaben auf einen längeren Zeitraum zu verteilen, indem man die Kosten vorerst durch weitere Anleihen deckt, so daß in den nächsten Jahren das Budget nicht durch die vollen Jahresraten der Ausgaben, sondern nur durch Zinsen und Tilgungsraten dieser Anleihe gedeckt wird. Indessen ist sehr fraglich, ob nach dem Kriege, wenn das Kapital wieder profitable Anlagen in Industrie und Gewerbe findet, derartige große Anleihen möglich sein werden. — Wir wiederholen, daß eine Schätzung dieser Neuausgaben schwer möglich ist. Wenn wir die Ausgaben über den bisherigen Militär- und Flotten-Etat hinaus mit 300 Millionen Mark jährlich ansetzen, so ist das sicher viel zu niedrig.

Es kommt hinzu, daß die Kriegszeit im Reichshaushalt Defizite verursachen muß. Der neue Schatzsekretär stellte zwar in seiner Budgetrede für das ablaufende Finanzjahr 1914/15 einen Ueberschuß in Aussicht, fügte aber gleich hinzu, daß dieser nur auf dem Papier stehe. Es dürfte folgendes gemeint sein: von den Summen, die im Etat für Heer und Marine vorgesehen sind, kommt ein Teil in Fortfall, weil seit dem 1. August diese Ausgaben nicht aus den regelmäßigen Einnahmen bestritten werden, sondern aus den durch Anleihen aufgebrauchten Mitteln; dadurch verschieben sich die Etatsposten. In Wirklichkeit steht die Sache so: in den acht Kriegsmonaten sind sicher die Einnahmen des Reiches gewaltig zurückgegangen. Die Einnahme aus den Zöllen, die auf 713 Millionen veranschlagt war, wird stark reduziert, da in den Kriegsmonaten die Einfuhr auf ein Minimum gesunken ist und die Zölle für Lebensmittel aufgehoben sind. Auch die Einnahmen aus den Verbrauchssteuern (Bier-, Branntwein-, Tabak-Steuer) dürfte stark vermindert sein und ebenso jene aus den Stempelsteuern (Börsen-, Wertpapier-, Wechsel-, Grundstückübertragungs-Stempel). Auch die Einnahmen der Postverwaltung dürften stark zurückgegangen sein. Auf der anderen Seite sind die Ausgaben — auch abgesehen von den direkten Kriegskosten — sicher nicht zurückgegangen, sondern sie stellen sich höher. Zieht man von den Ausgaben im ordentlichen Etat — der für 1914/15 mit 3403 Millionen balanziert wurde — jene für Heer und Marine ab, so bleiben rund 1728 Millionen Mark als Kosten der Zivilverwaltung (darunter 751 Millionen für die Reichspost, 114,5 Millionen für die Verwaltung der Reichseisenbahnen, 145,3 Millionen für den Pensionsfonds, 249,4 Millionen für den Schuldendienst, 99,4 Millionen für das Reichsamt des Innern). In den acht Kriegsmonaten, die in

das Finanzjahr fallen, sind sicher manche Positionen überschritten worden (die Beamten beziehen einen Teil ihres Gehaltes fort, während die herbeigezogenen Hilfskräfte entlohnt werden müssen; die Ausgabe für Verzinsung der Reichsschuld steigt, weil die erste Anleihe, die im Oktober realisiert wurde, verzinst werden muß usw.) Es ist daher sehr fraglich, ob die Einnahmen auch nur die Ausgaben der Zivilverwaltung decken werden. Im neuen Finanzjahr, das mit dem 1. April 1915 beginnt, werden sich die Dinge ähnlich gestalten. Bei baldigem Friedensschluß könnte es möglich sein, daß die derart entstehenden Defizite aus den bisher bewilligten Anleihen gedeckt werden können; dauert der Krieg noch einige Monate, so scheint das sehr unwahrscheinlich und es müßten dann die Fehlbeträge aus den Einnahmen künftiger Jahre gedeckt werden. Eine konkrete Summe hier zu nennen ist vorläufig unmöglich.

Auch die Einzelstaaten und die Kommunen werden das Jahr mit großen Fehlbeträgen abschließen. Die Einnahmen aus den Bahnen und Bergwerken sind zurückgegangen. Ebenso die Einnahmen aus den direkten Steuern, aus der Einkommensteuer, der Vermögenssteuer, den Gewerbesteuern, schon weil ein großer Teil der Zensiten unter den Waffen steht und ein anderer verringertes Einkommen hat. Dagegen sind die Ausgaben, ganz besonders jene der Kommunen gewaltig gestiegen. Auch hier müssen die Fehlbeträge nachträglich durch Anziehen der Steuerstraupe aufgebracht werden. Es verlautet denn auch schon manches über den finanziellen Notstand vieler Städte.

Kehren wir zu den Reichsfinanzen zurück so ergibt sich folgende Schätzung: es sind gegenüber dem Stande vor dem Kriege nach dem Kriege aufzubringen schätzungsweise jährlich:

zur Verzinsung und Tilgung der Kriegsanleihe	1200 Millionen Mark
zur Unterstützung der Kriegsinvaliden und Hinterbliebenen	750 " "
für Neuausrüstung von Heer und Marine	300 " "

Das sind zusammen 2250 Millionen Mark Mehrausgaben, wobei die Summe eher zu niedrig, als zu hoch geschätzt ist.

Nun balanziert der letzte vor dem Kriege aufgestellte Etat („ordentlicher“ und „außerordentlicher“) mit rund 3496 Millionen Mark. Indessen sind hier, abgesehen von einmaligen Einnahmen (Wehrbeitrag und Anleihe) durchlaufende Posten enthalten, die bei Deckung dieser Mehrausgaben nicht in Betracht kommen. Die Einnahmen der Postverwaltung z. B. werden bis auf einen bestimmten Ueberschuß, der nicht erheblich gesteigert werden kann, von den Ausgaben verschlungen. Nicht steigerungsfähig sind auch verschiedene Verwaltungseinnahmen. Zur Deckung neuer Ausgaben können nur die Zölle, Steuern und Gebühren herbeigezogen werden. Die Einnahmen aus dieser Quelle wurden im letzten Friedensjahre auf rund 1715 Millionen Mark veranschlagt. Sollen nach dem Kriege weitere 2250 Millionen Mark gedeckt werden, so bedeutet das, daß die Einnahmen aus Zöllen und Steuern mehr als verdoppelt werden müssen.

Der Stand der Reichsfinanzen ist bekannt. Er ist trostlos. Durch die große „Finanzreform“ des Jahres 1909 die auf Erhöhung der indirekten Steuern um 500 Millionen Mark hinauslief, wurde eine „Sanierung“ nicht herbeigeführt, denn es gelang trotz dieser Mehreinnahmen nicht, die Budgets der folgenden Jahre ohne neue Anleihen



ins Gleichgewicht zu bringen; von Schuldentilgung war keine Rede. Die Heeresvermehrungen der letzten Jahre erforderten Kosten, die das Budget immer von neuem in Verwirrung brachten, die Deckung gelang nicht. Man mußte schließlich zu dem ganz außergewöhnlichen Mittel des einmaligen „Wehrbeitrages“ greifen. Dieser trostlose Zustand ist zum Teil auf die fehlerhaften Grundlagen der deutschen Finanzwirtschaft zurückzuführen, auf das vertrackte Verhältnis der Reichs- zu den einzelstaatlichen Finanzen. Vor allem aber ergibt er sich daraus, daß die Steuerkraft der Bevölkerung erschöpft ist.

Optimisten, die da glauben, man werde nach dem Kriege zur Deckung der gewaltigen Mehrausgaben auf direkte Steuern zurückgreifen, die ausschließlich die Besitzenden treffen, geben sich unhaltbaren Illusionen hin. Die direkte Besteuerung ist in Deutschland, wenn man die einzelstaatlichen und kommunalen Steuern berücksichtigt, keineswegs niedrig zu nennen. Einer Erhöhung der sie treffenden Steuern werden die Besitzenden, solange sie in den Landtagen und im Reichstage die Mehrheit haben, sich sehr energisch widersetzen und daß nach dem Kriege das Verhältnis ein anderes wird, glaubt doch im Ernste wohl niemand. Uebrigens hat ja auch vorläufig noch der 1912 gewählte Reichstag bis 1917 das Heft in Händen und die Erfahrungen, die man mit seiner Mehrheit bei Verteilung der Steuerlasten gemacht hat, sollte unvergessen sein. Wer also auf realem Boden bleiben will, hat damit zu rechnen, daß die enormen Lasten, die der Krieg bringen muß, zum weitaus größten Teile der werktätigen Bevölkerung aufgebürdet werden. Die Frage kann nur sein, ob es durch einfache Anziehung der Schraube der indirekten Steuern geschehen wird, oder durch Einführung von ertragreichen Monopolen. Das Resultat bleibt das gleiche: Schmälerung des Einkommens der Massen dadurch, daß ihnen ein noch größerer Teil als bisher zugunsten des Staates abgezwaht wird.

Da ist die Frage von Bedeutung, wie denn dieses Einkommen sich nach dem Kriege gestalten dürfte. Daß eine kurze Periode günstiger wirtschaftlicher Konjunktur einsetzen wird ist möglich. Es gilt eben, vieles was der Krieg einreißt, neu aufzubauen. Nur darf nicht vergessen werden, daß erstens alle Länder Europas, auch die neutralen, schwer gelitten haben, überall die Verarmung eingetreten ist und deshalb der Aufschwung nicht stürmisch sein kann. Von einer Wiederkehr der Zustände, wie sie dem Kriege von 1870 folgten, dürfte kaum die Rede sein. Damals erhielt die deutsche Industrie durch die neugeschaffene politische Einheit einen gewaltigen Anstoß und ganz Europa stand ihr als aufnahmefähiges Absatzgebiet offen, da außer Frankreich kein Land durch jenen Krieg wirtschaftlich gelitten hatte. Außerdem sind heute die Produktionskräfte der Industrie riesenhaft entwickelt. Der Bedarf der entstehen wird, um den Wiederaufbau des Zerstörten zu bewerkstelligen und das Manko an Gütern zu decken, das durch Brachliegen der Güterproduktion während des Krieges entstand, wird daher sehr bald überholt werden, die Ueberproduktion wird nicht lange auf sich warten lassen. Ob unter diesen Umständen der Geldlohn erheblich steigen wird, bleibt abzuwarten. Ein paar hunderttausend arbeitsfähige Männer werden freilich weniger auf dem Arbeitsmarkt sein, als vor dem Kriege. Aber die Tendenz zur Ersetzung von lebendigen Arbeitskräften durch Maschinerie einerseits, die festgefügtten Organisationen der Unternehmer andererseits, wirken heute der Lohnsteigerung sehr wirksam entgegen auch bei wirtschaftlicher Hochkonjunktur. Auf der anderen Seite ist eines sicher: die Teuerung wird auch nach dem



Kriege anhalten. Die landwirtschaftliche Produktion wird schwer durch den Krieg beeinflusst. Rußland wird wahrscheinlich Jahre brauchen, ehe es die gleichen Massen von Produkten auf den Markt werfen kann; wichtige Gebiete in Polen, Ostpreußen, Galizien, Belgien, Nordfrankreich sind verwüstet; in Deutschland wird der Viehbestand dezimiert. Dabei war in den letzten fünfzehn Jahren das Angebot an Ackerbauprodukten im Verhältnis zum Bedarf des Weltmarktes knapp, was die Hauptursache der Teuerung war; diese Knappheit wird jetzt gesteigert. Auf dem Markte der Lebensmittel genügt aber eine geringe Verschiebung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage im Sinne geringerer Versorgung, um stark preisstigernd zu wirken. Die alte Erfahrung, daß Krieg Teuerung nach sich zieht, dürfte — befürchten wir — sich diesmal in unheimlichem Maße bestätigen. Ob eine Steigerung des Geldlohnes eintritt, ist zum mindesten fraglich, die Verteuerung des Lebensunterhaltes infolge der Lage des Weltmarktes ist sicher. Kommt dazu eine weitere Verteuerung wichtiger Lebens- und Genußmittel durch indirekte Steuern und eine Verringerung des Einkommens durch direkte Steuern — diese treffen bekanntlich auch die Arbeiter empfindlich genug — so ist eine Herabsetzung der Lebenshaltung der Massen unvermeidlich. Die Lebenshaltung der Arbeiterklasse in Deutschland ist indessen schon seit langer Zeit so schlecht, daß die Hygieniker mit Besorgnis die Abnahme der Volkskraft infolge Unterernährung konstatiert haben. Die Arbeiterklasse wird den Krieg mit Abnahme ihrer Lebenskraft zu zahlen haben.

## „Sozialismus wohin wir blicken!“

Von Paul Lange.

Die deutschen Gewerkschaften haben gemeint, im allgemeinen für die Kriegszeit auf Kämpfe für höhere Löhne verzichten und sich darauf beschränken zu müssen, Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses abzuwehren. Der Belagerungszustand engt jedoch auch in dieser Beziehung ihre Bewegungsfreiheit ein. Er wird in den einzelnen Landesteilen verschieden gehandhabt: Versammlungen sind in den meisten Bezirken mit behördlicher Genehmigung gestattet, werden aber in anderen Gegenden überhaupt verboten. Das gilt nicht nur für öffentliche, sondern auch für Mitglieder-Versammlungen der Gewerkschaften. Gleichwohl aber sind einzelne kleinere wilde Streiks, d. h. solche, die nicht durch eine Organisation geführt werden, nicht ausgeblieben. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ (20. Februar 1915) berichtet über drei solche Fälle aus Oberschlesien; an dem einen waren 870 Bergarbeiter beteiligt. Die deutschen Gewerkschaften haben sich ferner bemüht, die Arbeiter als Verbraucher zu schützen. Niemand wird diese Bemühungen bestreiten, die sich weniger durch die Agitation unter den Massen, als in Verhandlungen der Gewerkschaftsführer mit den Behörden äußerten. Wohl aber macht sich das Bestreben bemerkbar, von sozialen Errungenschaften zu reden, die tatsächlich nicht vorhanden sind.

Wenn auch das polizeiliche Vorgehen gegen die Gewerkschaften als „politische Vereine“ zunächst eingestellt worden ist, so hat doch der

preußisch-deutsche Staat von seinen Machtbefugnissen nichts an sie abgetreten. Ein sozialdemokratischer Rechtsanwalt, der auf einem früheren Gewerkschaftskongresse über die Bedrückung der Gewerkschaften klagte, hat neuerdings seine Freude über die „offizielle Anerkennung der Gewerkschaften“ ausgesprochen. In der Tat waren die herrschenden Gewalten klug genug, die freien Gewerkschaften überall dort zur Mitarbeit heranzuziehen, wo sie ihrer zur Durchführung von Staatsnotwendigkeiten bedurften. Daher gleich nach Kriegsausbruch die Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsführern und Regierungsvertretern über die Beschaffung von Arbeitskräften für die noch unerledigten Erntearbeiten; daher das Zusammenarbeiten von Regierungs- und Gewerkschaftsvertretern beim Kartoffelbau auf dem Tempelhofer Felde usw. Dort, wo man ohne die Gewerkschaften auszukommen glaubte, hat man sie nicht herangezogen. Dafür einige Beispiele: Die Reichs-Mehlverteilungsstelle besteht nur aus Staatsbeamten und Unternehmern. In den geschäftsführenden Körperschaften der Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft, die aus zahlreichen Rittergutsbesitzern und der Spirituszentrale besteht, hat kein Arbeitervertreter Sitz und Stimme; lediglich in ihrer Sachverständigenkommission finden wir als weißen Raben den Namen des Geschäftsführers eines Arbeiterkonsumvereins. Da dieser Gesellschaft vom Reiche bestimmte Vorrechte verliehen worden sind, hätte man glauben dürfen, daß ihre Geschäftsführung nicht nur den Produzenten überlassen würde. \*) Es sind zwar einige Staatsbeamte darin vertreten; die politische, die gewerkschaftliche und genossenschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat man aber nicht in angemessener Weise herangezogen. Deren Tätigkeit beschränkt sich auf untergeordnete Funktionen bei dem staatlich organisierten Vertrieb der Nahrungsmittel und auf das Reden halten hierüber.

Daß der Einfluß der Arbeiterschaft auf die Maßnahmen zur Sicherung der Nahrungsmittel nicht groß war, ergibt sich

\*) Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben sich am 24. Februar zu einem an die Adresse des Reichsamts des Innern gerichteten Protest genötigt gesehen. In dieser Petition wird die Trockenkartoffel-Verwertungs-Gesellschaft beschuldigt, der Preistreiberei nachzuhelfen. Es heißt dann darin weiter: „Es besteht aber auch nach einer anderen Richtung hin Anlaß, der Trocken-Kartoffel-Verwertungs-Gesellschaft mehr auf die Finger zu sehen. Das Geschäftsgebaren dieser Gesellschaft übersteigt alles, was im kaufmännischen Verkehr und im kapitalistischen Betriebe uns bisher begegnet ist. Die Gesellschaft verlangt von jedem, der mit ihr in Geschäftsverbindung tritt, eine Kautions, die im niedrigsten Betrag 10 000 Mark beträgt. Die Großeinkaufsgesellschaft der Konsumvereine mußte eine Kautions von 50 000 Mark hinterlegen; von der Berliner Einkaufsgesellschaft der Bäckerinnung werden 20 000 Mark verlangt. Dieses Geschäftsgebaren schließt alle Kleinbetriebe als Abnehmer aus und stellt Geschäftsbedingungen auf, die selbst bei den schlimmsten Auswüchsen der Kartell- und Trustbestrebungen sich nicht hervor gewagt haben. Es ist uns seinerzeit im Reichsamt des Innern mitgeteilt worden, daß die Gesellschaft unter der Kontrolle des Reichsamts des Innern stehe. Wenn die Kontrolle indessen nicht schärfer ausgeübt wird und energisch zugreift, dann wäre es besser, das Reichsamt des Innern überließ der Gesellschaft selbst die volle Verantwortung für ihr Tun. Wahrscheinlich würde sie dann mehr Rücksicht nehmen auf kaufmännischen Brauch und auf die Öffentlichkeit als jetzt, da sie sich durch die staatliche Aufsicht gedeckt weiß.“



daraus, daß die Höchstpreise für Getreide und Kartoffeln nicht nach ihrem Wunsche festgesetzt worden sind. Das zeigte sich auch darin, daß die von ihr gewünschte Beschlagnahme der Getreidevorräte, die sie der Verbilligung der Nahrungsmittel halber empfohlen hatte, in den ersten fünf Kriegsmonaten nicht stattfand. Der Staat griff hier nicht im Interesse der Arbeiterschaft ein, sondern tat es schließlich im eigenen Interesse. Das Getreidemonopol war notwendig geworden, um den Krieg durchführen zu können. Durch Preistreiberei allein konnte man das Strecken der Getreidevorräte nicht mit Sicherheit herbeiführen. Als man sich darüber klar war, kam im Januar 1915 das Monopol. Im Februar 1915 erwies es sich als notwendig, die Verfütterung der Kartoffeln zu verhindern. In diesem Falle griff man bisher nicht zur Beschlagnahme und Verteilung der Vorräte, sondern der Bundesrat begnügte sich damit, die Höchstpreise für die Kartoffeln heraufzusetzen. Die Beschlagnahme hätte eine Erleichterung für die Volksmassen bedeutet, die neuen Höchstpreise sind eine große Belastung.

Die Deutsche Rohhaut-Aktiengesellschaft, die Flachsz-, die Kautschuk- und die Juteabrechnungsstelle, die Kriegschemitalien-, die Kriegskammwoll-, die Kriegsleder-, die Kriegsmetall- und die Kriegswollbedarfs-Aktiengesellschaft, die Leinengarn-, die Rohbaumwoll- und die Kofshaarabrechnungsstelle, die Vereinigung des Wollhandels in Leipzig (diese befaßt sich mit der Verteilung von Kämmlingen, Wollabfällen und untergeordneten Wollsorten, die aus den feindlichen besetzten Gebieten nach Deutschland übergeführt werden), ferner der Kriegsleder-Ausrüstungsverband, der Kriegstuchverband, der Kriegsweberverband haben nach der „Chemnitzer Volksstimme“ (10. Februar 1915) die Bedeutung, „daß ein großer Teil der genannten Rohstoffe dem privatkapitalistischen Verkehr entzogen und in Gemeinverwaltung überführt worden sind“. Wenn man unter Gemeinverwaltung ein gemeinsames Wirken der Unternehmer untereinander und mit den Staatsbehörden versteht, trifft der Ausdruck zu. Ich würde freilich von Gemeinverwaltung erst dann reden, wenn die Verwaltung von Vertretern der Allgemeinheit, d. h. des Volkes, wesentlich beeinflusst wird. Dies ist bei den erwähnten und den inzwischen gegründeten ähnlichen Institutionen nicht der Fall. Das Volk, das die finanziellen Lasten tragen muß und das draußen auf dem Kampffeld seine Söhne opfert, hat auf die „wirtschaftliche Mobilmachung“ nicht den notwendigen Einfluß, also auch nicht auf die Preisgestaltung. Will die Arbeiterschaft den Grundsatz, daß man sich überall durch Mitarbeit Gehör verschaffen müsse, gerade für diese Fälle nicht praktizieren?

Es ist also falsch, anzunehmen, der Staat habe während der Kriegszeit der Demokratie und der Selbstverwaltung Zugeständnisse gemacht. Auch die Unternehmer haben von ihrem Standpunkte, den sie bisher vertraten, nichts preisgegeben. Die Theoretiker des Unternehmertums, die in den Redaktionsstuben der Unternehmerpresse sitzen, halten daran fest, daß der Kriegsdienst eine Pflicht jedes Staatsbürgers sei, die keine neuen Rechte für irgendwelche Gruppen oder Schichten der Kriegsteilnehmer begründen könne. Und ihre Praktiker handeln demgemäß. Zwar finden jetzt keine großen Lohnkämpfe statt. Es gibt sogar Kriegsarbeitgemeinschaften zwischen Unternehmern und Arbeitern. Diese arbeiten nicht nur für die Arbeiter, sondern auch im wohlverstandenen Interesse der Unternehmer. Die Arbeitsgemeinschaften wollen nicht etwa die Unternehmerprofite ausschalten. Sie suchen Notstandsarbeiten zu erhalten. Bekommen hier die Arbeiter Beschäftigung, dann finden

auch die Unternehmer ihre Profite. Gerade mit Hilfe der Vertretungen der Arbeiter in den Gemeinden lassen sich hier und da Mittel für solche Notstandsarbeiten locker machen. Dort aber, wo solche Arbeitsgemeinschaften für die Unternehmer diesen Nutzen nicht bringen können — es gibt verschiedene solcher Geschäftszweige —, da kommen auch keine Arbeitsgemeinschaften zustande. In diesen Branchen bleiben größere Differenzen zwischen Unternehmern und Arbeitern nicht aus. Die Bergarbeiter haben sich Anfang Januar 1915 offiziell beim Reichsamt des Innern beschwert, daß die Unternehmer auch jetzt auf Aussperrungen und schwarze Listen nicht überall verzichten. Die Transportarbeiter berichten über zerstörte Hoffnungen, da bei der diesjährigen Ernennung der Seeamtsbeisitzer in Hamburg die seemannischen Arbeiter gänzlich ausgefallen sind. Die hamburgische Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe hat bei der Ernennung der Seeamtsbeisitzer die freie Gewerkschaft der Seeleute überhaupt nicht um Vorschläge befragt: „Also dasselbe Cliquenwesen und dieselbe parteiische Protektionswirtschaft wie vor dem Kriege,“ schreibt der „Courier“ in Nr. 4. Die Feldzeugmeisterei Berlin hat, ohne vorher eine Verständigung mit den Gewerkschaften herbeizuführen, die Unternehmer der Metallfabriken ersucht, den abgehenden Arbeitern Abkehrscheine auszustellen, weil andere Unternehmer diese Arbeiter nur mit der ausdrücklichen Zustimmung ihres bisherigen Unternehmers anstellen sollen. In Hamburg und Stettin ist den Arbeitern der Heereslieferanten mitgeteilt worden, daß die Zurückstellungen vom Heeresdienst nur solange gelten, als der betreffende Arbeiter bei demselben Heereslieferanten tätig ist; sie treten außer Kraft, wenn der Arbeiter die Betriebsstätte wechselt, indem er bei einer anderen Rüstungsfirma eintritt. Durch diese Vorschrift, über deren militärische Notwendigkeit wir uns keine Gedanken machen wollen, werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dem uneingeschränkten Ermessen der Unternehmer anheimgestellt. Wohin das führen kann, ergibt sich aus einem Bericht über eine Metallarbeiterversammlung in Stettin. Dort ist die Frage aufgeworfen worden („Volkswote“, 14. Februar 1915): „Ist vielleicht die Maßnahme des Vulkan gerechtfertigt und geeignet, die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln, wenn an die Stelle der Gießpuffer, die wegen zu geringen Verdienstes einfach aufhören mußten, fünfzehn Stahlformer treten und zu dem Lohn der Gießpuffer von 37 Pf. pro Stunde arbeiten sollten, was für die Stahlformer eine wöchentliche Verdiensteinbuße von zirka 20 Mark bedeutete?“ Die auf diesen Satz unmittelbar folgenden Zeilen sind im Versammlungsbericht des „Volkswoten“ von der Zensur gestrichen worden. In den Rüstungsbranchen werden verschiedentlich höhere Stunden- oder Stücklöhne gezahlt, als in Friedenszeiten, so daß diese Arbeiter bei der jetzt üblichen bedeutend längeren Arbeitszeit ein wesentlich größeres Einkommen haben. Das ist aber nicht in allen Betrieben der Fall. Die „Fachzeitung für Schneider“ (16. Januar 1915) führte darüber Klage, „daß es, und zwar nicht wenig, gewissenlose Unternehmer gibt, die ihren Arbeitern und Arbeiterinnen nicht die festgesetzten Löhne zahlen. Ja, daß sich eine Ausbeutung der Arbeitskraft breit macht, wie sie auch in Friedenszeiten nicht schlimmer betrieben wurde.“ Eine überaus bezeichnende Probe davon, wie das gegenwärtige Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern von den Arbeitern empfunden wird, gibt der Zentralvorstand des Textilarbeiterverbandes, der an der Spitze von Nr. 11 des Verbandsorganes erklärt: „Da es einzelne Unternehmer auch in der jetzigen schweren



Zeit nicht unterlassen können, Arbeiter aus nichtigen Gründen auf die Straße zu werfen, hat der Vorstand beschlossen: vom 1. April 1915 an wird die Gemäßregelten-Unterstützung wieder vom Verband gezahlt.“ In der Erläuterung, die dazu gegeben wird, finden wir krasse Fälle der Lohndrückerei und der Maßregelung von Arbeitern, die den Auftrag hatten, für die Interessen ihrer Kollegen einzutreten. „Die Berichte, die über einzelne Fälle von Maßregelungen wie auch über das Vornehmen von Verschlechterungen der Löhne und Arbeitsbedingungen — heißt es in dem Gewerkschaftsblatte — lassen erkennen, wie unbegründet die Schwarmgeisterei ist, die sich in der letzten Zeit sogar in sozialdemokratischen Versammlungen und in der sozialdemokratischen Arbeiterpresse hinsichtlich der Neugestaltung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, unter besonderer Berücksichtigung deren Wirkung auf die Rechts- und Lebensverhältnisse des arbeitenden Volkes breit machte . . . Was man uns da erzählte und noch immer erzählt, was sich da angeblich mit „Naturnotwendigkeit“ in politischer wie sozialer Beziehung Gutes für die deutschen Arbeiter aus dem gegenwärtigen Kriege ergeben soll, alles das betrachten wir nicht einmal als einen Wechsel auf die Zukunft, sondern als das Produkt der Phantasie optimistischer Pumpgenies, die schon in Entzücken geraten, wenn sie ein leeres Wechselformular sehen.“ Das dürfte genügen.

Was ist nach Kriegsausbruch auf dem Gebiete der Sozialpolitik im engeren Sinne erreicht worden? Ich denke dabei nicht etwa an die größeren und kleineren Spezialwünsche der Arbeiter. Ueber solche Ansprüche wollen wir für die Dauer der Kriegszeit gar nicht reden. Aber die Gewerkschaften, die sich mit ihrem Geld, mit allen ihren Einrichtungen den Kriegsbedürfnissen wohl oder übel unterordnen, hätten in den letzten Monaten entschieden fordern müssen, daß ihre Grundlage, das Koalitionsrecht, von all den gegen sie geschmiedeten Plänen, durch klare Zusicherungen geschützt wird. Zwar ist in einer Versammlung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre ausgesprochen worden („Korrespondenzblatt der Generalkommission“ vom 16. Januar 1915), daß die vor dem Kriege geplant gewesenen Maßregeln gegen die Gewerkschaften, die das Etikett „Arbeitswilligenschutz“ trugen, infolge des Krieges endgültig als beseitigt anzusehen seien. Wenige Tage darauf aber kam die halbamtliche Meldung, daß sich nach dem Kriege alles finden werde, gegenwärtig hätten die zuständigen Amtsstellen für solche Ueberlegungen keine Zeit. Das war ein kalter Wasserstrahl, auf den die Gewerkschaften keine Antwort gegeben haben. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ (31. Januar 1915) aber schrieb dreist, an gut unterrichteter Stelle werde es für „ausgeschlossen gehalten, daß bei der Reform des Reichsstrafgesetzbuches den Arbeitswilligen der Schutz, auf den sie nach Recht und Billigkeit Anspruch erheben dürfen, verweigert werden sollte“.

Ein Gewerkschaftsführer beklagte sich („Neue Zeit“ Nr. 7) darüber, daß der Reichstag am 4. August bei Bewilligung der Kriegskredite nicht eine Milliarde für die Arbeitslosen bereit gestellt habe. Es sei beschämend, daß das Reich für alles Geld habe, nur für die Arbeitslosen nicht. Wäre es nicht erforderlich gewesen, daß man wenigstens am 2. Dezember 1914 vom Regierungstische gesagt hätte, nachdem in Dänemark, Norwegen, in Frankreich und Großbritannien bereits in früheren Jahren die Anfänge einer geordneten staatlichen



Arbeitslosenfürsorge geschaffen worden sind, wird es in der nächsten Zeit auch im Deutschen Reiche geschehen? Eine solche grundsätzliche Zusage ist nicht gegeben worden; sie ist auch in der Reichstagsitzung vom 2. Dezember von keiner Partei verlangt worden. Der Reichstag hat zwar an jenem Tage 200 Millionen Mark für Kriegswohlfahrtspflege zur Verfügung gestellt, von denen ein Teil als Zuschüsse für diejenigen notleidenden Gemeinden ausgegeben werden soll, die eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben. Auch Beihilfen der Bundesstaaten an die Gemeinden sind in Aussicht gestellt worden. Eine Förderung der gemeindlichen Arbeitslosenfürsorge ist damit aber schon um deswillen nur in sehr mäßigem Umfange eingetreten, weil der preußische Minister des Innern die Gemeinden angewiesen hatte, vor Februar 1915 nicht etwa irgendwelche Beschlüsse in Erwartung der reichsgesetzlichen Zuschüsse zu fassen. Ein gesetzlicher Zwang für die Gemeinden zur Schaffung einer Arbeitslosenfürsorge besteht nicht. Nach der von der Generalkommission der Gewerkschaften von September bis November 1914 aufgenommenen Statistik hatten 301 Gemeinden eine Fürsorge für Arbeitslose geschaffen. Diese Zahl wird nicht ganz vollständig gewesen sein. Von den 301 Gemeinden gewähren 106 den Arbeitslosen nicht regelmäßig, sondern nur gelegentlich eine Barunterstützung oder Naturalien. Zur Durchführung einer reichsgesetzlichen, die Kriegszeit überdauernden Arbeitslosenfürsorge hätten die Arbeitervertreter sich nicht auf die bloßen Beratungen hinter den Kulissen mit den Regierungsmännern beschränken brauchen, sondern auch in der Öffentlichkeit energisch auftreten können, soweit das in den Grenzen des Belagerungszustandes möglich war.

Eine nicht minder wichtige Frage war und ist die Arbeitsvermittlung. Wo nach Kriegsausbruch im Staatsinteresse (bei Ernte-, Schanzarbeiten usw.) Arbeitskräfte gebraucht wurden, hat man sie, zum Teil unter Mitwirkung der Gewerkschaften, herangeschafft. Mehr ist nicht geschehen. Und doch ist eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung auf paritätischer Grundlage dringend notwendig: um im Interesse der Arbeitsuchenden Angebot und Nachfrage auszugleichen, um die Arbeitsuchenden von den gewerbmäßigen Stellenvermittlern und gar den Unternehmernachweisen (die viel weniger Arbeitsnachweise als Kontrollstationen über die Arbeiter sind) zu befreien, und weil das Fehlen einer geordneten Arbeitsvermittlung immer noch als Vorwand dient, die staatliche Arbeitslosenfürsorge hintanzuhalten. Namentlich dieser Grund ist es, der die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung als dringend erscheinen läßt. Sie ist aber auch um deswillen eilig, weil für das Kriegsende vorbeugende Maßnahmen getroffen werden müssen, um die dann zurückkehrenden Millionen Arbeitskräfte wieder in das volkswirtschaftliche Getriebe einzufügen.

Man rühmt die während des Krieges zutage getretene Anpassungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Warum hat sie sich nicht auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge und der Arbeitsvermittlung gezeigt, auf dem mehrere feindliche Auslandsstaaten schon vor dem Kriege mit gutem Beispiel vorangegangen sind? Beim Niederschreiben dieser Abhandlung ließ sich noch nicht übersehen, was hier der Reichstag nach seinem Zusammentritt am 10. März tun werde.

Diese Forderungen sind um so berechtigter, als gerade die Arbeiterschaft als solche ungeheure finanzielle

Opfer infolge des Krieges bringen muß. Die Gewerkschaften haben zwar die Einzelleistungen ihrer Unterstützungsrichtungen teilweise herabgesetzt; sie werden aber trotzdem in hohem Maße in Anspruch genommen. Allein in der Zeit vom 3. August bis zum 30. Januar 1915 hatten die freien Gewerkschaften 17 783 129 Mark für Arbeitslosenunterstützung und 6 180 208 Mark für Familienunterstützung verausgabt. Einzelne Gewerkschaftskassen werden durch diese Unterstützungsausgaben bis auf den Grund geleert; dies ist z. B. der Fall bei dem Verband der Lithographen und Steindrucker. Nach dem Kriege werden die Gewerkschaften infolge der Ausgaben für Unterstützungszwecke in ihrer Aktionsfähigkeit stark behindert sein. Wenn man bedenkt, wie so manche Lohnbewegung wegen mangelnder Geldmittel nicht durchgeführt werden konnte, so ermißt man daran, wie die Gewerkschaften durch den Krieg getroffen werden.

Auch die Krankenkassen, die Invalidenversicherung und die Angestelltenversicherung müssen die Lasten des Krieges tragen. Wer infolge seiner Einziehung zum Heeresdienst aus einer versicherungspflichtigen Arbeit austrat, konnte auf Antrag freiwilliges Mitglied der Ortskrankenkasse bleiben. Das liegt sicher im Interesse der Kriegsteilnehmer, da sie dann gegebenenfalls Krankengeld und ihre Hinterbliebenen Sterbegeld fordern können, bedeutet aber zugleich eine große Belastung der Krankenkassen durch den Krieg. Die Landesversicherungsanstalten, das sind die Organe der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung, sind ermächtigt worden, bis zu ungefähr hundert Millionen Mark für Kriegswohlfahrtszwecke — Ausrüstung der Krieger mit Wollsachen, Arbeitslosenfürsorge usw. — zu verausgaben. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (die nur für Handlungsgehilfen, Bureauangestellte, Techniker, Privatlehrer, Privatbeamte, Werkmeister usw. gilt), hat zwar ungefähr zwei Millionen Mark zur Ausrüstung der Krieger mit Wollsachen und für einen Lazarettzug verausgabt, sie weigert sich jedoch, etwas für die arbeitslosen Versicherten zu tun, die nicht zum Heeresdienst eingezogen sind. Die Landesversicherungsanstalten werden außerdem an die im Kriege invalid gewordenen Versicherten, die ihre Wartezeit erfüllt haben, viele Millionen Mark an jährlichen Renten zahlen müssen; sie werden auch große Ausgaben haben für die Waisentrenten. Diese Leistungen sind zwar im einzelnen gering, aber bei der großen Zahl der gefallenen oder invaliden Krieger werden bedeutende Summen zu zahlen sein. So sind die Krankenkassen, die zu zwei Dritteln, und die Invalidenversicherung, die zur Hälfte aus direkten Beiträgen der Versicherungspflichtigen erhalten werden, mit zu Trägern der Kriegslasten geworden. So sehr auch den Kriegern und ihren Hinterbliebenen diese Bezüge zu gönnen sind, so hat das Volk zuvor doch kaum daran gedacht, daß der Versicherungsgesetzgebung, die für die Opfer auf dem Kampffelde der Arbeit geschaffen worden ist, solche Lasten eines wirklichen Krieges aufgebürdet werden würden, die eigentlich von der Allgemeinheit zu tragen sind. Die Unfallversicherung, die auf den Beiträgen der Unternehmer aufgebaut ist, befindet sich in einer anderen Lage. Ihr werden die Kriegsteilnehmer nicht zur Last fallen.

Nach allem besteht für die Arbeiterschaft gar kein Anlaß, über „soziale Errungenschaften“ zu jubilieren. Sie tut es auch nicht. Es sind nur wenige, die ihr eintreden wollen, man habe große Errungen-



schaften gemacht. Nicht von solchen Errungenschaften der Arbeiter während des Krieges, sondern von ihren großen Opfern kann gesprochen werden. Und man muß sich sagen, daß gerade, weil diese Opfer vorhanden sind, mit aller Energie darauf gedrungen werden muß, wenigstens so elementare Forderungen wie die Unantastbarkeit des Koalitionsrechts, das den Gewerkschaften zugrunde liegt, die praktische Anerkennung der Gewerkschaften auch dort, wo man sie nicht unbedingt braucht, sondern ihre Hinzuziehung im besonderen Arbeiterinteresse liegt, die gesetzliche Arbeitslosenfürsorge, die Arbeitsvermittlung usw. alsbald durchzusetzen. Es wäre im Interesse der deutschen Arbeiterschaft viel besser, wenn der gegen die Quertreiber entwickelte Eifer sich in der Richtung dieser „positiven Arbeit“ äußern würde.

---

## Unsere Frauen und der nationale Frauendienst.

Von Käte Dunder.

Wenige Tage nach Kriegsbeginn riefen Parteivorstand und Generalkommission die proletarischen Frauen auf, ihre Kräfte in den Dienst einer umfassenden sozialen Hilfstätigkeit zu stellen. In allen Teilen Deutschlands folgten die Genossinnen dieser Mahnung. Zum Teil wirkten sie mit bei den von den Gemeindebehörden eingeleiteten Veranstaltungen, auf manchen Gebieten haben sie auch eigene Einrichtungen ins Leben gerufen. Fast überall führte diese soziale Hilfsarbeit die Sozialdemokratinnen an die Seite der bürgerlichen Frauen, die sich in dem sogenannten „nationalen Frauendienst“ organisiert haben.

In einer Versammlung am 3. August v. J., zu der sämtliche Berliner Wohlfahrtsvereine Vertreter gesandt hatten, gab Genossin Ziek im Namen der sozialdemokratischen Frauen die Erklärung ab, mit den bürgerlichen Frauen Hand in Hand arbeiten zu wollen; eine Erklärung, die sowohl in bürgerlichen wie in Parteikreisen großes Aufsehen erregte. Und in der Tat: zu den Ueberraschungen, die der Ausbruch des Weltkrieges mit sich brachte, gehört auch diese Verschmelzung bürgerlicher und sozialdemokratischer Kriegsfürsorge. Wenn wir daran denken, wie vier Jahrzehnte hindurch nach dem Grundsatz gehandelt worden war, stets unter eigener Fahne zu marschieren — einmal, weil unsere sozialistische Weltanschauung keine Gemeinsamkeit mit bürgerlichen Gesellschaftsstützen zuläßt und ferner, weil unsere Agitationskraft von der stärksten Hervorhebung des Klassencharakters der Arbeiterbewegung abhängt — so mußten es wohl schon sehr gewichtige Gründe sein, die zu völligem Wandel auf diesem Gebiete führten. Wer hätte je vorher an die Möglichkeit des Zusammengehens sozialdemokratischer Frauen mit bürgerlichen Wohlfahrtsdamen gedacht!

Als Beispiel für die nunmehr eingeleitete gemeinsame Arbeit von Genossinnen und bürgerlichen Frauen mögen die Berliner Verhältnisse kurz geschildert werden. Genossin Ziek als Vertreterin der Partei, Genossin Hanna für die Gewerkschaften und Genossin Lodahl für die Genossenschaften konstituierten sich zunächst als Zentrale der prole-

tarischen Frauen. Diese drei Genossinnen sind zugleich unter die Beisitzerinnen eingereiht, die der Vorstand des nationalen Frauendienstes sich angegliedert hat. Der nationale Frauendienst betrachtet sich in erster Linie „als Hilfstruppe der städtischen Verwaltung in der Organisation der Kriegsfürsorge. Mit Rücksicht darauf hat er im Anschluß an die Unterstützungskommissionen, die die Gesuche für die gesetzliche Kriegsunterstützung zu prüfen und zu bewilligen haben, Hilfskommissionen in 23 Steuerbezirken Berlins eingerichtet“. In jeder dieser Hilfskommissionen ist der bürgerlichen Vorsitzenden eine Genossin beigeordnet. Mit der Auszahlung der Kriegsunterstützung haben diese Kommissionen unmittelbar nichts zu tun. Sie haben nur die nötigen Aufnahmen zu machen, den Hilfesuchenden Rat zu erteilen und sie an die Steuerkasse ihres Bezirks zu weisen. Die Recherchen nach der Bedürftigkeit dürfen die Hilfskommissionen nur dann vornehmen, wenn sie von dem zuständigen Bezirksvorsteher damit beauftragt worden sind. Die beiden Leiterinnen der Hilfskommission haben Sitz in der ihnen übergeordneten städtischen Unterstützungskommission; aber ein Stimmrecht bei der Bewilligung der Unterstützung steht ihnen nur für solche Fälle zu, die sie selbst recherchiert haben. In Fällen, die weder für die Kriegsunterstützung noch für die Armenpflege in Betracht kommen, haben die Hilfskommissionen selbständig zu recherchieren. Zu den Recherchen und anderen Arbeiten stehen jeder einzelnen Hilfskommission eine Reihe bürgerliche und sozialdemokratische Hilfskräfte zur Verfügung. Etwa 600 Genossinnen hatten sich anfangs zu solcher Hilfeleistung bereit erklärt. Auf Auskunftserteilung und Recherchendienst sollte sich zunächst die Tätigkeit der kommunalen Hilfskommissionen beschränken. Aber es kamen zahlreiche Fälle furchtbarer Notlage vor, die eine sofortige Hilfeleistung notwendig machten. Dazu wurden den Kommissionen aus städtischen oder Vereinsfonds Mittel gewährt, über die sie frei verfügen. Sie können jetzt innerhalb bestimmter Grenzen Milch-, Gemüse- und Kartoffelscheine ausgeben. Auch die Berliner Konsumgenossenschaft überließ den Kommissionen Warenanweisungen zur Verteilung.

Zwei Arbeitsgebiete, auf denen die Berliner Genossinnen selbständige Einrichtungen schufen, sind die Kranken- und Wöchnerinnenpflege und die Kinderfürsorge. Die Kommission für Kranken- und Wöchnerinnenpflege vermittelt unentgeltliche Hauspflegerinnen, im Bedarfsfalle auch ärztliche Hilfe. Sieben Ärzte und eine stattliche Anzahl von Genossinnen haben sich ihr zur Verfügung gestellt. Die Berliner Kinderschutzkommission erweiterte ihr Arbeitsgebiet wie ihren Helferinnenkreis und schuf Horte für die Kinder erwerbstätiger Mütter. In 19 Sammelstellen wurden schließlich gegen 3000 Kinder tagsüber beaufsichtigt, beschäftigt und mit Hilfe des Vereins für Kindervolkstüchen auch beköstigt. Obwohl eine Anzahl Genossinnen auf diesem Gebiet geradezu Bewundernswürdiges leistete, mußten diese Sammelstellen doch mit Beginn der kalten Jahreszeit aufgelöst werden, hauptsächlich aus Mangel an geeigneten heizbaren Lokalen, aber auch an Geld und einer genügenden Anzahl von Hilfskräften.

Wie in Berlin, so arbeiten auch in fast allen größeren Städten die Genossinnen auf den verschiedenen Gebieten der Kriegsfürsorge mit. Demgegenüber erscheint es nicht unangebracht, einmal die Frage aufzuwerfen, ob und inwiefern diese offizielle Beteiligung der sozialdemokratischen Frauen für die Partei als solche von Vorteil ist. Genossin



Zieg hat wiederholt ausgeführt, daß die Genossinnen, die durch den Krieg in Not geraten sind, es nicht verstehen würden, wenn wir uns jetzt nicht hilfreich ihrer annähmen; daß wir sie dagegen durch unsere tätige Hilfe innerlich fester an uns ketten würden. Soweit Berliner Verhältnisse in Betracht kommen, hat sich aber herausgestellt, daß die, die bei den Hilfskommissionen Rat und Unterstützung erbitten, nur zu einem ganz geringen Teil Genossinnen sind. Die Mehrzahl der Hilfesuchenden gehören jener Schicht an, die wirtschaftlich und daher auch meist kulturell noch zu tief stand, um von unserer Aufklärungs- und Organisationstätigkeit erfaßt zu werden. Ein kleiner Teil dagegen rekrutiert sich aus Kreisen, die bis zum Krieg in einem relativen Wohlstand dahinlebten, durch die Einberufung oder plötzliche Arbeitslosigkeit des Ernährers aber auf einmal vor dem Nichts stehen — Privatbeamte, kaufmännische Angestellte usw. — diesen beiden Schichten gilt die Hauptarbeit der Hilfskommissionen. Es scheint, als ob die Genossinnen, die für die Kriegsunterstützung in Betracht kommen, bereits durch Beratung von Seiten ihrer Organisationen in den Stand gesetzt sind, ohne weitere Mithilfe ihre Rechte geltend zu machen. Der von Genossin Zieg angeführte Grund würde also — wenigstens für Berlin — nur in sehr beschränktem Maße gelten.

Die Genossinnen, die sich zu Recherchen usw. zur Verfügung stellten, ließen sich dabei vielfach von der Hoffnung leiten, durch ihre Mitarbeit neue Anhänger für unsere Organisation und unsere Presse zu gewinnen. Aber abgesehen davon, daß die Recherche bei den in Not Geratenen wohl kaum als die richtige Gelegenheit angesehen werden kann, diese zu Vereinsbeitritt oder Zeitungsabonnement aufzufordern, bieten die meisten zu Recherchierenden schon aus den bereits angeführten Gründen ein sehr ungünstiges Rekrutierungsmaterial für uns.

Wenn also der Erfolg, den die Mitarbeit der Genossinnen an der Kriegshilfe für die Partei hat, sehr problematisch ist, so läßt sich andererseits nicht leugnen, daß diese Mitarbeit manchenorts auf die Art, mit der man den Hilfesuchenden entgegenkam, erziehlich eingewirkt hat. Manche der bürgerlichen Damen brachte die herablassende Miene und den überheblichen Ton mit, der uns die bürgerliche „Liebestätigkeit“ bisher oft unsympathisch machte. Die eine meinte, ihren Ratschlägen fromme Traktätchen beigeben zu sollen; die andere hielt es für angebracht, den unehelichen Müttern eine energische Moralpredigt zu halten; ja, es ist sogar mehrfach vorgekommen, daß in diesen Tagen, wo von „maßgebenden“ Stellen der deutsche Kinderreichtum als die „Hauptquelle unserer Kraft“ gepriesen wird, kinderreichen Müttern Vorwürfe über ihren sträflichen Leichtsinns oder gar über ihre Unsittlichkeit gemacht wurden. An anderer Stelle ermahnte man jeden Arbeitslosen, mochte er noch so elend und schwächlich aussehen, sich doch sofort als Müllkutscher anwerben zu lassen — eine Arbeit, die bekanntlich große Körperkraft voraussetzt; und wenn der Mann dies ablehnte, dann wurde womöglich in den Papieren vermerkt: N. N. will sich nicht nach Arbeit umsehen. In solchen und ähnlichen Fällen konnten die Genossinnen mildernd eingreifen und bei den bürgerlichen Helferinnen allmählich mehr soziales Gefühl und soziales Verständnis hervorrufen. Wir sind weit davon entfernt, diesen Erfolg gering einzuschätzen, aber wir meinen, daß der Preis, um den er errungen wurde, für die Partei doch etwas zu hoch war. Viele Hundert tätige Genossinnen waren monatelang der eigentlichen Parteiarbeit entzogen und vollständig von

der Hilfstätigkeit in Anspruch genommen. Unterdes ist die Zahl freilich stark zurückgegangen: die einen sahen sich in den Hoffnungen enttäuscht, die sie auf ihre Mitarbeit gesetzt hatten oder konnten zu keinem harmonischen Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Frauen gelangen; die anderen hinderte die Notwendigkeit des Erwerbes daran, ihre Zeit dauernd in den Dienst der Kriegshilfe zu stellen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Partei die Frauenkräfte entbehren mußte in einer Zeit, wo sie ihrer infolge der Einberufung der Männer am meisten bedurft hätte. Die Posten gar vieler Bezirksführer, Kassierer, Bibliothekare usw. verwaisten und konnten nicht wieder besetzt werden. Monatelang wurde in den meisten Parteizusammenkünften, besonders denen der Frauen, über nichts anderes gesprochen, als über die Hilfsaktion, obwohl längst die Notwendigkeit eingetreten und vielfach auch der dringende Wunsch vorhanden war, sich mit anderen, für die Partei wichtigeren Dingen zu beschäftigen. Die Ursachen des Krieges, unsere Stellung zu ihm, unsere nächsten politischen Aufgaben zu erörtern, war für die Angehörigen einer politischen Partei wohl das Allernotwendigste.

Zusammenfassend müssen wir daher sagen: die persönliche Mitarbeit zahlreicher Genossinnen bei der Kriegshilfe ist wohl zu verstehen aus dem rein menschlichen Wunsche zu helfen, wie aus dem psychologischen Bedürfnis heraus, die eigenen Gedanken durch fieberhafte Tätigkeit von den furchtbaren Ereignissen draußen abzulenken. Die offizielle Beteiligung der Parteigenossinnen können wir dagegen nicht als richtig anerkennen. Die Not zu lindern, die der Krieg mit sich gebracht hat, kommt denen zu, die für ihn eintreten und die schließlich, so oder so, seine Nutznießer sind. Wir, die wir ihn von je bekämpft haben, mußten uns darauf beschränken, Maßregeln zur Linderung der Not zu fordern, auf politischem Wege zu erzwingen und ihre Durchführung zu überwachen. So haben wir es bisher stets gehalten gegenüber den allgemeinen sozialen Notständen, die aus der heutigen Gesellschaftsordnung entspringen wir haben entsprechende Einrichtungen gefordert, aber nicht selbst geschaffen. Das kann niemals die Aufgabe einer politischen Partei sein, ganz abgesehen davon, daß die Proletarier, wenn sie mit derartigen Einrichtungen den bürgerlichen Konkurrenz machen wollen, stets den kürzeren ziehen werden, aus Mangel an Mitteln und an geschulten und wirtschaftlich unabhängigen Kräften.

Gewiß hätte es eine Situation geben können, in der auch wir für offizielle Beteiligung der Parteigenossinnen an der Kriegsfürsorge eingetreten wären. Hätte die Fraktion durch Ablehnung der Kriegskredite ihre prinzipielle Opposition gegen den Völkermord zum Ausdruck gebracht, dann würde unsere Hilfsarbeit der Welt gezeigt haben, daß wir zwar nimmermehr Wunden zu schlagen, wohl aber Wunden zu heilen bereit sind. Dann hätten wir, da unsere sozialistische Aufklärung durch die Fraktionstat besorgt gewesen wäre, unserem allgemeinen sozialen Mitgefühl unbeschränkt Folge leisten können. Wir hätten damit auch eine Aufklärungsarbeit geleistet gegenüber denen, die unsere Kreditablehnung als Feindschaft gegen die Soldaten und Soldatenfamilien ausgelegt haben würden. — Es ist anders gekommen! Dadurch entstand für die klassenbewußten Genossinnen aber die Pflicht, den Trennungsstrich zwischen sich und der bürgerlichen Welt nicht auch noch verwischen zu helfen, sondern sich mit aller Energie in den Dienst unserer



Organisations- und Aufklärungsarbeit zu stellen. Vielleicht war nie eine Zeit so geeignet, den Massen den ganzen Widersinn, die Kulturlosigkeit und Gemeingefährlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzudecken wie die jetzige. Damit arbeiten wir zugleich im Sinne des in Stuttgart, Kopenhagen und Basel angenommenen internationalen Manifestes, das uns die Verpflichtung auferlegt, „mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.

---

## Für den Frieden.

Von Klara Zetkin.

Mengste, quäle dich nicht länger, liebe Seele!  
Freu dich! Schon sind da und dorten  
Morgenglocken wach geworden.

E. Mörike.

Während draußen brüllende Geschütze künden, daß der Imperialismus die Proletarier der kriegführenden Staaten in seinen Dienst genommen und damit über den internationalen Sozialismus triumphiert hat; während das Echo dieses Siegesdonners uns entgegen klingt aus den verwirrten und verwirrenden Reden sozialistischer Führer und den nicht besseren Artikeln von Arbeiterblättern im In- und Ausland; während der von den chauvinistischen Phrasen verstörte Sinn großer Arbeitermassen noch zwischen Zweifeln hin und herwühlt; beginnt ein neuer Tag mit seinen Hoffnungen und Aufgaben für jene heraufzudämmern, die durch die Finsternis das Banner der sozialistischen Grundsätze unbeirrt weiter getragen haben. Aus mancherlei Geschehen haucht uns die erquickende, tröstliche Frühstimmung an, die der einzige Mörike in schlichte Worte gebannt hat, deren geheimnisvollen Zauber uns Hugo Wolfs Tonkunst ganz empfinden läßt. Morgenglocken sind wach geworden! Morgenglocken, die wohl leise, aber bestimmt davon reden, daß die Arbeiter der kriegführenden Länder sich inmitten des imperialistischen Kaufsches wieder auf ihre eigenen Klasseninteressen und ihre große geschichtliche Mission zu besinnen anfangen. Denn dies und nichts anderes ist der Sinn der sich mehrenden Kundgebungen für die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder und für einen Frieden, der den sozialistischen Grundsätzen entspricht.

Wenn wir in diesem Zusammenhang zuerst auf die Beschlüsse der Kumpfkongferenz skandinavischer und holländischer Sozialisten zu Kopenhagen verweisen, so wollen wir damit keineswegs eine überragende Wichtigkeit dieser Veranstaltung andeuten. Gegen eine solche spricht noch weniger, daß die Konferenz nur sozialistische Vertreter einiger weniger neutraler Staaten vereinigt, als ein anderer Umstand. Sie war angesichts der Zeit und ihrer Anforderungen viel mehr Führer-

tagung für fromme Wünsche altsozialistischen Kongreßstils, als der Ausdruck eines bewußten proletarischen Massenwillens, der zur Tat drängt. Weittragende Bedeutung könnte die Konferenz erst erlangen, wenn ihr Werk dazu beitragen würde, einen solchen auf den Frieden gerichteten Massenwillen sowohl in den neutralen, als namentlich auch in den kriegführenden Ländern zu erwecken. Das hat sie selbst in der Resolution anerkannt, in der das Resultat der Beratungen zusammengefaßt ist. Dieser fruchtbaren Wirkung steht jedoch im Wege, daß die Tagung die Haltung der sozialistischen Parteien in den kriegführenden Ländern nicht kritisch gewürdigt und dadurch die Arbeiter nicht an das gemahnt hat, was für eine unterdrückte, kämpfende Klasse eine alte politische Notwendigkeit ist: über ihre Konsuln zu wachen und kühn die Initiative zu ergreifen, wenn diese unsicher zaudern.

Immerhin ist die Konferenz in ihrer Stellungnahme sozialistischer und charaktervoller gewesen, als die Berichte der deutschen Parteiblätter sie erscheinen ließen. So protestierte sie z. B. gegen die Verletzung des Völkerrechts, deren Deutschland sich wider das unglückliche Belgien schuldig gemacht hat und fordert von der Sozialdemokratie der kriegführenden Länder energischen Widerstand gegen jede gewaltsame Annexion. Für Sozialisten sind das bescheidene Selbstverständlichkeiten, die jetzt vor den breitesten Massen mit unbeugbarer Entschiedenheit auszusprechen und von diesen Massen aussprechen zu lassen die deutsche Sozialdemokratie immer noch nicht als eine Pflicht des Augenblicks erkannt hat. Die schwächlichen und dehnbaren Erklärungen der Reichstagsfraktion vom 4. August und 2. Dezember v. J. sind um so ungenügender, als bekanntlich manche politischen und gewerkschaftlichen Führer und Blätter im schroffsten Widerspruch dazu reden und schreiben.

Die größte Wichtigkeit kommt unstreitig allen Erscheinungen zu, in denen sich ein erstes bewußtes Aufbäumen der Sozialisten, der Proletarier Frankreichs dagegen verrät, daß die Anforderungen des imperialistischen Weltkrieges noch länger die geschichtlichen Gebote des proletarischen Klassenkampfes außer Kraft setzen sollen. Sie stehen in schärfstem Gegensatz zu der ultranationalistischen Haltung der sozialistischen Partei und müssen als einsetzender elementarer Protest aus den Tiefen des werktätigen Volkes selbst eingeschätzt werden. Es wird der Ruhm der Parteiföderation des Mindepartements, ihres Organs „L'Éclair de l'An“, und ihres tapferen Sekretärs Nicot bleiben, den Grundsätzen der sozialistischen Internationalen zuerst wieder öffentlich Gehör und Stimme gegeben zu haben, während der Lärm des imperialistischen Herrensabbats das Klassenbewußtsein der französischen Proletarier übertäubte und sogar den bewährtesten ihrer Führer den Sinn für die historische Wirklichkeit völlig trübte. Wie Scheidewasser lösten diese Grundsätze alle gleichenden Ideologien auf, in denen sich in der Gluthitze des Weltkrieges bürgerliche und sozialistische Auffassungen wunderbar verschmolzen haben. Sie proklamieren, an ihnen die Ereignisse und ihre Konsequenzen messen, lief darauf hinaus, die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder in ihren rechtmäßigen Platz hoch und gebieterisch über die angeblich nationale Zusammengehörigkeit aller Klassen wieder einzusetzen, und die schleunige Beendigung des proletarischen Brudermordes zu fordern. Es war gleichbedeutend damit, die Unterstützung des imperialistischen Weltkrieges durch Sozialisten zu verurteilen — ganz gleich in welchem Lande sie erfolgte und in welche „Erklärung“ sie eingewickelt werden mochte —



und mit dem allen in Opposition zur Politik der sozialistischen Partei des eigenen Landes zu treten.

Ähnliche Stimmungen und Strömungen wie in der politischen Einflußsphäre der Parteiorganisation des Departements Ain und später darüber hinaus sind auch in den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Frankreichs an die Oberfläche gekommen. Merxheim, der Führer der Metallarbeitergewerkschaft, darf namentlich als ihr eifriger und mutiger Befechter genannt werden. Und daß wir die Stärke und Bedeutung dieser Gärung, Selbstverständigung und Sammlung der Geister nicht unterschätzen dürfen, das erhärten zwei Dokumente. Die „Humanité“ vom 2. Februar veröffentlichte einen Aufruf, in dem sich die Confédération Générale du Travail — die Generalkommission der französischen Gewerkschaften — an die ihr angeschlossenen zentralisierten Verbände und an die Arbeiterinternationale wendet. Sicherlich kann man vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus manche Gedanken und Forderungen des Manifestes als unklar und illusionsgetränkt kritisieren, während es in der Sache selbst noch nicht weit genug geht.

Allein vergessen wir nicht über den Schwächen der Kundgebung ihre Bedeutung als hoffnungsreiches Anzeichen einer Einkehr und Umkehr. Hier haben wir ein Bewußtsein von der Solidarität der Proletarier aller Nationalitäten vor uns, das nicht wie ein Tier auf dürrer Heide im Kreise zwischen den bürgerlichen Ideen von „patriotischer Pflicht“ und „Vaterlandsverrat“ umherirrt. Es geht geradeaus seinen Weg. Die Confédération Générale du Travail, „gegen deren Willen und Aktion“ der furchtbare Kriegsturm entfesselt wurde, erklärt: „daß sie sich unerschütterlich mit der Sache der Arbeiterinternationale verbunden fühlt. Der Krieg bleibt für sie das entsetzlichste der sozialen Verbrechen. Stets hat sie ihre Propaganda und ihre Aktion gegen den niedrigen Nationalismus gefehrt, gegen den eroberungsgierigen Militarismus, wie gegen die Rückkehr zu vergangenen Staatsformen“. Ihre Anträge auf internationalen sozialistischen Kongressen seit 1905 beweisen, daß sie sich über die Notwendigkeit klar war, die Arbeiterinternationale zu einheitlichem Handeln gegen die gemeinsame Gefahr zusammenzufassen. Die Ereignisse haben diese ihre Auffassung bestätigt.

Selbstverständlich konnte das Manifest nicht stumm und verlogen daran vorübergehen, daß Belgiens Boden fast bis zum letzten Zoll von feindlichen Kriegsheeren besetzt ist, daß viele französische Departements das gleiche harte Los teilen. Jedoch klingen in ihm nicht die leisesten Revanchetöne an, Elsaß-Lothringen wird nicht einmal erwähnt. Und wie stellt sich der französische Aufruf zu dem vorgeblichen Interesse der Arbeiter an einem „größeren, stärkeren Vaterland“, zu dessen Eroberung mancher Führer der deutschen Arbeiterbewegung in Maurenbrechers und Hildebrands Spuren jetzt mit Federkiel oder Maultrommel auszieht? Er versichert: „Wir haben zu oft gegen die Kolonialexpedition protestiert, als daß wir heute die tiefen Gründe unseres Protestes vergessen könnten.“ Und an anderer Stelle: „Die wesentlichste Bedingung des sozialen Fortschritts bildet die Unverletzlichkeit, die Unabhängigkeit der Völker.“ Das Ideal zukünftiger Freiheit für alle „heißt jeden Gedanken einer Hegemonie verbannen, heißt die Harmonie aller Menschen fördern auf der Grundlage der Gleichheit aller Völker“. Die Confédération Générale du Travail wünscht den Frieden „so nah wie möglich“ und darüber hinaus das Einsetzen der proletarischen Kampfes-

energie für das Ziel „diesen Krieg zum letzten der Kriege zu machen. Sie ist von Herzen mit denen, die für dieses Werk einstehen“ und erwartet seine Verwirklichung von „der direkten Auflehnung der in der Arbeiterinternationalen organisierten und handelnden Kräfte“. Die Arbeiterklasse aller Länder muß nach ihr die bindende Verpflichtung übernehmen, in diesem Sinne zu wirken.

Unzweideutig, bestimmt wendet sich das proletarische Bewußtsein in der zweiten Kundgebung aus Gewerkschaftskreisen gegen den Krieg und seine Fortdauer. Das ist eine Erklärung, die vom Vorstand des Gewerkschaftskartells des Rhonedepartements einstimmig angenommen und dann als Flugblatt verbreitet wurde. Dieses Gewerkschaftskartell ist neben der Föderation für das Seinedepartement die stärkste Bezirksorganisation des französischen Proletariats und der Erklärung sind sofort beigetreten: die Zentralleitung des Verbandes der Nahrungsmittelarbeiter, mit dem Sitz in Paris, sowie die Föderation der sozialistischen Parteigruppe des Departements Ain. Das Flugblatt hat mithin ebenfalls größere Proletariermassen erfaßt. Es enthält folgende kennzeichnenden Ausführungen: „Ohne nach den Ursachen des gegenwärtigen Konflikts in den diplomatischen Intrigen zu forschen, die sich während der letzten Jahre im geheimen abgespielt haben, erinnert das Gewerkschaftskartell des Rhonedepartements daran, daß das internationale Proletariat zwar unter dem Krieg leidet, daß es aber nie und nimmer eine Verantwortung dafür übernehmen kann, denn alle seine Bestrebungen waren stets gegen den Kampf mit Waffengewalt unter den Völkern gerichtet. . . Der heiße Wunsch der Arbeiter und ihrer Familien ist auf einen raschen wohlthätigen Frieden gerichtet, der endlich den furchtbarsten Schlächtereien ein Ende bereite, die die Menschheitsgeschichte zu verzeichnen hat. Jeder weitere Tag des Krieges bedeutet Tausende von Leichen braver und nützlicher Arbeiter, bedeutet, daß Tausende von Witwen und Waisen geschaffen werden, die ohne Lebensunterhalt sind. Das Gewerkschaftskartell des Rhonedepartements stellt über Erwägungen nebensächlicher Natur das allgemein menschliche Interesse und bekennt sich laut zu den Grundsätzen, die immer in der Arbeiterinternationalen fortleben werden. Es erklärt daher, sich jeder aufrichtigen Aktion anzuschließen, die darauf abzielt, binnen kurzem einen ehrlichen und endgültigen Frieden herbeizuführen. Krieg dem Kriege! Es lebe die Arbeiterinternationale.“ Auch in diesem Schriftstück wird man vergebens nach der kleinsten Silbe spähen, die als Zugeständnis für eine engbrüstige nationalistische Gesinnung gedeutet werden könnte. Sowohl in dem, was es sagt, wie in dem, was es nicht sagt, bedeutet es die nackte Rebellion gegen die Illusionen und Losungen der sozialistischen Parlamentarier und Arbeiterführer, die das Proletariat vor den Wagen des kapitalistischen Imperialismus spannen.

Als Dritte im Bunde haben es mutige Pariser Genossinnen gewagt, im Namen der internationalen Solidarität der Proletarier zu handeln und die sozialistischen Friedensforderungen vor die Öffentlichkeit zu tragen. Ungefähr zur gleichen Zeit wie die beiden Gewerkschaftsvertretungen, ja allem Anschein nach noch vor ihnen, haben Genossinnen in Paris als Flugblatt den Aufruf verbreitet, worin die internationale Sekretärin die Sozialistinnen aller Länder an ihre vornehmste Aufgabe der Stunde mahnt, unbekümmert um „echt vaterländische“ Verdächtigungen und ungeschreckt durch Schwierigkeiten und Gefahren kühn im Kampf für den Frieden voranzugehen. Sie haben es als Ehren-



pflicht der französischen Frauen bezeichnet, im Sinne des Aufrufs zu wirken, der durch die Veröffentlichung in der sozialistischen Presse weiteste Verbreitung erhalten sollte. Die Zensur des „Burgfriedens“ hat — wie in Deutschland — das zum Teil verhindert. Sie verbot den Aufruf im „Eclairer de l'ain“, dagegen konnte er im „Populaire du Centre“ erscheinen, und daß er die Seelen berührt hat, beweist die Einsendung einer Proletarierin mit der bangen Frage: Was können wir schwachen, armen Frauen tun, damit dem entsetzlichen Völkermorden endlich ein Ziel gesetzt werde? Das alles, obgleich die Behörden jede Friedenspropaganda auf das strengste verboten haben, — sogar das Gebet des Papstes für den Frieden! — und obgleich — schlimmer noch — patriotisch verblendete Sozialisten jeden Gedanken, jedes Wort von Frieden als ein „Verbrechen gegen das Vaterland“ brandmarken.

Freilich: wir sehen die Mienen und Handbewegungen selbstgerechter Ueberlegenheit, mit denen die Lobjäger der allein seligmachenden großen Mitgliederzahlen und reichen Kassen die angeführten Zeugnisse verächtlich beiseite schieben. Die französischen Gewerkschaften sind schwach, schlecht organisiert und arm, und die sozialistischen Frauen in Paris? Du lieber Himmel, reden wir lieber nicht von diesem winzigen Häuflein Einflußloser! Es fällt uns nicht ein, die Schwächen und Mängel der Gewerkschaften und der sozialistischen Frauengruppen in Frankreich zu verschweigen; wir leugnen keineswegs die große Bedeutung, die auf allen Gebieten starke, stramme Organisationen mit wohlgefüllten Kassen haben können. Jedoch wir wissen auch aus der Geschichte Frankreichs und seiner Arbeiterbewegung, daß dort bis heute die Organisation, — wie die Deutschen sie verstehen — nicht die wichtigste Voraussetzung dafür gewesen ist, daß die arbeitenden Massen aktiv auftreten und alle in ihnen schlummernden Kräfte und Leidenschaften für das historische Geschehen einsetzen. Außerdem bekennen wir uns offen zu dieser „Reberei“: Die organisationstechnische Ueberlegenheit der Arbeitervereinigungen allein tut es nicht, sie bleibt „Wasser“ und wird nicht zum heiligenden geschichtlichen Sakrament, wenn der zielklare Geist und der tatbereite Wille fehlen. Von diesem Geist beseelt, von diesem Willen gelenkt, vermögen gewiß mächtige Organisationen Gewaltiges zu vollbringen; ohne diesen Geist und Willen können sie jedoch zu gefährlichen Fesseln der proletarischen Energie und Aktionsfähigkeit werden. In den Tagen der babylonischen Sprachverwirrung, die der gegenwärtige Weltkrieg unter den internationalen Proletariern angerichtet hat, schätzen wir das vom Wesen des Sozialismus beherrschte Handeln kleiner Vereinigungen höher, als den mustergültigen Stand und die glänzendsten Finanzleistungen kräftiger Organisationen, die untätig zusehen oder gar begünstigen, daß unter der trügerischen Parole „das Vaterland in Gefahr“, das Proletariat als Helote ausschließlich für die Politik seiner Herren und Ausbeuter aufgeopfert wird.

Trotz allem, was man an den sozialistischen Solidaritäts- und Friedenskundgebungen aus Frankreich herummäkeln mag, erblicken wir gerade in ihnen die beachtenswertesten Anzeichen dafür, daß das Proletariat in den kriegführenden Ländern beginnt, den nationalistischen Taumel abzuschütteln und sich wieder um die Fahne des Klassenkampfes zu sammeln. In Frankreich ist der Patriotismus der

Arbeiter mit den revolutionären Ueberlieferungen des Landes verwachsen. Er saugt seine Kraft aus dem geschichtlichen Glanz der großen Revolution; aus der Erinnerung an die Kriege, in denen ihr Werk gegen die Koalition der Monarchen von ganz Europa geschützt werden mußte, und die französische Bourgeoisie im Frühlingsturm ihrer jungen Herrschaft davon träumen konnte, mit den Fahnen der Republik die Freiheit über die Welt zu tragen; aus der Tatsache, daß „das Krähen des gallischen Hahnes“ 1830 und 1848 die Völker auf dem europäischen Kontinent aus dem politischen Schlaf wachrief; aus der Rolle, die Paris hier als glühender Feuerherd für die politischen Revolutionen des Bürgertums und die ersten Schilderhebungen des Proletariats gespielt hat. Schließlich mußte ihm der deutsch-französische Krieg neue Nahrung zuführen, als er nach dem 2. September zu einem nationalen Verteidigungskampf für die Existenz der Republik wurde, der in der heldenmütigen Pariser Kommune seinen Höhepunkt erreichte. Vergessen wir außerdem nicht die gegenwärtige Lage Frankreichs. Es hat das Schicksal des stammverwandten Belgiens vor Augen, und ein beträchtlicher Teil des eigenen Heimatbodens ist vom Feinde besetzt, darunter die industriell fortgeschrittensten Bezirke. So gehört augenblicklich in Frankreich eine unerschütterliche Ueberzeugungstreue, ein hoher moralischer Mut dazu, sich all dem „vaterländischen“ Rufen vom notwendigen „Durchhalten“ entgegenzuwerfen und im Namen der internationalen proletarischen Solidarität den Frieden zu fordern. So offenbart sich aber auch in solchem Entgegenwerfen die elementare Kraft des proletarischen Klasseninteresses und Klassenbewußtseins, eine Kraft, die schließlich glühender Lava gleich durch die Kruste bürgerlich nationalistischer Gedankengänge und Schlagworte bricht und die Argumentationen der mit der Regierung verbündeten Sozialisten wie totes Geröll beiseite schiebt. Das ist eine wohlthuende Lehre von der unbezwinglichen Macht der objektiven geschichtlichen Faktoren, vereinigt mit dem bewußten Willen der Menschen. Sie sagt den Proletariern aller Länder: glaubt und handelt! Bleibt stark in der Ueberzeugung und seid kühn zur Tat!

Ungeachtet einer leidenschaftlichen jingoistischen Agitation sind in England die Morgenglocken starken internationalen Solidaritätsbewußtseins und Friedenswillens nie verstummt. Ihr Geläut tönt und tönt auch aus nichtproletarischen Kreisen. Die bürgerliche Friedens- und Frauenstimmrechtsbewegung hat unstreitig den Sinn für die internationalen Zusammenhänge der Kulturentwicklung geschärft und kraftvolle Persönlichkeiten gesammelt und erzogen, die unbeirrt um das Geschrei der Stunde die Ereignisse vorurteilsfrei betrachten und nach dem Gebot ihrer Ueberzeugung handeln. Andererseits ist es eine traurige Tatsache, daß auch in England nicht nur breite ungeschulte proletarische Massen der imperialistischen Raserei verfallen sind, sondern ebenfalls große Teile ihrer gewerkschaftlichen und politisch organisierten Vorhut, angesehene Führer voran. Inmitten des nationalistischen Lobens und Angesichts zu Angesicht mit dem Zusammenbruch der Internationalen, wie er die unvermeidliche Folge vom Versagen der Sozialdemokratie in Oesterreich, Deutschland und Frankreich sein mußte, harrt jedoch die Independent Labour Party als treue Vorkämpferin der proletarischen Brüderlichkeit und des Friedens tapfer aus. Und die I. L. P. ist nicht etwa „die kleinste der sozialistischen Gruppen in England“, wie Genosse Scheidemann behauptet hat. Sie weist vielmehr



mit ihren gegen 60 000 Anhängern die größte Mitgliederzahl von allen sozialistischen Fraktionen Groß-Britanniens auf und übt innerhalb der Arbeiterbewegung des Landes einen Einfluß aus, der ihre numerische Stärke bei weitem übertrifft, weil die J. L. P. die Mehrzahl der fortgeschrittensten Führenden, der Agitatoren und Organisatoren des Proletariats zusammenfaßt. Die J. L. P. war die treibende Kraft der großartigen Friedensdemonstrationen, die die Arbeiterpartei am Vorabend des Krieges veranstaltete. Sie hielt auch dann an ihrer Friedenspolitik fest, als die parlamentarische Vertretung der Gewerkschaften unter dem aufreizenden Eindruck der verletzten Neutralität Belgiens ihren Widerstand gegen den Krieg aufgab. Genosse Ramsay Macdonald, ihr einflußreichster Führer, legte sein Amt als Fraktionsvorsitzender der Arbeiterpartei nieder, als deren Mehrheit seinen Antrag ablehnte, im Unterhaus die Protestresolution ihres Vorstandes gegen den Krieg verlesen zu dürfen. In ihr heißt es: „Daß die Arbeiterbewegung noch einmal die Tatsache betont, daß sie die Politik bekämpft hat, die den Krieg verursachte und daß es jetzt ihre Pflicht ist, so schnell wie möglich einen Frieden zu sichern unter Bedingungen, die die besten Möglichkeiten für die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Arbeitern Europas schaffen.“ Der J. L. P. gehören die vier Genossen an — Ramsay Macdonald, Keir Hardie, Jowett und Richardson — die als einzige Mitglieder der parlamentarischen Arbeiterpartei gegen die Beteiligung an der Rekrutenwerbungskampagne energischen Widerspruch erhoben. Ein Zeugnis unerschütterten Bekennermuts zu den Idealen des internationalen Sozialismus ist das Manifest, worin die Partei sich nach Kriegsausbruch an die Arbeiter aller Länder wendete, und insbesondere von den deutschen Arbeitern und Sozialisten feierlich erklärte: „Sie sind nicht unsere Feinde, sondern unsere Freunde!“

Seither hat die J. L. P. ihr bestes Herzblut an den Kampf gegen den Imperialismus und für den Frieden gesetzt. Ihr Organ der „Labour Leader“, Meetings und andere Veranstaltungen sind glänzende Bestätigungen dafür. Nicht einzelne „Quertreiber“ sind es, die wider die „selbstverständliche vaterländische Pflicht der nationalen Sicherheit und Machtbehauptung“ meutern. Geradezu ausnahmslos beweisen die Generalversammlungen und Konferenzen in den einzelnen Orten und Bezirken, daß die erdrückende Mehrheit der Partei geschlossen hinter dieser Politik steht. Die J. L. P. bekräftigt, daß Sozialismus und Imperialismus Todfeinde sind, daß den Frieden wollen für die Arbeiterklasse nichts anderes bedeuten kann, als den Imperialismus leidenschaftlich und zäh bekämpfen. Sie hat begriffen, daß der Kampf des internationalen Proletariats gegen den gemeinsamen Feind auf nationaler Grundlage geführt werden muß, daß mithin die Arbeiterklasse jedes einzelnen Landes den Imperialismus ihrer ausbeutenden Klassen und ihrer Regierung niederzuringen hat. Deshalb berauscht sie sich nicht an billigen Brandmarkungen des Imperialismus als einer internationalen Erscheinung und der imperialistischen Politik der nicht-englischen Staaten. Sie richtet ihre Angriffe geradeaus auf das Herz des Feindes, indem sie sonder Scheu und Zagen vor der Verdächtigung „der Vaterlandslosigkeit“ und „des Vaterlandsverrats“ den Imperialismus und die Sünden der Regierung Großbritanniens mit der gleichen Schonungslosigkeit den Massen enthüllt wie vor dem Kriege. Die mustergültige Haltung der J. L. P. ist sachlich eine bittere Kritik an der Gedanken- und Würdelosigkeit jener sozialistischen Parteien, die

unter dem Geschützdonner des Weltkrieges und im Zeichen des Burgfriedens heute anbeten, was sie noch gestern verbrannt haben: die arbeiterfeindliche imperialistische Politik ihrer Regierung, die mit der gleichen Fingerfertigkeit heute verbrennen, was sie gestern angebetet haben: die sozialistischen Grundsätze und Ideale. Mögen die größeren politischen Freiheiten des „niedrigen, gierigen Krämervolks“ den Kampf der I. L. P. etwas erleichtern, so bleibt er doch in den Tagen der entfesselten jingoistischen Leidenschaften und des Streichens der sozialistischen Fahne in anderen kriegsführenden Ländern nicht weniger ehrenvoll und verdienstlich, eines der erhebensten Kapitel in der Geschichte des internationalen proletarischen Befreiungsringens.

Morgenglockenklang wird uns aus dem Osten zugetragen, wo das junge Proletariat als erstes im Jahrhundert bereits 1905 zum Freiheitssturm läutete. Die russische Sozialdemokratie hat sich mit ihrem entschiedenen und wiederholten Nein gegen die Kriegskreditforderungen in der „echt vaterländischen“ Duma, Auge in Auge mit aller Gewalt des Zarismus, einen unermüdeten Lorbeer gepflückt, und die konsequent sozialistische Haltung ihrer Organe wie der weitaus meisten ihrer Führer ist nicht weniger bewundernswürdig. Das hat die Stellungnahme zur Londoner Konferenz der Entente-Sozialisten neuerlich bekräftigt. Aber handelt es sich bei dem allen nicht bloß um politische Donquichotterien kleiner Grüppchen von „Doktoren der Revolution“, die ohne rechte Berührung mit den arbeitenden Massen, ohne Einfluß auf sie, sich den Luxus einer grundsätzlichen Politik der Unwirklichkeiten gestatten können? Sogar für jene, die die Geschichte der russischen Sozialdemokratie nicht kennen, muß gegen diese herabwürdigende Einschätzung schon allein die eine Tatsache sprechen, daß es in der siebenmal reaktionär gesiebten Duma eine sozialdemokratische Fraktion gibt, die parlamentarische Vertretung von Arbeitern, die nur im zähen Kampf mit den Schergen des Zarismus und den Bütteln des Kapitalismus ihre kümmerlichen politischen Rechte auszuüben vermögen. Doch davon abgesehen, liegt ein hochbedeutungsvolles Zeugnis dafür vor, wie die Elite der russischen Arbeiterklasse zum Krieg steht, mit welcher ruhigen Festigkeit sie die Grundsätze des internationalen Sozialismus und die Friedensforderung durch die chauvinistische Brandung trägt. Die „Bremer Bürgerzeitung“ hat einen Bericht über die Lage in Rußland veröffentlicht, der von zwei Delegierten her stammt, die von den Petersburger Genossen Anfang Januar ins Ausland geschickt wurden. Ihre Aufgabe sollte sein, mit den dort weilenden Führern der russischen Sozialdemokratie Rücksprache über die Haltung zum Krieg zu nehmen. Wir lassen die Delegierten selbst berichten, aus der Schlichtheit ihrer Darlegungen atmet die völlige Wahrhaftigkeit:

In Petersburg war die Partei- und Gewerkschaftsbewegung durch massenhafte Verhaftungen am Vorabend des Krieges vollständig desorganisiert. Die Arbeitermasse blieb ohne irgend welche Weisung von der Partei. Trotzdem waren die sozialdemokratischen Arbeiter gegen den Krieg. Sie versuchten auf eigene Faust Gegendemonstrationen gegen die patriotischen Kundgebungen zu organisieren, die von der Polizei und dem Kleinbürgertum veranstaltet wurden. Sie wurden überall von der Polizei auseinandergetrieben. Aus der Provinz bekamen wir ähnlich lautende Berichte. . . . Wir kommen mit Arbeitern verschiedener Berufe zusammen und können bestimmt behaupten, daß mit jedem Tag die Gegnerschaft wider den Krieg sich verschärft. Wir haben



keinen einzigen Arbeiter getroffen, der sich für den Burgfrieden mit dem Zarismus ausgesprochen hätte. . . . Den besten Einblick in die Stimmung der Arbeiter geben die geheimen Aufrufe, die die Arbeiter selbst — denn die sog. Parteiintelligenz ist fast durchweg verhaftet — gedruckt, mit der Schreibmaschine geschrieben oder hektographiert herausgeben. Sie erscheinen in allen Industriezentren, und kein einziges handelt über etwas anderes als den Kampf gegen den Zarismus.

Ein zweiter Beweis: die Arbeiter lehnen die Beteiligung an den Kriegsgeldsammlungen ab. . . . Trotz aller Gewaltmaßregeln der Fabrikverwaltungen haben z. B. im Petersburger „Vulkan“ von 5—6000 Arbeitern nur 300 Beiträge gezeichnet. Nein, die aufgeklärten russischen Arbeiter sind Kriegs- und Zarenfeinde geblieben. . . . Die aktuellste Frage ist der Krieg gegen den Krieg. Wir wußten nicht, was die ausländischen Genossen vorhaben, aber wir waren der Meinung, daß alles gemacht werden muß, um eine Bewegung zu organisieren, die die Regierung nötigt, dem Krieg ein Ende zu bereiten. Wir werden den Kampf unter der Losung des Friedens ohne Annexion führen und die demokratische Republik erstreben. . . . Man darf sich durch Fehler der Bruderparteien nicht von der Erfüllung der eigenen Pflichten abhalten lassen. Nur durch die eigene Tat können wir Einfluß auf die Bruderparteien gewinnen. Wir werden unseren eigenen Weg des Kampfes gehen und hoffen, daß die Erfahrung des Weltkrieges die Internationale gestärkt und geschlossener auferstehen lassen wird. Sie wird in einer Atmosphäre verstärkter Gegensätze zu wirken haben, deshalb hoffen wir, daß alle schädlichen Illusionen verschwinden werden.

Morgenglocken des internationalen Solidaritätsempfindens und des Friedenswillens erschallen laut aus der Welt der Frauen, besonders der sozialistischen, der proletarischen Frauen. Gewiß fehlt es auch da in den kriegführenden Ländern nicht an Genossinnen, die das Banner des neuen bürgerlich-patriotischen Glaubensbekenntnisses zum Vaterland verzücht schwingen und die alte Sturmflagge des Sozialismus in ein bescheidenes Winkelfchen verbannt haben. Jedoch alles in allem sind die Sozialistinnen überall weit weniger in ihrer grundsätzlichen Bewertung des Weltkrieges wie ihrer eigenen Aufgabe erschüttert worden als die Männer. So hat sich denn auch die junge sozialistische Fraueninternationale wacker behauptet, und ungeachtet der schwierigeren äußeren Verbindungen haben die inneren Beziehungen zwischen den Genossinnen aller Nationalitäten an Kraft und Innigkeit gewonnen.

Die englischen Sozialistinnen waren in den kriegführenden Staaten die ersten, die in einer „Botschaft an die Frauen aller Länder“ vor der fiebergeschüttelten Welt ihre internationale Solidarität und ihre tiefe Friedenssehnsucht bekannten. Ehre den tapferen Frauen! Es ist unmöglich, an dieser Stelle die vielen freiwilligen Sympathiekundgebungen auch nur aufzuzählen, mit denen die sozialistischen Frauen in den neutralen Ländern sofort für die Botschaft dankten. Dagegen müssen wir die aus den kriegführenden Staaten vermerken. Die russischen Genossinnen begrüßten die Botschaft als einen Hoffnungsstrahler über den dunklen Tiefen des Brudermordes; die Sozialdemokratinnen Oesterreichs beschloßen auf ihrer ersten größeren Zusammenkunft eine herzliche Rückäußerung; Genossin Zieg gab in einem Brief der schwesterlichen Gesinnung der deutschen sozialistischen Frauen Ausdruck. Das Antwortschreiben der internationalen Sekretärin ver-

sicherte die englischen Genossinnen der Anerkennung und Treue der sozialistischen Frauen aller Länder und enthielt eine Solidaritätserklärung auch mit den Proletarierinnen der übrigen in den Krieg verwickelten Länder. Es wertete vom sozialistischen Standpunkt aus die Ursache und den Charakter des Weltkrieges und wies darauf hin, daß das Eintreten für den Frieden die nächste große gemeinsame Aufgabe aller Sozialistinnen sei. Dieser Gedanke wurde noch bestimmter und eingehender begründet Mitte November vor die sozialistische Fraueninternationale gestellt. Es geschah in einem Aufruf der internationalen Sekretärin, der zu planmäßigem und kraftvollem Wirken für den baldigen Frieden aufforderte. Es versteht sich, daß die Genossinnen in den neutralen Ländern ihm die weiteste Verbreitung gegeben haben, wichtiger ist jedoch die Frage, welches war sein Schicksal in den kriegführenden Ländern? In Deutschland untersagten die Zensoren die Veröffentlichung des Aufrufs in der „Gleichheit“; in der „Wiener Arbeiterinnen-Zeitung“ erschien er von der sorgenbeschwertem Aufsichtsbehörde erheblich durchlöchert. Die englischen Genossinnen durften ihn ungehindert von der hohen Obrigkeit veröffentlichen und sich für das Wirken in seinem Sinne erklären. Die russischen Genossinnen und Genossen haben sich seine Verbreitung angelegen sein lassen.

In Holland, Italien, der Schweiz, in den skandinavischen Ländern und den Vereinigten Staaten kämpfen die sozialistischen Frauen in Versammlungen und durch die Presse gegen den imperialistischen Weltkrieg und für einen Frieden, der kein blutleeres Schemen ist, vielmehr der sozialistischen Auffassung von dem Recht der Nationalitäten und Völker entspricht. In den Staaten, die nicht von der Kriegsfurie unterjocht sind — so in der Schweiz, in Skandinavien und Holland — soll der heuerliche Frauentag zu einer gewaltigen Friedenskundgebung von ausgeprägt internationalem Charakter werden. Die sozialistischen Frauen der miteinander ringenden Länder haben es in der Hand, trotz Kriegsrecht und Burgfrieden in den Ruf ihrer Schwestern einzustimmen: Krieg dem Kriege! Wo ein Wille ist, da ist ein Weg, das lehrt uns das mutige Handeln der Pariser Genossinnen.

Auch unter den bürgerlichen Frauen, namentlich den Frauenrechtlerinnen, sind internationale Solidaritätsbewußtseins- und Friedenswünsche lebendig geblieben. „Jus Suffragii“, das in London erscheinende Organ des Weltbundes für Frauenwahlrecht, bringt in jeder Nummer tapfere Friedenskundgebungen. Allerdings wenden sich auch in allen kriegführenden Ländern Ueberpatriotinnen dagegen, die das Lied vom „Durchhalten“ um jeden Preis zum Ruhm des Vaterlandes ebenso dröhnend anstimmen, wie irgend ein Wehrvereinler. Es sind jedoch andererseits sehr viele und sehr angesehene Führerinnen der bürgerlichen Frauen, die an den alten Idealen festhalten, die sie als schönes Erbgut aus der Hinterlassenschaft des weiland jungen Liberalismus übernommen haben. Ellen Key, Carrie Chapman-Catt u. a. haben ihr Talent und ihren Weltruf in den Dienst der Friedenspropaganda gestellt. Es ist bezeichnend, daß dabei in Deutschland die Organisationen und Führerinnen am entschiedensten und rührigsten auftreten, die energisch für das allgemeine Frauenwahlrecht und die Demokratie kämpfen. So die Frauenstimmrechtsvereinigungen München, Nürnberg, Hamburg, Karlsruhe und last not least die Friedensgesellschaft der Frauen; so Minna Cauer, Anita Augsborg, Lida Hen-



mann und Frida Berlen. In der ersten Hälfte des Februar hat in Amsterdam eine Konferenz bürgerlicher Frauen beschlossen, es sei sofort ein internationaler Frauentongress vorzubereiten, der dem Friedenswillen Ausdruck verleihen solle.

Wir verhehlen uns nicht, daß die höllische Symphonie des Schlachtenlärms und die brausenden nationalistischen Kriegslieder den Friedensruf aus zuckenden Frauenherzen zunächst verschlingen. Jedoch auch nur zunächst, wenn die Frauen, wenn zumal die proletarischen Frauen, ernstlich wollen. Und sie müssen wollen, dafern in ihnen das geschichtliche Geschehen dieses furchtbaren Völkermordens zum Erlebnis geworden ist, das mit eherner Zunge die Notwendigkeit des verschärften Klassenkampfes in fest geschlossener internationaler Phalanx der Proletarier predigt. Politische Macht ist nicht an die verfassungsmäßigen Rechtstitel zu direkter oder indirekter Mitwirkung im Parlament gebunden. Sie hat ihre feste Wurzel in den sozialen Dingen und in der Erkenntnis, dem Willen, die diese in den Menschen auslösen. Seien wir Frauen uns der Bedeutung unserer sozialen Leistungen und damit unserer realen Macht bewußt, auf die gerade der Weltkrieg helles Licht wirft. Nützen wir sie, indem wir im Krieg gegen den Krieg kühn voran-  
stürmen und unsern Friedenswillen als bewußt zusammengeballten Massenwillen in gewaltigen Kundgebungen politisch wirksam machen. Das wäre unser erster und wichtigster Anspruch auf eine geschichtliche Rolle in dieser Zeit. Man wird uns ob solchen Kampfes „schlechte Patriotinnen“ schelten, des Verrats am Vaterland zeihen. Sei's drum! Wann hätte uns Sozialistinnen die Verleumdung verschont, und wann wäre sie zur Fessel unseres Tuns geworden? Die Gewalthaber der Stunde werden uns vielleicht verfolgen, unsere Gesinnung und unser Wirken ächten und strafen. Wir wären nicht wert, die Befreiung und Erhebung der Menschheit durch den Sozialismus im Geiste gelebt zu haben, wenn die Aussicht darauf uns schrecken könnte. So sind auch wir für das „Durchhalten um jeden Preis“, jedoch für das entgegengesetzte Ziel wie die neubekehrten imperialistischen Sozialisten: durchhalten gegen den Imperialismus für den Sozialismus.

Wir haben die lebendigen Kräfte gezeigt, die in der Frauenwelt, die in den werktätigen Klassen auch der kriegführenden Länder sich zu regen beginnen, um durch die Wiedervereinigung der Proletarier und ihren Aufmarsch zum Klassenkampf den Frieden zwischen den getrennten Völkern der Arbeit zu schaffen. Diese Kräfte national und international zu einheitlichem Wollen und Handeln zusammen zu fassen, ist für die Sozialisten der kategorische Imperativ dieser verhängnisvollen Zeit. Hier liegt eine geschichtliche Aufgabe von größter Tragweite vor, mit deren schleuniger und energischer Inangriffnahme namentlich die deutsche Sozialdemokratie die ersten Schritte tun müßte, um zu sühnen, was sie als Bundesgenossin des Imperialismus an der Arbeiterinternationalen gesündigt hat. Ihrer Entscheidung und Haltung kommt um so größere Bedeutung zu, als sie das stärkste Bataillon der Internationalen stellt, als mustergültiges Beispiel für Theorie und Praxis bewundert wurde und eine kaum bestrittene Führerschaft ausübte. Leider hat es augenblicklich nicht den Anschein, als ob die Partei sich auf ihre Pflicht besänne. Auch die französische Sozialdemokratie hat Viel, Vieles gut zu machen. Mit ihr abzurechnen, ist in erster Linie Sache der französischen Genossen, die ihre Partei und das Proletariat nicht länger

Opfer und Mitschuldige der Politik der herrschenden Klassen werden lassen wollen. Wir stellen fest, was in Deutschland ist. Und da kommt niemand um die beschämende Tatsache herum, daß die ehemals so stolze Sozialdemokratie heute die Gefangene der imperialistischen Kriegspolitik ist und im Kampf für den Frieden versagt. Wohl haben wir die frommen Friedenswünsche gehört, mit denen Parteivorstand, Parteiauschuß, Reichstagsfraktion und andere führende Instanzen die „grundsätzliche Stellung der Partei“ beschwören. Allein, was wir trotz allem nicht mit der Lupe zu entdecken vermögen, das ist der Wille zur Tat, der die Massen des arbeitenden Volkes aufruft, für den Frieden und damit für ihre eigenen Interessen die nämlichen Energien einzusetzen, die gleichen Opfer zu bringen, die der Krieg des Imperialismus von ihnen einfordert. Ohne diesen Willen zur Tat sind die schönsten Erklärungen nichts als Schall und Rauch.

Worauf warten die leitenden Instanzen der deutschen Sozialdemokratie, um ihn zu beweisen? Wollen sie im Rauschen der militärischen Ereignisse mit delphischer Ruhe und Weisheit den „geeigneten Zeitpunkt“ abwarten, um dann die Kraft der Partei geschlossen in die Wagschale des Friedens zu werfen? Wähnen sie nicht eher handeln zu dürfen, bis die französische Bruderpartei in aller Form friedeheischend die Hand ausstreckt? Uns will bedünken, daß es die Auffassungen des bürgerlichen Nationalismus und nicht die des internationalen Sozialismus sind, die auf dem tiefsten Grund jedes Zauderns liegen, den Kampf für die Beendigung des Krieges aufzunehmen. Die politischen Ziele des deutschen Imperialismus und die strategischen Maßstäbe seiner Militärs können nicht unsere Aktionen als internationale Sozialisten bestimmen. Mit jedem Tag, den das verderbenschwere Völkerringen länger dauert, wächst die Notwendigkeit, ihm Halt zu gebieten um der Gegenwart und Zukunft des Proletariats halber, die in diesem Falle geradezu handgreiflich mit den höchsten Menschheitsinteressen zusammenfallen. Und sogar vom engen nationalen Standpunkt aus ist Deutschland der kriegführende Staat, der am allerwenigsten zu befürchten hat, daß ein zwingender Friedenswille als verrufenes Anzeichen der „Kriegsmüdigkeit“ und „Schwäche“ ausgelegt werden könnte. Unbrüderlich und unpolitisch erscheint es uns, das Vorgehen der deutschen Sozialdemokratie vom Verhalten der französischen Sozialisten abhängig zu machen. Man vergesse doch nicht, daß außer Belgien sich ein großer Teil des Ostens und Nordens von Frankreich in deutscher Gewalt befindet. So rücksichtslos wir es verurteilen müssen, daß die französische Sozialdemokratie ihren Pakt mit der Bourgeoisregierung nicht löst, um ihre Bundesbrüderschaft mit der gesamten Arbeiterinternationale wieder zu gewinnen, so können wir es immerhin angesichts der ganzen Sachlage begreifen. Außerdem und vor allem: seit wann sind die Fehler der Bruderparteien ein Ablafschein für die eigenen Sünden, seit wann ersetzen sie die eigene mangelnde Tugend? Wir erinnern zu diesem Kapitel an das ebenso bescheiden-würdige als kluge Wort der russischen Delegierten: „Man darf sich durch die Fehler der Bruderparteien nicht von der Erfüllung der eigenen Pflichten abhalten lassen. Nur durch die eigene Tat können wir Einfluß auf die Bruderparteien gewinnen.“

So halten wir eine sofortige kraftvolle Friedensaktion der deutschen Sozialdemokratie, der deutschen Arbeiter für die vornehmste Pflicht.



Mit den Führern, wenn diese sich endlich entscheiden; ohne sie, wenn sie noch weiter unentschlossen zögern; gegen sie, wenn sie bremsen wollen. Eine solche Friedensaktion allein könnte die ersten festen Fundamente legen für den Wiederaufbau der Arbeiterinternationalen. Denn nicht durch schwungvolle Solidaritäts- und Sympathiever sicherungen der Führer und nicht durch weise ausgeklügelte Verständigungsresolutionen kann zusammengekittet werden, was der unselige Krieg in Trümmer geschlagen hat. Der stolze Bau der Internationalen kann nur aufs neue erstehen, zusammengefügt von dem Vertrauen der proletarischen Massen, die sich in den Wettern und Flammen des Klassenkampfes brüderlich zusammenscharen. Auch hierfür heißt es: Im Anfang war die Tat! „Schon sind da und dorten Morgenglocken wach geworden.“ Das deutsche Proletariat muß auf ihren Ruf antworten: bereit!

---

## Aus den Parlamenten.

### I.

#### Der Riß in der preußischen Landtagsfraktion.

Von Heinrich Ströbel.

Berlin, 17 März.

Konrad Haenisch, M. d. A., hat in der gestrigen Nummer des „Hamburger Echo“ einen Artikel veröffentlicht, der den Riß, der sich in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Preußens aufgetan hat (und der durch die ganze Partei geht), mit erfreulicher Schärfe klarlegt.

Auch der Landtagsabgeordnete Hirsch hatte ja in der „Fränkischen Tagespost“ diese „Unstimmigkeiten“ behandelt, aber an den harten Dingen doch erheblich vorbeigeredet. Ihm erschienen die Differenzen gleichsam an den Haaren herbeigezogen und durch das überflüssige Hineintragen reichspolitischer Fragen künstlich hervorgerufen, während es die Landtagsfraktion in dem preußischen Idyll doch so bequem gehabt hätte, wenn sie sich auf die ihr durch geziemende Selbstbeschränkung zugewiesenen preußischen Angelegenheiten beschränkt hätte. Die Landtagsfraktion hätte nur ganz einfach den Krieg und alle durch den Krieg geschaffenen politischen Probleme glatt zu übersehen brauchen — und nicht das kleinste Flämmchen der Zwietracht wäre in ihren Fraktions-sitzungen aufgezüngelt. Aber da gab es in dieser Körperschaft unbeherrschte Menschen, die an den ungeheuren Tatsachen des Krieges nicht einfach vorübergehen wollten, die nicht in weiser Selbstbeschränkung alles der höheren Einsicht der Reichstagsfraktion überlassen zu dürfen glaubten, die von der „großen Zeit“ in allen Fibern gepackt waren und sich — komische Käuze! — als Sozialdemokraten verpflichtet wähnten, auch in der Preußenkammer zu den gewaltigen Zeitproblemen Stellung zu nehmen. Solcher Leute gab es auf beiden Seiten der Fraktion, und da

beide Gruppen gleich stark waren, versagte schließlich auch das Notmittel der Mehrheitsbeschlüsse. Beide Richtungen kamen zum Wort, und da die „Heißsporne“ (wie Hirsch sie nennt) sich nicht zügeln konnten, ergaben die Reden die wunderbarsten Dissonanzen.

Das war, wie wir dem Genossen Hirsch gern zugeben wollen, an sich nicht schön und für die Partei nicht gerade erbaulich. Aber das Unerquickliche dieses Zustandes lag doch schließlich nicht an den Liebknecht oder Haenisch und ihrem Mangel an Selbstdisziplin, sondern an dem Riß, der zurzeit durch das ganze geistige Parteileben geht, an der ungeheuren Gärung und Verwirrung, die das kolossale Ereignis des Weltkrieges in den Reihen der Sozialdemokratie erzeugt hat. Und da dieser Zustand der Gärung doch schließlich wieder einmal zur Klärung gebracht werden muß, so ist es nicht nur kein Unglück, sondern geradezu eine Notwendigkeit, daß die schweren Meinungsdivergenzen auch der Masse der Parteigenossen möglichst eindringlich zum Bewußtsein gebracht werden, damit auch sie die Probleme durcharbeitet und dann ihren Entscheid. fällt. Denn das Wesen der Demokratie besteht doch wohl nicht darin, daß „Führer“ und „Instanzen“ unter sich Turniere ausfechten und ihren Millionen Anhängern dann Direktiven geben, sondern daß die breiten Proletarierrmassen sich in aller Gründlichkeit Rede und Gegenrede vortragen lassen, um dann nach reiflicher Prüfung selbst darüber zu entscheiden, welchen Weg sie gehen wollen. Zu solchem Austrag der Auffassungsgegensätze und solch reiflicher Prüfung wird erst nach Beendigung des Krieges die Zeit gekommen sein — darum kann es aber nichts schaden, wenn die Massen auch heute schon erfahren wie groß und tiefklastend die Differenzen sind, deren Austrag der Partei in der Zukunft harret.

Und in diesem Sinne können wir den Artikel Haenischs im „Hamburger Echo“ nur begrüßen. Er vertuscht und verschleiert nicht, aber er übertreibt auch nicht, wenn er mit dem Lutherwort von seinen Meinungsgegnern sagt: Sie haben einen anderen Geist. Von der Richtigkeit dieser Ansicht haben wir uns in den Fraktionsitzungen hinlänglich überzeugen können. Ja, es bedarf gar nicht der Berufung auf diese inneren Aussprachen: schon die Verhandlungsstenogramme des Abgeordnetenhauses bezeugen, daß sich die Haenisch und Liebknecht oder auch die Leinert und meine Wenigkeit einfach nicht mehr verstehen.

Haenisch zieht denn auch aus diesen Tatsachen — wiederum mit löblichster Offenheit — seine Folgerungen. Der Parteitag werde zum Tribunal werden. Natürlich für die „Quertreiber“. Und dies Parteigericht, so wünscht Haenisch, möge ohne Zimperlichkeit eingreifen und resolut reine Bahn machen. Besser, als daß störender Parteihader auf Jahre hinaus die großen Aufgaben des Proletariates beeinträchtige, sei es, wenn den „Liebknechtereien“ und den „Liebknechteleien“ ein rasches Ende bereitet und den Quertreibern der Stuhl vor die Tür gesetzt würde. Dieser Hinauswurf der Prinzipienreiter und Querulanten sei für die Partei ein ganz schmerzloses Verfahren, denn dem Häuflein der Führer werde sich keine nennenswerte Gefolgschaft anschließen.

Es ist hübsch, daß Haenisch so gerade heraus spricht, wohin die Reise gehen soll. Vielleicht geht auch sein Mund davon über, wessen das Herz anderer voll ist. Haben doch Gewerkschaftsblätter schon vor Monaten



gleichfalls mit dem Hinauswurf der „Quertreiber“ gedroht. Diese Kreise sind seitdem vorsichtiger geworden, aber dem Genossen Haenisch scheint der Himmel noch immer voller Baßgeigen zu hängen. . . .

\* \* \*

Der Zwist in der Landtagsfraktion ist derselbe wie der seit dem Kriegsausbruch in der Partei ausgebrochene Meinungsstreit.

Seit Anfang August des vorigen Jahres steht die Partei im Zeichen des „Umlernens“. Bis dahin stand die Partei in ihrer Mehrheit, wie alle Parteitagsbeschlüsse beweisen, allem Imperialismus in schroffster Ablehnung gegenüber. An ihrer unerschütterlichen Gegnerschaft zu einem imperialistischen Kriege hätte auch der ärgste Schwarzseher nicht zu zweifeln gewagt. Und als reif für Dalldorf wäre der verschrien worden, der prophezeit hätte, daß in wenigen Monaten der Weltkrieg von deutschen „Radikalen“ als willkommenes Vehikel für den Aufstieg des deutschen Proletariats und des Sozialismus verherrlicht werden könnte.

Eine Bewilligung der Kriegskredite lag ebenso weit außerhalb aller Möglichkeiten. Sie wird heute von der Mehrheit der Reichstagsfraktion als eine „Selbstverständlichkeit“ bezeichnet, wie man denn überhaupt seitdem die verblüffende Entdeckung gemacht hat, das wahre Wesen des sozialistisch-proletarischen Internationalismus bestehe in der bedingungslosesten Betätigung des Nationalismus. Eine Entdeckung allerjüngsten Datums! Denn, wie die Genossen Renaudel und de Man berichten, hat ja unmittelbar vor Kriegsausbruch noch der Vertreter des deutschen Parteivorstandes den französischen Genossen erklärt, daß die Reichstagsfraktion sich aller Wahrscheinlichkeit nach der Stimme enthalten, wenn nicht gar gegen die Kriegskredite votieren werde.

Im neutralen Ausland hielt man auch eine solche Haltung für ganz selbstverständlich. Der alte Hermann Greulich, länger als ein Menschenalter der Führer der schweizerischen Sozialdemokratie — ein Mann, den noch niemals ein deutscher Genosse eines verftiegenen Radikalismus geziehen — hat erst letzter Tage darüber sehr Beachtliches gesagt: „Als die Depesche kam, auch die Sozialdemokraten hätten einstimmig den Kriegskredit bewilligt, g l a u b t e n w i r e s n i c h t. Dann kam die Bestätigung und die von der Fraktion abgegebene Erklärung. D a s w a r e i n b e t ä u b e n d e r S c h l a g.“ Und über die Haltung der deutschen Partei (soweit man heute die Partei für die Haltung der Mehrheit ihrer Funktionäre verantwortlich machen kann) während der letzten Monate sagt Greulich: „Mit Staunen sahen wir den K r i e g s w a h n s i n n unter führenden Genossen Deutschlands fort dauern. . . .“

Auch in der deutschen Partei gab es Leute, die in den Parteitraditionen und der sozialistischen Gedankenwelt zu alt geworden waren, um so hurtig „umlernen“ zu können, wie Haenisch und Lensch. Im preußischen Abgeordnetenhaus bildeten diese altmodischen Köpfe, über deren Mangel an Intelligenz dann Haenisch in seiner berüchtigten Kultusrede mitleidig spöttelte, sogar die Hälfte der zehnköpfigen Fraktion. Kein Wunder, daß sich da die Dinge nicht so glatt abspielten,

wie in der Reichstagsfraktion, wo die Mehrheit die Minderheit zwar nicht überzeugen und von ihren Gewissensstrupeln befreien, aber doch einfach überstimmen konnte.

\*

\*

\*

Hirsch meint: was ging das Kriegsproblem die preußische Landtagsfraktion an! Darüber mochten sich die Reichstagsabgeordneten die Köpfe zerbrechen. Nun: die Bürgerlichen dachten nicht so. Sie, als Preußen, als die Zweidrittelmehrheit des deutschen Volkes, als der wichtigste Faktor des bundesstaatlichen Reichskörpers, waren sich ihres Gewichtes sehr wohl bewußt. Der Krieg, das fühlten sie, war ihre Sache, seine Gestaltung, seine Ziele gingen in erster Linie sie an, die Herren Großgrundbesitzer, die Herren Großindustriellen, die Vertreter des mobilen Kapitals. Das Abgeordnetenhaus hielt sich deshalb nicht nur für verpflichtet, alle sozialen Kriegsmaßnahmen zu treffen, die in seine gesetzgeberische Befugnis fielen, sondern auch die beiden Kriegstagungen des Hauses zu wichtigen Kriegskundgebungen zu gestalten.

Auch wenn die Resolution des Internationalen Stuttgarter Kongresses nicht ausdrücklich für den Kriegsfall verpflichtet hätte, wäre es in solcher Situation das erste Gebot einer sozialdemokratischen Fraktion gewesen, nun auch ihrerseits zu dieser Kundgebung Stellung zu nehmen. Aber nur mit knapper Not kam mit 5 gegen 4 Stimmen jener „Friedenspassus“ in der sozialdemokratischen Fraktionserklärung zustande, der doch wahrhaftig das Minimum dessen darstellte, was erwartet werden mußte. Die Minderheit der Fraktion operierte mit den bekannten Einwänden: Natürlich wollen auch wir einen ehrlichen und billigen Frieden — aber der Zeitpunkt für eine solche Deklaration erscheint uns schlecht gewählt. Die Erklärung könnte uns vom Ausland als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden, so daß der Krieg dann nur noch länger dauert. Argumente, mit denen man jede sozialdemokratische Friedenskundgebung in jedem Augenblick ablehnen kann!

Vollends zu scharfem Zusammenprall kam es in der Fraktion, als die Frage der Zensur und des Belagerungszustandes im Plenum zur Beratung stand. Die Mehrheit der bürgerlichen Parteien hatte unter freikonservativ-nationalliberaler Führung von der Regierung die Freigabe der öffentlichen Aussprache über die Kriegsziele und Friedensbedingungen gefordert. Die Regierung versprach diese Freigabe — für die Zeit, wo eine solche Erörterung aus militärischen und politischen Gründen zulässig sei. Damit gaben sich die Interpellanten einstweilen zufrieden. Sie hatten ja vorläufig ihren Zweck erreicht, hatten über die angeblich unparitätisch-unfreundliche Behandlung der „Scharfmacher“, d. h. Annektionspolitiker, ihre schärfste Mißbilligung ausgesprochen und der Regierung deutlich genug zu verstehen gegeben, was sie, die Herrschenden in Preußen, von der Reichsregierung in bezug auf die Friedensbedingungen erwarteten. Es handelte sich also in Wirklichkeit gar nicht um zensuruelle Zukunftsjorgen der bürgerlichen Mehrheit, sondern um einen unverblichen Vorstoß gegen die „Flaumacher“. Ich hielt es deshalb für selbstverständlich, daß ich als Redner zu diesem Punkte nicht nur die Zensurbeschwerden vorzutragen, sondern auch die sozialdemokratische Stellung zu dem Friedensproblem zu kennzeichnen ver-



pflichtet sei. Aber obgleich ich diese Ausführungen über das Kriegsziel in der denkbar vorichtigsten Weise formuliert und gegen jede chauvinistische Mißdeutung durch das Ausland gesichert hatte, fand dieser Teil meiner Rede keine Gnade bei der Mehrheit der Fraktion. Man beschloß seine Streichung. Ich erklärte daraufhin, daß ich nach der Streichung des wichtigsten Teiles meiner Rede auch auf den belanglos gewordenen Rest der Ausführungen verzichten müsse und fand da für wenigstens das Verständnis des Genossen Haenisch.

\*

\*

\*

Um die ganze Tiefe der Kluft zu ermessen, die sich zwischen den beiden Teilen der Fraktion (und der Partei) geöffnet, muß man sich die Rede Haenischs zum Kultusetat vergegenwärtigen.

Man kennt die für Sozialisten und Marxisten unbegreiflichen Illusionen gewisser Parteikreise: Der Krieg ist das soziale und moralische Verjüngungsbad der Nation. Das gemeinsam vergossene Blut schweißt die Teile der Nation fester zusammen, beseitigt „Vorurteile“ und bringt die früher oft so schrillen Dissonanzen des Klassenkampfes zu harmonischer Auflösung. Die Gewerkschaften werden fortan nicht schlechter behandelt werden, als die Christlichen, die Parteibestrebungen werden nicht mehr als „ordnungsfeindlich“ geächtet, die soziale Gesetzgebung erhält einen freieren Schwung und das vom Verdachte der „Vaterlandslosigkeit“ gereinigte Proletariat bekommt höhere politische Rechte. Und der äußeren Harmonie gesellt sich der kulturelle Aufstieg des Volkes. Nicht mehr Worte des Zornes, Blicke des Hasses, werden in den Parlamenten dröhnen und wetterleuchten, sondern als Gegner zwar, aber als ehrlich wohlmeinende Männer werden die Fechter nach Kavaliersart graziös die Klingen kreuzen. (Die Liebknechtianer, mögen sie zehnmal kreuzehrliche Kerle und Herzbrüder von gestern sein, schmeißt man aus der Partei heraus, denn sie haben einen anderen Geist; aber mit den Herren v. Richthofen und Zedlig verständig man sich!) Dem nationalen und sozialen Geiste entspricht eine herrliche freie Kultur. Ach, dies Zukunftsbildnis ist so berückend schön, daß es Haenisch in einer Broschüre in den feherischen Enthusiasmus ausbrechen läßt:

Herr Gott im Himmel, welche Wunderblume  
Wird einst vor allem dieses Deutschland sein!

Befände sich Haenisch nicht in diesem Zustande unheilbar visionärer Verranntheit, so hätten ihn die Reden der übrigen Parteivertreter bei der Kultusdebatte rasch in die Wirklichkeit zurückrufen müssen. Schon die Ausführungen des konservativen Herrn v. Gofler bewiesen ja, was sie von diesem Kriege erwarten und erwarten dürfen. Daß Herr v. Gofler meinte, die Deutschen hätten gezeigt, daß sie, „was Kultur und Gefittung anbetrifft, himmelhoch stehen über all' den Völkern, von denen man jetzt spricht,“ war noch die harmloseste Wendung. Bedenklicher waren schon die Lobpreisungen der „Pfleger des kirchlichen Lebens“, die „jetzt reiche Zinsen getragen“ habe, wie überhaupt die Hervorhebung des „tiefen Zuges zu innerer Sammlung, zur Religiosität, der durch unser ganzes Volk geht.“ Und wenn der konservative Redner die künftige Sperrung der Hochschulen für „Russen und Japaner“ als

etwas Selbstverständliches forderte und die Hoffnung aussprach, daß „aus der heutigen großen Zeit, in der wir leben, ein allgemeiner Aufschwung unserer deutschen Kunst hervorgehen“ werde, so bewies das alles hinlänglich, daß nicht nur in Frankreich die klerikale Reaktion die Früchte des Krieges zu ernten hofft.

Zudem trugen die Reden aller folgenden bürgerlichen Redner so ziemlich das gleiche Gepräge. Herr Kaufmann vom Zentrum sagte unter anderem: „Möge unsere deutsche Kunst und namentlich unsere deutsche Dichtkunst sich jetzt in diesem großen Kriege endlich aus den verführerischen Umarmungen des Auslandes befreien, in denen sie immer wieder die deutsche Seele hat töten lassen;“ der Nationalliberale v. Campe: „Ein Unterricht, der nicht ganz von dem Geist dieser Zeit durchweht sein sollte, der würde . . . ganz gewiß nichts oder nur wenig wert sein. Es kann ja doch nicht ausbleiben, daß heute gleichsam mit elementarer Wucht dem Unterricht ganz neue Ziele und ganz neue Wege gewiesen würden;“ und der Freisinnsmann Eichhoff unterstrich nicht nur dieses nationalliberale Schulideal, sondern er machte auch vor der Geistlichkeit seine Reverenzen.

Und Haenisch? Entwickelte er diesem nationalistisch=reaktionären Programm gegenüber etwa die sozialistischen Kulturideale? Gewiß: er machte allerhand Vorbehalte, verteidigte die internationale Befruchtung von Kunst und Wissenschaft, tadelte allzu krasse Auswüchse des Chauvinismus usw. — aber den Kern seiner Rede bildete doch sein Bekenntnis zum „Burgfrieden“, sein Lob des „Umlernens“, seine nationalistische Begeisterung und seine fanatische Hoffnung auf den „Sieg“.

Karl Liebknecht hat einmal gesagt, daß wohl kein Mensch in Deutschland so pervers sein werde, eine Niederlage Deutschlands zu wünschen. Für einen Sozialdemokraten wäre es aber ebenso pervers, die Niederlage unserer Gegner zu ersehnen. Für ihn liegt das Heil der Nationen und der Kultur nicht in der Niederwerfung und Vergewaltigung des einen oder anderen Teils, sondern in der Verständigung. Das ist die Auffassung, die bis vor Ausbruch des Krieges jeder Sozialdemokrat vertreten hat, der auch am 10. März Genosse Haase im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Ausdruck gegeben hat.

Haenisch vertritt einen anderen Standpunkt. Er teilt die Auffassung des Genossen Lensch, der den Triumph des deutschen Imperialismus für gleichbedeutend hält mit dem Triumph des deutschen Proletariats und des — Marxismus! Er hat das in seiner Rede nicht weniger als dreimal ausgesprochen. Seinen Spuren ist dann am 5. März bei der Beratung des Eisenbahnetats Genosse Leinert gefolgt.

Was deutschen Sozialdemokraten recht ist, ist russischen, französischen und englischen Sozialisten billig. Kein deutscher Genosse darf ihnen im geringsten verdenken, wenn auch sie von der Parlaments- oder auch Ministertribüne herab wie Haenisch den „vollen Sieg“ ihres Landes verlangen. Nennt sich Haenisch stolz einen sozialdemokratischen Deutschen oder deutschen Sozialdemokraten, so zierte etwa Plechanow nicht minder der Titel eines sozialdemokratischen Russen und Vaillant der eines französischen Sozialdemokraten. Sie alle



helfen dann den Krieg und den „vollen Sieg“ mit Leidenschaft schüren — zur höheren Ehre der sozialistischen Internationalen!

Man begreift, daß selbst ein so alter und gemäßigter Sozialdemokrat, wie Hermann Greulich, von dem „Kriegswahnsinn“ gewisser Sozialdemokraten spricht, den er sich nur aus „Zwangsvorstellungen“ zu erklären vermag. Man begreift auch, daß bei solchen Divergenzen der Auffassung von einer Verständigung innerhalb der preußischen Landtagsfraktion keine Rede mehr sein konnte, denn beide Teile mußten von einander sagen: Sie haben einen anderen Geist!

\*

\*

\*

Daß die Geister sich scheiden, und der neue Geist des nationalen Sozialismus (man kann auch sagen National-Sozialismus, denn Pastor Naumann hat nie ein anderes Programm vertreten und Lensch hat den ehemaligen Nationalsozialen Rohrbach trefflich vulgarisiert) sich so unverhohlen bekundeten, ist hoch erfreulich. Denn nach der Rückkehr normaler Zeiten wird sich die Partei in der Tat gründlichst mit den Irrungen und Wirrungen auseinander zu setzen haben.

Nur darin weichen wir von Haenisch ab, daß er sich einbildet, die Masse der deutschen Proletarier werde dem neuen Evangelium des Kriegs- und Illusionssozialismus zufallen, so daß das Häuflein der Quertreiber resigniert sein Bündel schnüren könne. Wir glauben das Gegenteil, denn ein halbes Jahrhundert sozialistischer Schulung und Aufklärung kann an den Massen unmöglich so spurlos vorübergegangen sein, wie das die Virtuosen des Umlernens hoffen.

In Wirklichkeit verrät denn auch all das unwürdige Schelten auf die „Quertreiber“, all das ungestüme Drohen der vermeintlichen Mehrheit nichts als ein schlechtes politisches Gewissen und innere Unsicherheit. Warum hätte mans sonst so furchtbar eilig mit dem Hinauswurf der Genossen, deren ganzes Verbrechen in dem Festhalten an der bisherigen Theorie und Taktik der Partei besteht, während man die unaufhörlichen Quertreibereien der Revisionisten jahrzehntelang so lammsgeduldig ertragen hat?

Am liebsten würden die Haenisch und Konsorten die Quertreiber bereits durch einen außerordentlichen Parteitag spedieren lassen. Da das aber leider nicht geht, wird man sich wenigstens auf den Versuch gefaßt machen müssen, die „Quertreiber“ und die Massen der Parteigenossen durch eine so beschleunigte Einberufung eines Parteitages zu überrumpeln, daß zur notwendigen Aussprache in Presse und Versammlungen nur ungenügend Zeit bleibt und gewisse bereits festgelegte Körperschaften in eigener Sache zu „Gericht“ sitzen. Aber auch ein solcher Versuch dürfte an dem demokratischen Empfinden und dem gesunden politischen Gefühl der Massen der Partei kläglich scheitern.

Wenn Haenisch mit der ihm eigenen Fixigkeit sich nicht nochmals aufs Umlernen verlegt, könnte es leicht kommen, daß er schließlich von den deutschen Proletariermassen selbst entsetzt konstatieren muß: Sie haben einen anderen Geist!

## II.

**Die Zerfetzung der Reichstagsfraktion.**

p. Berlin, 31. März.

Es war die Absicht des Genossen Liebknecht, an dieser Stelle über die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion im deutschen Reichstage zu schreiben. Jedoch wurde Liebknecht bereits im Anfang Februar unter das militärische Zwangsgesetz gestellt, und wir mußten zu unserem aufrichtigsten Bedauern darauf verzichten, ihn unter unseren Mitarbeitern zu begrüßen. Wir fügen hinzu, daß er auch mittelbar in keiner Weise für den tatsächlichen Inhalt der nachfolgenden Ausführungen verantwortlich ist, er so wenig wie irgend ein anderes Mitglied der Reichstagsfraktion. Wir haben nur gesammelt, was hier und da, in der bürgerlichen wie der sozialdemokratischen Presse, schon veröffentlicht worden ist.

Ueber die inneren Zustände der Reichstagsfraktion ist die bürgerliche Presse oft besser oder mindestens schneller unterrichtet, als die sozialdemokratische Presse. Der „Vorwärts“ hat sogar einen Fall mitgeteilt, wonach das „Berliner Tageblatt“ in seiner um 3 Uhr nachmittags ausgedruckten Abendausgabe Fraktionsbeschlüsse veröffentlichte, die der um 4 Uhr mit dem Satz beginnende „Vorwärts“ erst unter Zitierung der „Tageblatt“-Meldung am nächsten Morgen wiederholen konnte, da ihm durch Fraktionsbeschluß eine eigene Mitteilung untersagt worden war. Daran trägt aber, wie Genosse Stampfer in der Parteipresse auseinandergesetzt hat, kein Mitglied der Fraktion mit Wissen und Willen irgendwelche Schuld. Stampfer schreibt: „Jeder, der die inneren Gepflogenheiten des Reichstags kennt, weiß, wie schwer Fraktionsgeheimnisse zu wahren sind. Wichtige Vorgänge in der Fraktion sind gewöhnlich schon eine Stunde später das allgemeine Gespräch der Wandelhalle. Und solche Indiskretionen entstehen fast niemals aus bösem Willen, sondern fast stets aus Zufall oder aus unangebrachter Vertrauensseligkeit. Zwei Fraktionsmitglieder führen ein lautes Gespräch oder einer hat einen guten Freund, dem er ein Geheimnis anvertraut, dieser hat wieder einen guten Freund — und bald weiß es die ganze Stadt.“ Stampfer schildert damit in ansprechender Weise die Klatschsucht und Wichtigtuerei, die nirgends so üppig wuchern, wie in der Wandelhalle ohnmächtiger Parlamente.

Es ist nur, daß was „die ganze Stadt“, das heißt jede bürgerliche Fraktion und jedes Mitglied der Regierung weiß, der naiven Masse der vier Millionen sozialdemokratischer Wähler am Ende nicht in allen Hüllen religiöser Geheimnisse verborgen zu bleiben braucht. Die ruhige Würde des Volksvertreters sollte nicht in den gefrorenen Schulmeisterdüffel umschlagen, womit zum Beispiel in der geschlossenen Mitgliederversammlung eines Berliner Vororts ein Fraktionsmitglied einen vorwitzigen Wähler wegen „sträflicher Neugier“ abkanzelte, weil er eine Frage nach einer Tatsache getan hatte, die „die ganze Stadt“ seit Wochen kannte. Indessen wollen wir uns keineswegs von „sträflicher Neugier“



plagen lassen, und deshalb allein beachten, was längst in der Presse erschienen ist; wir hielten diese kurzen Erläuterungen für nötig, um nicht bei der naiven Masse der sozialdemokratischen Wähler in den Verdacht von „Enthüllungen“ zu geraten, die uns vollkommen fern liegen.

\*

\*

\*

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat seit Beginn des Krieges viermal getagt. Das erste Mal am 3. August v. J., wo sie sich über die Bewilligung der ersten Kriegsanleihe von fünf Milliarden zu entscheiden hatte. Was damals von ihr erwartet wurde und nach dem Parteiprogramm, den Parteitagsbeschlüssen, den Internationalen Kongreßbeschlüssen, sowie nach allen Ueberlieferungen der deutschen Sozialdemokratie erwartet werden mußte, sprach der Parteisekretär Hermann Müller ein paar Tage vorher, als offizieller Vertreter des deutschen Parteivorstandes, in einer offiziellen Verhandlung mit der französischen Bruderpartei dahin aus, die Fraktion werde die von der Regierung geforderten Kriegskredite entweder ablehnen oder sich der Abstimmung enthalten; eine Bewilligung hielt er für ausgeschlossen.

Die Fraktion entschied sich aber mit 78 gegen 14 Stimmen für die Bewilligung. Die Erklärung, die sie nach vorheriger Zustimmung der Regierung und der bürgerlichen Fraktionen dazu abgab, ist heute schon vom Sturm der Zeit verweht. Von dem Kulturkampf gegen den Jarrismus, der eine Hauptrolle darin spielte, spricht heute selbst der beschränkteste Philister nur noch mit Achselzucken; dagegen schweigt die Erklärung über den Grund, der wenigstens für einen Teil der Fraktionsmitglieder, nach ihren eigenen späteren Angaben, entscheidend gewesen ist: die Sorge um Gewaltschläge, sei es der Regierung, sei es fanatisierter Köpfe, wie deren einem eben Jaurès zum Opfer gefallen war. Man wollte nicht, daß die nationale Ehre durch solche Taten befleckt werde.

Von einem Teil der Bewilliger, etwa 20 oder 30 Mann, ist später bekannt geworden, daß er ein Separatvotum abgegeben haben würde, wenn die Mehrheit der Fraktion die Kredite verweigert hätte. Nach ihrer Bewilligung stand nunmehr die Minderheit von 14 Mann, die darin eine Zertrümmerung der Parteigrundsätze sah, vor der Frage eines Separatvotums. Wenn sie darauf verzichtete, so hatte sie unzweifelhaft sehr gewichtige Gründe für ihre Zurückhaltung. Bei Beurteilung der ganzen Sachlage war man noch viel mehr auf Gerüchte, als auf sichere Nachrichten angewiesen; es war möglich, daß, dem Umfall der Mehrheit zum Troße, schwere Konflikte mit der Regierung bevorstanden; so glaubte man, alles vermeiden zu sollen, was nach einer Spaltung der Partei ausfähe. Der erste Vorsitzende des Parteivorstandes, der zur Minderheit gehörte, fügte sich der Fraktionsdisziplin sogar soweit, daß er sich, wenn auch erst nach langem Sträuben, bereit finden ließ, die Erklärung der Fraktionsmehrheit öffentlich zu verlesen.

Wenn man vom Rathaus kommt, ist man bekanntlich immer klüger, als wenn man hineingeht, und heute darf man wohl sagen, daß ein Separatvotum der Minderheit günstigere Folgen gehabt haben würde, als ihr Schweigen. Der Schlacht bei Jena wäre dann schwerlich eine so reißende Kapitulation der Festungen gefolgt; der betäubende Ein-

druck, den die scheinbare Einmütigkeit der Fraktion machte, riß eine große Zahl der Parteiblätter in einen wüsten Rausch des Chauvinismus.

\*

\*

\*

Als der Reichstag zum 2. Dezember v. J. von neuem einberufen wurde, um eine zweite Kriegsanleihe von fünf Milliarden zu bewilligen, und die Fraktion zur Vorberatung am 29. November zusammentrat, waren Ursprung und Wesen des Krieges viel klarer zu übersehen, als am 3. August. Auch waren inzwischen sehr bittere Erfahrungen gemacht worden. In einer zweitägigen Debatte stießen die Gegensätze demgemäß schärfer aufeinander. Die Minderheit war von 14 auf 17 Köpfe gestiegen; ein Mitglied hatte sich zur Mehrheit geschlagen, während vier Mitglieder sich von der Mehrheit getrennt hatten. Aus der Mitte der Minderheit wurde der Antrag gestellt, ihr zu gestatten, daß sie ihre abweichende Ansicht im Plenum vertreten dürfe. Die Mehrheit lehnte diesen Antrag jedoch ab, und ebenso wenig ließ sie sich auf die dringende Mahnung ein, die von einem bekannten österreichischen Genossen an sie gestellt wurde, eine energische Kundgebung für den Frieden und gegen die Verletzung der belgischen Neutralität zu erlassen. Nur zu einer schweigenden Bewilligung der Kriegsanleihe konnte sie sich nicht entschließen, sie entwarf eine Erklärung, die einige verwahrende Sätze über den Belagerungszustand, die Anneziionspolitik, und die belgische Frage enthielt.

Diese Erklärung wurde, wie schon die frühere am 4. August, der Regierung und den bürgerlichen Parteien zur Prüfung vorgelegt, und zunächst die Parteien, dann aber auch die Regierung verlangten eine Streichung oder Abänderung der eben erwähnten Sätze. Es zeigte sich jetzt, daß in der Tat „die ganze Stadt“ über die inneren Zustände der Fraktion unterrichtet war. Der Staatssekretär Delbrück erklärte, ihm hätten Fraktionsmitglieder gesagt, sie seien bereit, ohne jede Erklärung der Fraktion für die Kredite zu stimmen, und so sagte der volksparteiliche Abgeordnete Paner, er wisse aus dem Munde von sozialdemokratischen Abgeordneten, daß sie keineswegs grundsätzliche Gegner von Eroberungen seien. In dieser bedrängten Lage faßten 20 bis 30 Fraktionsmitglieder den Entschluß, falls der Forderung der bürgerlichen Parteien nachgegeben würde, die unveränderte Erklärung im Plenum als ihr Separatvotum vorzutragen. Auf diese Drohung hin wurde jede Aenderung oder Streichung der beanstandeten Sätze von der Fraktionsmehrheit abgelehnt.

Bei der Abstimmung am 2. Dezember entfernten sich die Mitglieder der Minderheit aus dem Saale, mit Ausnahme Liebknechts, der durch Sitzbleiben öffentlich gegen die Bewilligung der Kredite stimmte. Darauf erließ der Fraktionsvorstand im „Vorwärts“ vom 3. Dezember eine Erklärung, worin er „diesen Bruch der Disziplin, der die Fraktion noch beschäftigen werde, aufs tiefste bedauerte“. Gegenüber diesem kalten Blitze zündete die mutige Tat Liebknechts in der klassenbewußten Arbeiterschaft des In- und Auslandes.

Sicherlich hatte es seine Bedenken, daß Liebknecht sich von der Minderheit trennte, die gleich ihm die Bewilligung der Kriegskredite verwarf. Aber auch hier zeigte sich, daß man klüger vom Rathause kommt, als man hineingeht. Eine Reihe unverwerflicher Zeugnisse



beweist, wie freudigen Widerhall die Abstimmung Liebknechts unter den deutschen Parteigenossen fand, und den ausländischen Parteigenossen erschien sie als erster Strahl der Hoffnung, daß der in Trümmern liegende stolze Bau des Weltproletariats wieder aufgerichtet werden würde.

Das abgeschmackte Gerede bürgerlicher Blätter und selbst verblendeter Sozialisten, wonach Liebknecht die Kriegsgegner des Deutschen Reiches ermutigt und dadurch zur Verlängerung des Krieges beigetragen haben soll, wird hinreichend durch die Tatsache beleuchtet, daß die chauvinistische Presse Frankreichs ihn als Regierungsagenten denunzierte, der die Komödie der revolutionären Unversöhnlichkeit spielte, um das Ansehen der „kaiserlich-deutschen Sozialdemokratie“ im Auslande zu heben und durch das böse Beispiel die Reihen der französischen Sozialisten zu verwirren.

\*

\*

\*

Zum dritten Male tagte die Fraktion am 2., 3. und 4. Februar d. J. Ihre Einberufung war auf Betreiben des Genossen Ledebour erfolgt, der eine Entscheidung über die Tätigkeit verlangte, die Südekum als freiwilliger Agent der Regierung im Auslande entfaltet hatte.

Zunächst aber wurde in einer langen Sitzung über Liebknecht verhandelt. Die Einzelheiten, die darüber in „der ganzen Stadt“ bekannt geworden sind, mögen hier auf sich beruhen bleiben; sie sind nicht geeignet, das Ansehen der Fraktion zu fördern. Das gilt freilich auch schon von dem ganzen Verfahren gegen Liebknecht. Er hatte die Fraktionsdisziplin verlezt, um die Parteidisziplin zu retten, die von der Fraktion mit Füßen getreten worden war. Er hatte die niedere formale Pflicht verlezt, um einer höheren sittlichen Pflicht zu genügen. Die Freiheitskämpfer des 16. Jahrhunderts nannten das in ihrer Sprache, man müsse Gott mehr gehorchen, als den Menschen, während ein Freiheitskämpfer des 19. Jahrhunderts denselben Gedanken in den ungleich gröberen Satz kleidete, aus dem wir ein höchst unparlamentarisches Wort lieber weglassen wollen: „Während man auf der einen Seite alle Gesetze . . . verlezt, verlangt man auf der anderen Seite zarteste Beobachtung sogar eines R e g l e m e n t s.“ Der so schrieb, hieß Karl Marx, und mit seinem Segen wird sich Karl Liebknecht wohl über die Flüche der Karl Legien und Genossen trösten.

Doch man darf nicht in zu hohen Worten von dem Verfahren der Fraktion gegen Liebknecht sprechen. Einer von den 20 oder 30 Genossen, die nach seiner nunmehrigen Mitteilung am 3. August entschlossen gewesen waren, die Fraktionsdisziplin zu mißachten, falls sich die Mehrheit für die Verweigerung der Kredite entscheiden sollte, nannte es „eine Heuchelei und eine Ungerechtigkeit“, was es in der Tat war, da ein großer, wenn nicht der größte Teil der Fraktion sich selbst an der Fraktionsdisziplin verflüchtigt hatte oder doch bereit gewesen war, sich daran zu verflüchtigen. Als mildernder Umstand sei nur noch hervorgehoben, daß die einzelnen Sätze der gegen Liebknecht gerichteten Resolutionen nur gegen beträchtliche Minderheiten (15, 33, 39, 20, 26 Stimmen) angenommen wurden.

Nach dem Falle Liebknecht beschäftigte sich die Fraktion mit dem Falle Ledebour. Die Dienste, die Südekum auf eigene Faust der Regierung im Auslande geleistet hatte, waren nach Ledebours zutreffender Ansicht eine schwere Kompromittierung der Partei, und er hatte sein Amt als Mitglied des Fraktionsvorstandes niedergelegt, weil dieser nicht so dagegen eingeschritten war, wie es nach Ledebours Ansicht notwendig gewesen wäre. Die Fraktion entschied, daß Ledebours Vorwürfe gegen den Fraktionsvorstand unbegründet gewesen seien und sein Vorgehen aufs schärfste verurteilt werden müsse; auch wurde die Veröffentlichung dieser Resolution beschlossen. Dagegen wurde ein öffentlicher Tadel des Regierungsagenten Südekum abgelehnt; mit verständnisvoller Milde wurde nur erklärt, daß Mitglieder der Fraktion nicht ohne deren Genehmigung oder, falls sie nicht versammelt sei, ihres Vorstandes „Ersuchen“ der Regierung nachkommen dürften und daß der Vorstand bei der Genehmigung „zurückhaltend“ sein solle.

Endlich beschäftigte sich die Fraktion in dieser Tagung noch mit der Frage des Friedens „in eingehender Weise“, wie parteioffiziös erklärt wurde, und „in Uebereinstimmung“, aber unter strengster Geheimhaltung der Verhandlungen und etwaigen Beschlüsse. Diesmal hat auch „die ganze Stadt“ nichts davon erfahren, so daß sich die „sträfliche Neugier“ der rainen Wählermasse vollends bescheiden muß. Sie kann es auch in dem beruhigenden Bewußtsein, daß die Gedanken, die die Fraktion im verschwiegenen Busen über den Frieden wälzt, politisch keine größere Bedeutung haben, als der Wind, der durch den Schornstein fährt.

\*

\*

\*

Nach diesen Vorgängen war es nicht zu verwundern, daß sich eine völlige Zersetzung der Fraktion offenbarte, als sie zum vierten Male am 8. März d. J. zusammentrat, am Vorabend der Reichstagssession, in der über das Dreizehn-Milliarden-Budget (zehn Milliarden neuer Kriegskredite und über eine Milliarde sonstiger Militärausgaben umfassend) beschlossen werden sollte. Am Tage vorher hatte schon der Parteiausschuß getagt, sich für die Bewilligung der neuen Kriegskredite mit 35 gegen 5, und für die Bewilligung des ganzen Budgets mit 30 gegen 10 Stimmen ausgesprochen.

In der Fraktion machte sich zunächst eine stärkere Opposition gegen die Bewilligung der neuen Kredite geltend. Ein Antrag, nur fünf Milliarden zu bewilligen, um den Einfluß des Reichstags nicht zu lange auszuschalten, wurde mit etwa Zweidrittelmehrheit abgelehnt, die Bewilligung der zehn Milliarden aber nur gegen 23 — oder zwei Abwesende eingerechnet, die nachträglich ihre Auffassung kundgaben — 25 Stimmen genehmigt. Noch schwereres Kopfzerbrechen machte die Frage, ob das Budget als solches zu bewilligen sei. Hier half kein Mundspitzen mehr, es mußte gepiffen werden. Man mußte das Budget ablehnen oder aber die feierlichsten Parteitagsbeschlüsse von Lübeck, Magdeburg und Nürnberg mitten durch zerreißen, und vor aller Welt den Bruch der Parteidisziplin zur Voraussetzung der Fraktionspolitik machen. Alle Versuche, an der Hand der unglaublichsten Spintifierereien sich aus diesem Dilemma zu winden, erwiesen sich sofort als so albern, daß ihre bloße Erwähnung ihnen schon zu große Ehre antun würde.



Logischer waren diejenigen Befürworter der Budgetbewilligung, die frischweg erklärten, der Sündenfall wäre schon am 4. August und 2. Dezember begangen worden, denn die Bewilligung der beiden ersten Kriegskredite, die als Nachtragsetats eingebracht worden waren, seien schon Budgetbewilligungen gewesen. Das ist soweit ganz richtig, aber immerhin bestand noch der kleine Unterschied, daß die sozialdemokratische Fraktion mit der Bewilligung des Jahresbudgets sich für ein ganzes Jahr freiwillig ausschaltete, sich für ebenso lange willenlos den Entschliefungen der Regierung fügte, damit sich jeden Einflusses auf den Gang des Krieges und die Gestaltung des Friedens begab, und zwar in einer Zeit, wo der Partei alle anderen Mittel entrisfen sind, ihren Willen kundzutun, während von bürgerlichen, und zwar sehr einflußreichen Parteien die abenteuerlichsten Eroberungspläne offen betrieben werden. Indessen wurde die Bewilligung des ganzen Budgets mit etwa Zweidrittelmehrheit beschlossen.

Daß bloße Erklärungen nicht die geringste Wirkung haben, hatte man im August und Dezember v. J. zur Genüge erfahren. Im März d. J. kam noch hinzu, daß zwar der erste Etatsredner Haase einigermaßen kräftige Worte fand, der zweite Etatsredner Scheidemann aber wieder Del auf die durch Haase erregten Wellen der bürgerlichen Welt zu gießen verstand. Die Art, wie Ledebour in der Sitzung vom 20. März vom Fraktionsvorstande verleugnet wurde, hieß auch diejenigen ausländischen Parteiblätter, die bis dahin noch immer gehofft und geharrt hatten, sich melancholisch bescheiden: Höher gehts wohl nimmer.

Bei der Abstimmung im Plenum schloß sich diesmal Genosse Rühle dem Genossen Liebknecht an; beide stimmten mit Nein. 30 Fraktionsmitglieder gaben ihre Ablehnung des Budgets durch ihre Entfernung aus dem Saale kund; es waren nach der dankenswerten Angabe des „Vorwärts“ die Genossen Albrecht, Antrick, Baudert, Bernstein, Boß, Brandes, Büchner, Davidsohn, Dittmann, Emmel, Fuchs, Gener, Haase, Henke, Herzfeld, Hoch, Hofrichter, Horn, Kunert, Ledebour, Leutert, Peirottes, Raute, Schmidt (Meißen), Schwarz (Lübeck), Simon, Stadthagen, Stolle, Vogtherr, Zubeil. Ihnen schloß sich noch der Genosse Cohn an, der in der Sitzung selbst abwesend gewesen war. Das „Grüppchen“ oder die „winzige Minderheit“, die einer „erdrückenden Mehrheit“ gegenüberstehen soll, beläuft sich im Reichstage also auf nahezu ein Drittel, wie im preußischen Landtag auf die volle Hälfte der Fraktion.

Mit dieser Scheidung in eine Mehrheit und Minderheit, ist die Zersekung der Reichstagsfraktion aber noch lange nicht erschöpft. In der Mehrheit gärt es weiter; neben den nationalliberalen Elementen, die entschlossen sind, mit der Regierung durch dick und dünn zu gehen gibt es darin kundige Thebaner, die schon gewarnt haben, den Bogen nicht zu überspannen, da die Unzufriedenheit der Wähler mit der Fraktionstaktik wachse, und die vernünftigen Erwägungen nicht unzugänglich sein werden, wenn die naive Masse sich erst anschießt, aktiv zu werden. Auf der anderen Seite bildet aber auch die Minderheit keine geschlossene Reihe. Sie ist nicht durchweg gegen die Bewilligung neuer Kriegskredite, sondern etwa 8 bis 9 Mitglieder konnten sich nur nicht zu der Bewilligung des Budgets verstehen, und damit sind noch nicht alle Schattierungen erschöpft, wie schon die konsequente Opposition Liebknechts und Rühles zeigt.

Die innere Auflösung der Reichstagsfraktion ist gewiß eine sehr unerfreuliche, aber keineswegs eine unerklärliche Erscheinung. Was eine proletarische Organisation kampffähig macht, ist ihr Prinzip; löst sie dies Band, so fällt sie um so haltloser auseinander. Einstweilen hat es nur die Fraktion gelöst, aber noch nicht die Partei. Ihre Massen sollten beizeiten überlegen, ob die Dinge so weiter gehen sollen, wie sie seit acht Monaten gegangen sind. Schon haben einige parlamentarische Schreckensfinder den Plan verraten, sofort nach Schluß des Friedens einen Parteitag einzuberufen und das „Grüppchen“ hinauswerfen zu lassen. Das „Grüppchen“ braucht diesen sauberen Staatsstreich nicht zu fürchten, aber die Partei hat allen Anlaß dazu, denn wenn er gelänge, würde sie ebenso zersezt werden, wie jetzt die Reichstagsfraktion zersezt ist.

Die Rückkehr zu ihren alten Prinzipien ist der einzige Weg, der die Einheit und die Zukunft der Partei zu sichern vermag.

---

## Die Geheimlehre und der Mythos.

Von A. Thalheimer.

Zwischen Krieg und Frieden. Herausgegeben von Georg Irmer, Karl Lamprecht, Franz v. Liszt.

- Heft 1: G. Irmer, Los vom englischen Weltjoch.  
 Heft 2: F. v. Liszt, Ein mitteleuropäischer Staatenverband.  
 Heft 3: A. Dix, Der Weltwirtschaftskrieg.  
 Heft 4: H. Grothe, Deutschland, die Türkei und der Islam.  
 Heft 5: Frhr. v. Zedlitz und Neukirch, Die Reichs- und Staatsfinanzen.  
 Heft 6: D. Hoegsch, Rußland als Gegner Deutschlands.  
 Heft 7: K. Lamprecht, Krieg und Kultur.  
 Heft 8: J. Rießer, England und wir.  
 Heft 9: M. v. Brandt, China und Japan.  
 Heft 10: E. Dryander, Weihnachtsgedanken in der Kriegszeit.  
 Heft 11: C. Peters, Das deutsche Elend in London.  
 Heft 12: M. Apt, Der Krieg und die Weltmachstellung des Deutschen Reiches.  
 Heft 13: H. J. Losh, Der mitteleuropäische Wirtschaftsblock und das Schicksal Belgiens.  
 Heft 14: E. v. Philippovich, Ein Wirtschafts- und Zollverband zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.  
 Heft 15: P. D. Fischer, Zwischen Krieg und Frieden.

Vor einer Reihe von Jahren wollte ein preußischer Justizminister das bekannte auf die Tendenzjustiz gemünzte Wort: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe“, in ahnungslosestem Ernst als voll-



wichtigen Rechtsatz betrachtet wissen. An diesen famosen Ausspruch wird man lebhaft erinnert, wenn man die Zensurpraxis ins Auge faßt, wie sie heute von deutschen Militärbehörden geübt wird. So soll die Frage der Annexionen in der Tagespresse nicht behandelt werden. Zwar glauben wir zu bemerken, daß die imperialistische Tagespresse sich auf diesem Gebiete viel größerer Bewegungsfreiheit erfreut als diejenige, die die Notwendigkeit von Eroberungen noch nicht hat einsehen können. Immerhin, das mag ein Beobachtungsfehler unsererseits sein und er mag auf sich beruhen bleiben.

Dagegen liegt in Gestalt einer massenhaften Broschüren- und Zeitschriftenliteratur der handgreifliche Beweis vor, daß „wenn zwei dasselbe tun, es nicht dasselbe ist“. In dieser Literatur werden die politischen und wirtschaftlichen Ziele des Krieges einschließlich der Annexionsfragen nicht mehr in unbestimmten Wendungen, sondern mit voller Klarheit und in den bestimmtesten Einzelheiten besprochen und formuliert. Die Rücksicht auf das feindliche oder neutrale Ausland kann für diese merkwürdige Praxis nicht wohl maßgebend sein: das Ausland kann sich die Broschüren- und Zeitschriftenliteratur ebenso gut, ja noch leichter verschaffen als die Tageszeitungen. Sollten also Rücksichten auf die inländische Bevölkerung dafür bestimmend sein? Bedenkt man, daß Broschüren und Zeitschriften die Literatur eines sehr engen Kreises, dagegen Tageszeitungen die Literatur der großen Masse sind, so könnte man auf den wunderlichen Gedanken geraten, das Geheimnis der angedeuteten Scheidung sei darin begründet, daß es gewisse Wahrheiten über Charakter und Ziele des Krieges gibt, die unbedenklich sind für den kleinen Kreis der Eingeweihten, die aber von der breiten Masse der Uneingeweihten ferngehalten werden sollen. Man könnte an gewisse Philosophen des klassischen Altertums denken, die ihre eigentliche Lehre als streng gewahrte Geheimlehre dem Kreis der auserwählten Schüler vorbehielten, indessen das übrige profane Volk mit dunkler Mythologie und naiven Legenden abgesspeist wurde.

Man wird uns antworten, die deutschen Staatsmänner und die deutschen Militärs seien keine klassischen Philosophen, und wir können uns der Berechtigung dieses Einwandes nicht entziehen. Es sind praktische Männer, die sich gewiß nicht durch antike Erinnerungen, sondern durch praktische Erwägungen leiten lassen, denen auf dem Wege des historischen Vergleichs nicht beizukommen ist.

Halten wir uns daher an die Tatsachen. Die vorliegende Reihe von Schriften ist, wie schon ihr Titel und noch deutlicher die Einleitung der Herausgeber anzeigen, geradezu den Fragen der Kriegsziele gewidmet. Sie soll nach dem Geleitwort der Herausgeber „Aufklärung über die großen politischen und volkswirtschaftlichen Fragen“ schaffen, „die beim kommenden Frieden für die Lebensinteressen des Reiches von Wichtigkeit sind“. Diese „Aufklärung“, die zunächst für ein bürgerliches Publikum bestimmt scheint, wird den deutschen Arbeitern um so willkommener sein, als sie sonderbar kontrastiert mit den unbestimmten, kindlichen Redensarten, die sie in der bürgerlichen Presse — und leider nicht nur in ihr — zu hören bekommen. Zwar fehlt in der Liszt-Lamprechtischen Serie diese Mythologie für das große Publikum auch nicht ganz, aber sie tritt sehr in den Hintergrund und ihre

Verkünder widersprechen sich darin so offenkundig, daß der Stempel der Legende nicht zu verkennen ist.

Dagegen herrscht bei den Verfassern die schönste Uebereinstimmung in dem, was ihre eigentliche „Aufklärung“ ausmacht, und solche Einhelligkeit galt noch immer für das Kennzeichen der Wahrheit. Die Namen der Verfasser, durchweg anerkannte bürgerliche Historiker und Politiker, bürgen dafür, daß diese Aufklärung nicht in unmaßgeblichen Schrullen unmaßgeblicher Größen besteht, sondern daß sie in der Tat das Herzensgeheimnis der bürgerlichen Klassen verkündet.

In der umfassendsten Weise wird es in der Schrift von Arthur Dix, der dritten der Serie, ausgesprochen. Der jetzige Krieg, sagt Dix in klaren Worten, steht „unter dem Zeichen des imperialistischen Gedankens“. „Imperialismus,“ fährt er fort, „ist Weltmachtwille, das Streben der Weltmächte, gemäß den Bedürfnissen ihres Volkstums, ihrer Volkswirtschaft nach Maßgabe der vorhandenen Kräfte den Anteil an der Weltmacht und am Weltmarkt auszubauen und zu festigen.“ Den überfliegenden Phrasen vom idealistischen Charakter des Krieges stellt Dix die nüchterne Formulierung gegenüber: „Wurden in alten Zeiten Massenkriege geführt um den Futterplatz im engsten Sinne, so dienen sie heute dem Kampfe um den Weltmarktanteil im weitesten Sinne.“ Um diese Formulierung historisch völlig unanfechtbar zu machen, ist nur der kleine Zusatz nötig, daß Triebkraft und Interessent dieses Kampfes um den Weltmarkt nicht die Nationen als Ganze, sondern die Inhaber des nationalen Kapitals sind. Ebenso umfassend und unverblümt wie Dix spricht Trmer den allgemeinen Charakter des Krieges aus in den Worten: „Man spreche doch nicht immer davon als von etwas Selbstverständlichem, daß das deutsche Volk im Wettbewerb um Weltwirtschaft und Weltmacht zu spät gekommen, daß die Welt verteilt sei. Ist denn die Erde nicht in allen Epochen der Geschichte immer von neuem verteilt worden? Und bei der neuen Verteilung unserer Erde darf unser Volk nicht wieder, wie ehedem leer ausgehen. Auf der einmal begonnenen Fahrt im weiten Meer der Weltpolitik gibt es für uns heute kein Zurück mehr, ohne national und sittlich zu verkümmern, ohne uns selbst aufzugeben.“ Dem „Greater Britain“ (dem britischen Weltreich) soll sich ein „größeres Deutschland“ an die Seite stellen.

Die Neuverteilung der Erde zugunsten des deutschen Kapitals, dies ist das allgemeine Programm. Seine Ausführung im einzelnen ist der eigentliche Gegenstand der Broschürenreihe. Die Verfasser ziehen mit großer Kühnheit und Zuversicht die Linien auf der Erdoberfläche, die die künftigen deutschen Portionen bezeichnen sollen. Ein sicherer kapitalistischer Instinkt leitet sie, wenn sie als Bestandteile des „größeren Deutschland“ nicht nur Kolonialgebiete markieren, die amoch in festen Händen sind, sondern auch große Gebiete des europäischen Festlandes, die teils dem Deutschen Reich einverleibt, teils mit ihm zu einem „mitteleuropäischen Staatenbund“ politisch, wirtschaftlich und militärisch zusammengefaßt werden sollen. Der wirtschaftliche Untergrund dieses zwiefachen Programms ist nirgends deutlich ausgesprochen, doch ergibt er sich ganz klar aus den wirtschaftlichen Bedingungen der kapitalistischen Expansion. Auf der einen



Seite bedarf das Kapital nichtkapitalistischer Absatzgebiete zu seinem Wachstum: das sind die Kolonien, Interessensphären usw. Andererseits muß es seinen heimischen industriellen Zentralherd ausweiten, um auf den freien Gebieten des Weltmarktes seinen Konkurrenten mit der technischen und wirtschaftlichen Ueberlegenheit gegenüberzutreten zu können, die nur eine große, einheitliche kapitalistische Basis verleiht. Ferner aber erfordert die Verteidigung und Ausweitung eines großen imperialistischen Reiches die Ausweitung seiner militärischen Machtgrundlage.

Militärisch fordert die Durchführung des imperialistischen Programms die Vernichtung der englischen Seeherrschaft. Diese Forderung steht denn auch an der Spitze der Serie mit Jrmers Schrift „Los vom englischen Weltjoch“ und sie zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Reihe.

Stellen wir zunächst die kolonialen Forderungen zusammen. Herr Jrmers zunächst legt — so nebenbei die Hand auf Marokko: „Eine französische Dependance (Anhängsel)“ dekretiert er, „darf das Land nicht werden.“ Herr Dix faßt das nördliche und mittlere Afrika ins Auge, jenes zur Lieferung von Baumwolle und Erzen, dieses wegen seines Reichtums an Kautschuk. Das Gebiet Afrikas lockt auch Herrn von Zedlitz. Für Ostasien ist das Programm des Herrn von Brandt die *restitutio in integrum*, d. h. Zurückgabe von Kiautschou samt Schadenersatz für die Verluste der Kaufleute und Reeder, und der Schutz Chinas gegen Aufteilung. Die „offene Tür“ also; sie ist nach allen geschäftlichen Erfahrungen das vorbereitende Stadium zum Verzehren des Bissens. Mit China soll ein Defensivvertrag geschlossen werden.

Das europäische Programm unserer Imperialisten umfaßt zweierlei. Einmal die Einverleibung fremder Gebietsteile im Westen und Osten des Reiches. Dafür plädiert im allgemeinen Herr v. Liszt „unter dem Gesichtspunkt des Grenzschutzes“. Sehr viel deutlicher wird Herr Dix. Er verlangt, daß „die deutsche Küste heranzurücken ist an den Kanal, an den Ausgang zum offenen Atlantischen Ozean. Deshalb darf Belgien „nicht aus der Hand gelassen werden“ und „die Küste von Ostende bis zur Mündung der Somme“, also ein gutes Teil der französischen Nordküste, „darf nicht in die Hände eines politischen Vasallen Englands fallen“, ist also von Frankreich abzutrennen. Im Westen verlangt Herr Dix noch Französisch-Lothringen, mit seinen großen Bodenschätzen, im Osten will er der politischen und wirtschaftlichen Zerschneidung des Mittel- und Unterlaufs der Weichsel ein Ende gemacht wissen. Herr Losch, der Nationalökonom, betont: „Der Krieg zwischen den drei Westmächten Europas wird nicht nur in Belgien, er wird um Belgien geführt.“

Die Gründung eines „mitteleuropäischen Staatenbundes“ ist sachgemäß einem liberalen Lehrer des Völkerrechts, dem Professor v. Liszt anvertraut. Als Jurist kann er die juristischen Konstruktionen dazu entwerfen und als liberaler Mann den Bau mit „volkstümlichen“ Redensarten verpußen. Wir haben oben den wahren Sinn dieses Staatenbundes gekennzeichnet und können uns daher eine Kritik der

Redensarten vom „Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Staatengemeinschaft“, vom defensiven und friedlichen Zweck dieses Gebildes usw. gut und gern schenken. Der Plan spricht selbst seinen Zweck aus. Den „festen Kern“ des Gebildes soll Deutschland mit Oesterreich-Ungarn zusammen bilden. Dieses Bündnis soll noch enger gemacht werden durch „verfassungsrechtliche Verankerung“, Militärkonventionen und handelspolitische Einigung. An diesen Kern sollen sich anschließen die Niederlande, die drei skandinavischen Staaten, die Schweiz, Italien, die Balkanhalbinsel mit der europäischen Türkei. Frankreich und Spanien sind auch willkommen. In Summa: Acht Millionen Quadratkilometer Gebiet und 200 Millionen Menschen. Die Mitglieder des Bundes sollen „volle Selbständigkeit“ besitzen, das Besitztum jedes einzelnen soll gemeinsam garantiert werden; gemeinsame Abwehr jeden Angriffs, Militärkonventionen, grundsätzliche Einheitlichkeit des wirtschaftlichen Lebens, Vereinheitlichung von Maß, Gewicht und Währung soll die Glieder weiter verbinden. Deutschland soll in diesem Staatenverband nicht „Träger der Hegemonie, sondern *primus inter pares*“ (der erste unter gleichen) sein. Den Kommentar dazu liefert Herr Lamprecht, indem er sagt: „Wir dürfen hoffen, daß da eine Gliederung eintritt, welche dem Deutschen Reich als Ganzem mindestens eine Stellung so gibt, wie sie Preußen bisher im Reiche gehabt hat . . .“ Wenn Herr v. Liszt die Bevölkerungszahl seines Staatenbundes zusammenaddiert und ihr als gleichartige Zahlen die Englands mit seinen Kolonien gegenüberstellt, so liegt ein tiefer Sinn im kindlichen Spiel: es wird auf diese Weise die Tatsache verschleiert, daß ein solcher Staatenbau ein militärisch dem Britischen Reiche mit seinen über die ganz Welt zerstreuten Teilen nicht gleichwertiges, sondern absolut überlegenes Gebilde, ein Instrument der Weltherrschaft wäre.

Die krampfhaften Versuche, dieses imperialistische Programm zu harmonisieren mit dem völlig gegensätzlichen offiziellen Charakter des Krieges als eines Verteidigungskrieges und mit der offiziellen Lösung, keine Eroberungen zu machen, führen naturgemäß zu den komischsten Kopfsprüngen. Die entsprechenden Partien der Broschürenserie sind voll des besten, weil unfreiwilligen, Humors. Einige Proben: Herr v. Liszt sagt, unser Krieg ist ein „Verteidigungskrieg, kein Eroberungskrieg“. Wenige Seiten später ist er überzeugt von der Notwendigkeit von Landwerb im Osten, im Westen, und über See. Die Verbindung: „Das letzte Ziel des Krieges ist nicht der siegreiche Kampf, sondern der gewinnreiche Frieden“. Herr Dix bewerkstelligt die Evangelienharmonie, indem er sagt: „Auch wenn eine aggressive Politik noch so fern gelegen, muß trachten, zur Offensive zu greifen, sobald an der Absicht des Ueberfalles nicht mehr zu zweifeln ist.“ Das gelte wie militärisch, so auch politisch und wirtschaftspolitisch. Jetzt hätten die wirtschaftlichen Ziele Deutschlands sich zu richten nach den ursprünglichen Zielen unserer Gegner. Diese „ursprünglichen Ziele unserer Gegner“ sind nun so wundervoll eingerichtet, daß als Parallele zu diesen Zielen sich genau das ergibt — was das Programm des Imperialismus ist. Man ist versucht, an die Leibnizsche prästabilierte Harmonie (vorherbestimmte Uebereinstimmung zwischen Leib und Seele) zu glauben. Frankreich und Rußland, sagt Herr Dix, wollten Deutschlands Grenzen in Ost und West näher zusammenrücken. Daraus



folgt: wir müssen sie weiter hinausrücken. England wollte, wiederum nach Herrn Dix, den deutschen Weltwirtschaftsanteil an sich reißen und die deutsche Volkswirtschaft „erdrosseln“ (daher wohl das Bagdadbahnabkommen). Daraus folgt: die „deutsche Antwort“ muß sein, „das Streben nach Vernichtung des englischen Weltwirtschaftsanteils und nach tödlichen Schlägen gegen die englische Volkswirtschaft“. Wundervoll!

Auf wieder einem anderen Wege kommt Herr v. Zedlig zu demselben Ziel. „Landerwerb,“ sagt er. „als Ersatz für erlassene Kriegskosten ist mit der Tatsache sehr wohl vereinbar, daß wir keinen Eroberungskrieg führen.“

Man sieht: alle Wege führen nach Rom.

Herr Hoehsch schließlich in seiner Schrift über Rußland widerlegt mit deutscher Gründlichkeit den Mythos vom Krieg gegen den Zarismus, vom Befreiungskrieg. Er beweist eingehend, daß die guten Beziehungen zwischen den Romanows und den Hohenzollern nicht, „wie man jetzt häufiger gesagt hat, eine Legende, sondern eine unbestreitbare historische Wahrheit“ sind. Zu der Behauptung, „Deutschland fechte gegen den Zarismus“ macht er die beiläufige Anmerkung, „daß uns doch die Verfassungsform eines anderen Staates nichts angeht, jedenfalls nicht der Siegespreis eines Existenzkampfes sein kann“. Die wahre Triebkraft des Konflikts ist nach ihm die orientalische Frage, von der er sagt, daß für sie — im Gegensatz zu einem bekannten Wort Bismarcks — „die Knochen recht vieler pommerscher Grenadiere . . . geopfert werden müßten“.

Herrn Lamprechts, des Historikers Schrift, ist reiner Mythos. Er beschwört für diesen Krieg die Geister unserer klassischen Literatur und Philosophie. Darüber mag er sich mit Herrn Dix und seinem „Kampf um den Weltmächtsanteil“ auseinandersetzen. Ernsthaft reden läßt sich über solche Dinge nicht. An seinem Teil schließt Herr Lamprecht den Kreis, der aus dem offiziellen Mythos die wahre Geschichte hervorgehen läßt, indem er die unansehnliche Geschichte wieder in den schöneren Mythos verwandelt, nur daß es kein naiver Mythos ist, mit dem die Zeit der „Reizsamkeit“ abschließt, wie Herr Lamprecht den jüngsten Zeitabschnitt tauft.

## Unsere Altmeister und die Instanzenpolitik.

Von Fr. Mehring.

Die Instanzenpolitik — so sei der Kürze wegen die Politik genannt, die die Mehrheit einiger Parteiinstanzen (Partei Vorstand, Parteiauschuß, Reichstagsfraktion) seit Beginn des Weltkrieges getrieben hat, in der gewiß gutgläubigen, aber einstweilen noch unbewiesenen Annahme, daß die Mehrheit der Partei hinter ihnen stehe — diese Instanzenpolitik zeichnet sich durch eine außerordentliche Einfachheit aus. Sie sagt dem Sinne nach: Krieg ist Krieg; im Kriege handelt es sich um die nationale Existenz; der nationalen Existenz muß die Arbeiterklasse jede selbständige Politik opfern und ohne eigenen Willen, unter Verzicht auf ihre Klasseninteressen, im Schlepptau der herrschenden Klassen segeln.

Es gibt jedoch einen Punkt, wo die Vertreter der Instanzenpolitik nicht einig sind. Die einen, wie Haenisch, Cunow und Grunwald, beanspruchen für sich, das Erbe wirklich marxistischen Denkens anzutreten, gegenüber dem ganz und gar verknöcherten und blutlos gewordenen Formelmarrismus von uns armen Schludern. Dagegen fordern andere Vertreter der Instanzenpolitik, wie Scheidemann, mit allem Nachdruck, auf die Gelehrsamkeit zu pfeifen, womit den Lassalle, Marx und Engels der Scheidebrief geschrieben ist.

Denn diese so gar nicht staatsmännisch veranlagten Köpfe waren allerdings des Glaubens, daß sich ohne Gelehrsamkeit keine Politik treiben lasse. Lassalle sagte, nur auf dem Felsenrunde wissenschaftlicher Erkenntnis sei eine politische Ueberzeugung möglich. Die bloße „Gesinnung“ genüge nicht, sie sei ihrer Natur nach ein Produkt der Umstände, des Temperaments, der Stimmung, und vorübergehend wie diese. Marx aber schrieb im Jahre 1850, als die „Praktiker“ des Kommunistenbundes über seine unpraktische Gelehrsamkeit spotteten: „Ich bin meist von 9 Uhr morgens bis abends 7 Uhr auf dem Britischen Museum. Die demokratischen Simpletons haben natürlich derartige Anstrengungen nicht nötig. Wofür sollten sie sich mit historischem und ökonomischem Material plagen, diese Sonntagskinder! Es ist ja alles so einfach, pflegte der wackere Willich mir zu sagen. Alles so einfach! In diesen wüsten Köpfen. Höchst einfache Kerle.“ Danach ist klar, daß, wer auf die Gelehrsamkeit pfeift, die Marx und Genossen abdankt.

Aber auf dem richtigen Wege ist Genosse Scheidemann durchaus. Die Instanzenpolitik hat wirklich nichts mit unsern Altmeistern zu tun. Deshalb ist sie noch keineswegs abge an, denn ein unfehlbarer Papst war Marx so wenig wie Engels oder Lassalle. Aber sie hat kein Recht, ihre natürliche Grundfarbe durch ein Löwenfell zu verdecken.

Indem wir dies Recht bestreiten, hoffen wir, uns keiner „Quertreiberei“ schuldig zu machen. Wir bekräftigen dadurch ja nur den



kühnen Pfiff des Genossen Scheidemann, und der anderen Fakultät der Instanzenpolitiker liefern wir gleich ein Viertel Duzend „vaterlandsloser Gesellen“ unter das Fallbeil ihrer vaterländischen Entrüstung.

\* \* \*

Unsere Altmeister waren historische Köpfe und standen deshalb nicht auf dem unhistorischen Standpunkte: Krieg ist Krieg, und jeder Krieg ist nach derselben Schablone zu messen.

Für sie hatte jeder Krieg seine bestimmten Voraussetzungen und Folgerungen, von denen es abhing, wie sich die Arbeiterklasse zu ihm zu stellen habe. Ueber diese tatsächlichen Bedingungen eines Krieges sind sie wohl in mehr oder minder starke Meinungsverschiedenheiten geraten, aber immer nur unter dem entscheidenden Gesichtspunkt, wie der jeweilige Krieg am gründlichsten für den proletarischen Emanzipationskampf auszunutzen sei. Für ihre Klassenpolitik gab es keinen Unterschied zwischen Krieg und Frieden, es sei denn, daß sie im Kriege von der Arbeiterklasse eine noch schärfere Aufmerksamkeit auf ihre Interessen und ein noch rücksichtsloseres Eintreten für diese Interessen beanspruchten.

Im Jahre 1859 geriet Lassalle mit Marx und Engels in einen lebhaften Streit über den damaligen Krieg, den Frankreich unter russischer Beihilfe gegen Oesterreich führte, das als Vormacht des Deutschen Bundes auch die deutschen Staaten in den Krieg zu ziehen bemüht war. In der Tat machte sich namentlich in Süddeutschland eine starke Bewegung gegen Frankreich geltend, die Engels und Marx für wirklich national, naturwüchsig, instinktiv, unmittelbar hielten, also für eine Keimstätte revolutionärer Entschlüsse, die nach ihrem Wunsche durch einen Krieg gegen das bonapartistische Frankreich ausgelöst werden mußten. Lassalle dagegen meinte, die Bewegung gegen Frankreich laufe auf den bornierten Franzosenhaß von Anno dazumal hinaus und sei innerlich reaktionär; wolle die deutsche Regierung mit Frankreich anbinden, so solle man sie gewähren lassen, aber man solle den Krieg als einen reaktionären Kabinetts-Krieg den Massen verfehlen, um dann aus seinen unvermeidlichen Wechselfällen revolutionäres Kapital zu schlagen.

Die eine Meinungsverschiedenheit — es gab auch noch andere — wird hier hervorgehoben, weil sie sowohl zeigt, wie leicht verschiedene Ansichten über die tatsächlichen Voraussetzungen eines Krieges entstehen, als auch zu wie verschiedenen Schlußfolgerungen sie führen können. Aber, wie Marx selbst feststellte, es handelte sich nur um „gegenätzliche Urteile über tatsächliche Voraussetzungen“; in dem Ziele war Lassalle mit Engels und Marx einig, daß es ihnen einzig und allein auf die revolutionären Interessen ankam, die für sie zugleich die nationalen Interessen waren. Engels schrieb an Lassalle: „Es lebe der Krieg, wenn Franzosen und Russen zugleich uns angreifen; wenn wir dem Ertrinken nahe sind, dann in dieser verzweifelten Situation müssen sich alle Parteien von der jetzt herrschenden bis zu Zitz und Blum abnützen und die Nation, um sich zu retten, sich endlich an die energischste

Partei wenden“ Dazu bemerkte Lassalle: „Sehr richtig; und seit zwei Monaten töte ich mich hier, auszuführen, daß, wenn unsere Regierung den Krieg macht, sie uns nur in die Hände arbeitet und die Revolution, gerade aus diesen Gründen, unendlich beschleunigt.“ Aber, so fügte er von seinem Standpunkt aus hinzu, man müsse den vom preußischen Prinzregenten geplanten Krieg bei den Massen unpopulär machen, damit er „ein immenses Glück für die Revolution“ werde.

Der Prinzregent hat 1859 schließlich doch nicht den Krieg an Frankreich zu erklären gewagt, und so ist die Probe aufs Exempel nicht gemacht worden. Auf diplomatischem Gebiete erntete er freilich keine Lorbeeren, was Lassalle denn wirklich nicht sehr betrübt hat. „Ich glaube, so guter Nationaler zu sein, wie nur irgend einer,“ schrieb er an Marx, „aber Teufel, was geht dich und mich denn die Machtstellung des Prinzen von Preußen an? Da alle seine Tendenzen und Interessen gegen die Tendenzen und Interessen des deutschen Volkes gerichtet sind, so liegt es gerade vielmehr im Interesse des deutschen Volkes, wenn die Macht des Prinzen von Preußen nach außen so gering wie möglich ist. . . . Die Macht des deutschen Volkes wird schon kommen, und es ist vielleicht keiner, der es ernster und weitfassender mit ihr meint, als ich! Aber sie wird und kann erst kommen, wenn wir eine volksmäßige Regierung haben, nicht unter unsern — Dynastien. Die Machtstellung des deutschen Volkes und die Machtstellung der deutschen Dynastien, das sind für mich zwei himmelweit verschiedene Dinge.“

Das war auch nicht etwa nur in der Hitze des Gefechts gesprochen, sondern geradezu ein, um nicht zu sagen der Grundgedanke von Lassalles nationaler Politik. In der sorgsam ausgearbeiteten Rede: Was nun?, worin er die Fortschrittler zum energischen Kampfe gegen das Ministerium Bismarck aufforderte, wies er sie darauf hin, Bismarcks auswärtige Politik zu lähmen. „Daß keiner von Ihnen glaube, dies sei ein unpatriotisches Resonnement.“ Der Politiker habe, wie die Naturforscher, alle wirkenden Kräfte in Erwägung zu ziehen; es wäre fast nicht abzusehen, auf welcher Stufe der Barbarei die Welt noch stehen würde, wenn nicht seit je die Eifersucht und der Gegensatz der Regierungen untereinander ein wirksames Mittel gewesen wäre, die Regierung zu Fortschritten im Innern zu zwingen. Die deutsche Nation schwebte nicht so in der Luft, daß eine Niederlage ihrer Regierungen eine wirkliche Gefahr für ihre eigene Existenz in sich schloße. „Geraten wir also in einen großen äußeren Krieg, so können in demselben wohl unsere einzelnen Regierungen, die sächsische, preussische, bayrische, zusammenbrechen, aber wie ein Phönix würde sich aus der Asche derselben unzerstörbar erheben das, worauf es uns allein ankommen kann — das deutsche Volk!“

Die Spießbürger, denen Lassalle diesen Zusammenhang auseinanderlegte, schrien Bravo, aber ließen sich ein paar Jahre darauf doch durch Bismarck vom Volk zu den Regierungen befehlen, und hatten deshalb endlosen Spott von der Parteipresse zu erdulden. Heute jedoch sind die Braven gerächt, und die Instanzenpolitik wirft einen verklärenden Schein auf ihre verwaisten Stammtische. Sie singt das nationalliberale Truglied von 1867: Wer im rechten Augenblick nicht



umzulernen wisse, verrate dadurch, sei es nun, wie Haenisch sagt, einen Mangel an Intelligenz, oder wie Scheidemann sagt, einen Ueberfluß an Gelehrsamkeit.

\* \* \*

Wie im Kriegsjahre 1859, so drehten sich in den Kriegsjahren 1866 und 1870 die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie immer nur um „tatsächliche Voraussetzungen“, niemals aber um den ein für allemal feststehenden Grundsatz, daß die Arbeiterklasse in jedem Kriege eine selbständige Politik zu treiben habe.

Nachdem es der deutschen Revolution im Jahre 1848 mißlungen war, ein einiges Deutschland zu schaffen, bemühte sich die preußische Regierung, die deutsche Einheitsbewegung, die durch die ökonomische Entwicklung immer wieder erweckt wurde, für dynastische Zwecke auszubenten, und statt eines einigen Deutschlands ein, wie der damalige König Wilhelm sagte, verlängertes Preußen zu schaffen. Lassalle und Schweizer, Marx und Engels, Liebknecht und Bebel waren völlig einig darin, daß die deutsche Einheit, deren das deutsche Proletariat bedurfte, nur durch eine nationale Revolution geschaffen werden könne, und sie haben demgemäß alle dynastisch-partikularistischen Bestrebungen der großpreußischen Politik aufs schärfste bekämpft. Aber sie haben auch, früher oder später, je nach dem Maße ihrer Einsicht in die „tatsächlichen Voraussetzungen“, in diesen sauren Apfel gebissen, als sich herausstellte, daß eine nationale Revolution durch die Feigheit der Bourgeoisie und die Schwäche des Proletariats ausgeschlossen war, und das mit „Blut und Eisen“ geschaffene Großpreußen dem Klassenkampf des Proletariats günstigere Ausichten bot, als die — ohnehin natürlich unmögliche — Wiederherstellung des Deutschen Bundestages mit seiner kläglichen Winkelwirtschaft ihm je hätte bieten können. Nach Königgrätz nahmen Marx, Engels und Schweizer — Lassalle war damals schon tot — nach Sedan auch Liebknecht und Bebel, das preußisch-deutsche Reich in all seiner verkümmerten und verkrüppelten Gestalt als eine keineswegs begeisternde, aber als eine Tatsache hin, die dem proletarischen Emanzipationskampf festere Handhaben bot als die schauerliche Wirtschaft des Bundestages.

Die letzten Spuren des Zwiespalts zeigten sich, als im Juli 1870 über die ersten Kriegskredite abgestimmt wurde, und zwar die übrigen sozialdemokratischen Abgeordneten dafür stimmten, Liebknecht und Bebel aber sich der Abstimmung enthielten. Bei der Abstimmung über die zweiten Kriegskredite im Dezember desselben Jahres war bereits alles in Ordnung und sämtliche parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie, die Eisenacher Liebknecht und Bebel, die Lassalleaner Schweizer und Hasenclever, der Haxfeldtianer Mende und der Gewerkschaftler Frikische stimmten mit Nein. Alle damaligen Fraktionen der Sozialdemokratie schwenkten gegen den Militarismus des Klassenstaats in die geschlossene Front, in der die gesamte Partei bis zum 4. August vorigen Jahres geblieben ist.

Mit derselben Entschiedenheit, womit Marx und Engels 1870 den deutschen Krieg bis Sedan billigten, weil der Sturz Bonapartes das

wichtigste Interesse der europäischen Arbeiterbewegung war, mit derselben Entschiedenheit warfen sie sich dem deutschen Kriege nach Sedan entgegen, der nur um die Annexion Elsaß-Lothringens geführt wurde, also um ein Ziel, dessen Erreichung, wie sie richtig voraussahen und voraussagten, über die europäische Kultur und damit auch über die europäische Arbeiterbewegung die schwersten Gefahren heraufbeschwören mußte. Nach einer Mitteilung Baillants, der darüber vollkommen genau unterrichtet sein kann, hat Engels sogar der Regierung der französischen Republik seine militärischen Einsichten zur Verfügung gestellt, um den Einbruch der deutschen Heere in Frankreich abzuwehren. Dem scheint nun zwar die Tatsache zu widersprechen, daß Engels über die „Regierung der nationalen Verteidigung“ gleich nach ihrem Antritt im September 1870 sehr ungünstig geurteilt und die Fortsetzung des militärischen Widerstandes in Frankreich für aussichtslos erklärt hat, allein einige Monate später, als Gambetta seine Milizorganisationen mit großem Erfolge aufzubieten verstand, lagen die Dinge doch anders.

Am 16. Januar 1871 schrieb Marx an die „Daily News“: „Frankreich — und seine Sache ist glücklicherweise weit entfernt davon, verzweifelt zu sein — kämpft in diesem Augenblick nicht bloß für seine eigene nationale Unabhängigkeit, sondern auch für die Freiheit Deutschlands und Europas.“ Hat Engels diese Ansicht geteilt, was als selbstverständlich angenommen werden muß, so liegt kein innerer Grund vor, an der Angabe Baillants zu zweifeln.

\*

\*

\*

So scharf nun aber Marx und Engels die Annexion Elsaß-Lothringens verurteilt haben, so wenig dachten sie daran, in das französische Revanchegeschrei einzustimmen, sobald die Annexion einmal vollzogen war. Der Leitstern ihrer Politik blieb immer: „Wir haben an der Befreiung des westeuropäischen Proletariats mitzuarbeiten und diesem Zwecke alles andere unterzuordnen.“ So auch die Klagen der unterdrückten Elsaß-Lothringer. „Wenn sie am Vorabend einer sichtbar heranziehenden Revolution einen Krieg zwischen Frankreich und Deutschland provozieren, diese beiden Völker wieder verhezen und die Revolution dadurch vertagen wollten, so sage ich: „Halt da! Ihr könnt ebenso viel Geduld haben, wie das europäische Proletariat. Wenn das sich befreit, seid ihr von selbst frei, bis dahin aber dulden wir nicht, daß ihr dem kämpfenden Proletariat in die Parade fahrt.“ So Engels im Jahre 1882.

Die Sorge, daß die französischen Revanchegelüste einen neuen europäischen Krieg entzünden könnten, ist dieser getreue Eckardt des europäischen Proletariats nie losgeworden. Als das französisch-russische Bündnis abgeschlossen wurde, das er gemeinsam mit Marx als die verhängnisvolle Folge der deutschen Annexionspolitik von 1871 vorhergesagt hatte und im Herbst 1891 der Champagneraussch von Kronstadt die Köpfe der französischen Bourgeoisie umnebelte, warnte Engels die französischen Arbeiter in dem Almanach du Parti ouvrier von 1892,



sich von diesem Rausch anstecken zu lassen. Etwas später veröffentlichte er diesen Artikel auch in der „Neuen Zeit“, im ersten Bande des zehnten Jahrgangs, und da seine Ausführungen seit acht Monaten unzählige Male von der Instanzenpolitik den deutschen Arbeitern vorgeritten worden sind, so muß hier etwas länger bei ihnen verweilt werden.

Engels entwarf in diesem Artikel eine kurze Skizze der deutschen Parteigeschichte. Er zeigte das unaufhaltsame Wachstum der deutschen Sozialdemokratie und sagte ihren Sieg in etwa zehn Jahren voraus. Sie könne und werde auf revolutionäre Mittel niemals verzichten, aber einstweilen gedeihe sie bei gesetzlichen Mitteln vortrefflich; wenn die Bourgeois, woran kein Zweifel sei, zuerst schießen würden, so würde eine konterrevolutionäre Uebermacht den Triumph des Sozialismus vielleicht um einige Jahre verzögern, aber nur damit er dann um so vollständiger wäre.

Alles das gelte aber nur, fuhr Engels in dem zweiten Abschnitt seines Aufsatzes fort, wenn Deutschland seine ökonomische und politische Entwicklung im Frieden verfolgen könnte. Ein Krieg würde das alles ändern. Und der Krieg könnte von heute auf morgen losbrechen. Frankreich und Rußland hier, gegen Deutschland, Oesterreich, vielleicht Italien dort. Die Sozialisten aller dieser Länder, wider Willen eingestellt, müßten sich gegeneinander schlagen. So fragte Engels: Was würde die deutsche Sozialdemokratie in solchem Falle tun, was würde aus ihr werden?

Was aus ihr werden würde, sagte er wörtlich wie folgt:

Soviel ist sicher: weder der Zar, noch die französischen Bourgeois-republikaner, noch die deutsche Regierung selbst würden eine so schöne Gelegenheit vorübergehen lassen zur Erdrückung der einzigen Partei, die für sie alle „der Feind“ ist. Man hat gesehen, wie Thiers und Bismarck sich die Hände gereicht haben über den Ruinen des Paris der Kommune; wir würden dann erleben, wie der Zar, Constans und Caprivi — oder ihre beliebigen Nachfolger — sich in die Arme sinken über der Leiche des Sozialismus.

Engels fragte dann weiter: Was ist gegenüber einer solchen Aussicht die Pflicht der deutschen Sozialisten? Sollen sie die Ereignisse, die ihnen Vernichtung drohen, passiv über sich ergehen lassen, sollen sie widerstandslos ihren Posten als Vorkämpfer des internationalen Proletariats aufgeben? Engels antwortete darauf, und wir geben seine Ausführungen wiederum wörtlich, schon deshalb, weil die Instanzenpolitiker, so unzählige Male sie sich darauf berufen haben, sie aus guten Gründen immer nur verstümmelt wiedergeben:

Keineswegs. Im Interesse der europäischen Revolution sind sie verbunden, alle Stellungen zu behaupten, nicht zu kapitulieren, weder vor dem äußern noch dem innern Feind. Und das können sie nur, indem sie bis aufs äußerste Rußland bekämpfen und alle seine Bundesgenossen, wer sie auch seien. Sollte die französische Republik sich in den Dienst Seiner Majestät des Zaren und Selbstherrschers aller Reußen stellen, so würden die deutschen Sozialisten sie mit Leidwesen bekämpfen, aber bekämpfen würden sie sie. Gegenüber dem deutschen Kaisertum kann die französische Republik möglicherweise die bürgerliche Revolution repräsentieren. Aber

gegenüber der Republik eines Constans, eines Rouvier und selbst eines Clemenceau, besonders aber gegenüber der Republik im Dienste des Zaren, repräsentiert der deutsche Sozialismus unbedingt die proletarische Revolution.

Ein Krieg, wo Russen und Franzosen in Deutschland einbrächen, wäre für dieses ein Kampf auf Leben und Tod, worin es seine nationale Existenz nur sichern könnte durch Anwendung der revolutionärsten Maßregeln. Die jetzige Regierung, falls sie nicht gezwungen wird, entfesselt die Revolution sicher nicht. Aber wir haben eine starke Partei, die sie dazu zwingen oder im Notfall sie ersetzen kann, die sozialdemokratische Partei.

Und wir haben das großartige Beispiel nicht vergessen, das Frankreich uns 1793 gab. Das hundertjährige Jubiläum von 1793 naht heran. Sollte der Eroberungsmut des Zaren und die chauvinistische Ungeduld der französischen Bourgeoisie den siegreichen, aber friedlichen Vormarsch der deutschen Sozialisten aufhalten, so sind diese — verlaßt euch darauf — bereit, der Welt zu beweisen, daß die deutschen Proletarier von heute der französischen Sanskulotten nicht unwürdig sind und daß 1893 sich sehen lassen kann neben 1793. Und wenn dann die Soldaten des Herrn Constans den Fuß auf deutsches Gebiet setzen, wird man sie begrüßen mit den Worten der Marseillaise:

Quoi, ces cohortes étrangères  
Feraient la loi dans nos foyers?

Wie, sollen diese fremden Kohorten  
Das Gesetz uns schreiben am eigenen Herd?

Kurz und gut: Der Friede sichert den Sieg der deutschen sozialdemokratischen Partei in ungefähr zehn Jahren. Der Krieg bringt ihr entweder den Sieg in zwei bis drei Jahren, oder vollständigen Ruin wenigstens auf fünfzehn bis zwanzig Jahre. Demgegenüber müßten die deutschen Sozialisten toll sein, wünschten sie den Krieg, bei dem sie alles auf eine Karte setzen, statt den sichern Triumph des Friedens abzuwarten. Noch mehr. Kein Sozialist, von welcher Nationalität auch immer, kann den kriegerischen Triumph weder der heutigen deutschen Regierung wünschen, noch den der französischen bürgerlichen Republikaner, am allerwenigsten den des Zaren, der eins wäre mit der Unterjochung Europas. Und deshalb sind die Sozialisten in allen Ländern für den Frieden.

So Engels. Es liegt auf der Hand, daß er — in der höchst anerkennenswerten Absicht, den französischen Arbeitern die Aussicht auf den Revanchekrieg wegen Elsaß-Lothringens zu verleiden — in dem Artikel eine etwas verwegene Konjunkturalpolitik treibt, und für einen im Jahre 1893 etwa möglichen Krieg „tatsächliche Voraussetzungen“ macht, von denen heute nicht mehr nachgewiesen zu werden braucht, daß sie nicht zuträfen, beispielsweise nicht der etwa im Jahre 1901 schon fällige Sieg der deutschen Sozialdemokratie. In Wirklichkeit ist um diese Zeit etwa der Sieg der imperialistischen Aera eingetreten, von der Engels im Jahre 1891 nichts wußte und nichts wissen konnte, so daß schon aus diesem Grunde seine damaligen Betrachtungen für den imperialistischen Weltkrieg von 1914 nichts besagen. Sie weisen viel mehr nach rückwärts, als nach vorwärts, denn sie sind nur die breitere Ausführung eines von ihm schon 1859 geäußerten Gedankens, daß nämlich, wenn erst die Franzosen in Köln und die Russen in Königsberg ständen, die Stunde der deutschen Revolution geschlagen habe.



Es ist nun gar seltsam, daß die Instanzenpolitik, deren Vertreter sonst wohl an Engels „das leichtfertige Spiel mit dem Revolutionsfeuer“, das „schnell fertige Prophezeien“ usw. nicht genug zu tadeln wußten, in diesen Aufsatz unseres Altmeisters geradezu verliebt ist. Das Rätsel löst sich jedoch, wenn man erwägt, daß einzelne, aus dem Zusammenhange gelöste Sätze geeignet sind, den Arbeitern als Sand in die Augen gestreut zu werden: Sätze, durch die nicht etwa bewiesen werden soll, daß die deutschen Arbeiter sich zur Wehre setzen müßten, wenn sie von Franzosen und Russen angegriffen werden, — denn das tun sie schon von selber, ohne eine Autorität für oder wider zu bemühen —, sondern Sätze, durch die den Arbeitern unvermerkt unter dem Schutze eines Namens, den sie mit Verehrung zu nennen gewöhnt sind, die Vorstellung eingeflößt werden soll, als hätten sie im Falle eines Krieges mit Frankreich und Rußland sich blindlings in die Arme der herrschenden Klassen zu werfen.

Bei Nacht sind unzweifelhaft alle Katzen grau, aber unsere Altmeister waren weit entfernt davon, diese Tatsache auf die Kriege zu übertragen. Für sie hatte jeder Krieg sein besonderes Gesetz, und Engels selbst würde „den ganz und gar verknöcherten und blutlos gewordenen Formelmarxismus“ ablehnen, der für den wirklichen Krieg von 1914 zum Evangelium machen wollte, was er für den möglichen Krieg von 1893 gefordert hat. Aber wenn die Instanzenpolitik dies Evangelium mit allen Zungen verkündigt, so sollte sie die Gläubigen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie in allem das Gegenteil von dem tut, was Engels im Jahre 1891 als damals für den Sieg der deutschen Waffen notwendig gefordert hat.

Engels beanspruchte, daß die deutsche Sozialdemokratie vor dem „inneren Feinde“, worunter er die deutsche Regierung verstand, so wenig kapitulieren dürfe, wie vor dem äußeren; sie müsse die Regierung zu einer revolutionären Politik zwingen oder sie im Notfalle ersetzen. Die Instanzenpolitik hat sich im Gegenteil sofort ins Schlepptau der Regierung begeben und ohne jeden Versuch eines noch so erlaubten Widerstandes Preß- und Versammlungsfreiheit des Proletariats preisgegeben, auf dem Altar des Vaterlandes geopfert. Engels forderte von der deutschen Sozialdemokratie die Sanskulottenpolitik von 1793, und die Instanzenpolitik verkehrt jeden Parteigenossen als „Quertreiber“ und „Disziplinbrecher“, wenn nicht gar als „Spizkel“, der überhaupt noch daran zu erinnern wagt, daß die deutsche Arbeiterklasse im Kriege doch nicht bloß den „stummen Hund“ spielen dürfe. Engels erklärte, kein deutscher Sozialist könne den Sieg der heutigen deutschen Regierung wünschen, und die Instanzenpolitik verkündet von diesem Siege das Morgenrot der deutschen Freiheit.

Sie mag sich für klüger halten, als Engels war; das ist ihr unanfechtbares Recht. Sie mag sogar auch klüger sein, was hier dahingestellt bleiben soll. Aber dann sollte sie auch keinen Hokusfokus mit Friedrich Engels treiben. Das schickt sich nicht, am wenigsten für die kühnen Bahnbrecher einer neuen Zukunft.

Wir haben gesehen, daß Marx, Engels und Lassalle in jedem Kriege die selbständige Politik der Arbeiterklasse als eine unerläßliche Notwendigkeit, als die oberste Pflicht der Stunde betrachtet haben. Aber die Ära der imperialistischen Kriege haben sie nicht erlebt; würden sie in ihnen einen anderen Grundsatz befolgt haben?

Bis zum 4. August 1914 war die ganze sozialistische Welt einig, die Frage zu verneinen; die Beschlüsse der Internationalen Kongresse von Stuttgart (1907), Kopenhagen (1911) und Basel (1912) sind darin vollkommen klar und unzweideutig; die Marschroute, die sie den Arbeiterparteien der einzelnen Länder für den Fall eines Krieges vorschreiben, ist allein von den Interessen des internationalen Proletariats diktiert.

Danach kann sich nur noch fragen: Hätten sich Marx, Engels und Lassalle am 4. August 1914 über diese Beschlüsse hinweggesetzt, wie es die Instanzenpolitik getan hat, wohlgemerkt, ohne jede Befugnis, mit grobem Bruch der Parteidisziplin und mit der Verfehrung derjenigen Parteigenossen, die gewissenhaft genug sind, an den immer und allein noch rechtskräftigen Beschlüssen der Internationalen Kongresse festzuhalten?

Diese Frage wird verneint durch das ganze Leben und Wirken unserer Altmeister. Man denke sich, daß Marx im November 1912 im Münster von Basel die Finger gereckt hätte, um „ein Menetekel in Flammenschrift an die Wände der Paläste der Könige, der Minister und Botschafter“ zu schreiben, um dann zwei Jahre später mit denselben Fingern auf nüchternem, schwarz-weiß gehefteten Kanzleipapier dem Klassenkampf des Proletariats für die Dauer des Krieges abzusagen — die Vorstellung ist einfach undenkbar. Und was würde derselbe Marx, der seine ersten Lorbeeren gewann, indem er der Zensur einen Kampf auf Leben und Tod machte und einen ehrenvollen Untergang einem entseelten Dasein vorzog, was würde dieser Marx zu den Moralpauken sagen, mit denen mehrere Parteizeitungen unser tapferes kleines Blatt in Gotha überschüttet haben, weil es sich nicht tief genug vor der Zensur gebeugt hätte? Sollte Marx sich die kleine Szene vom Olymp aus angesehen haben, so hat er sicherlich seine Löwenmähne verwundert geschüttelt. Was unserem Gothaer Parteiblatt vor ein paar Wochen passierte, das ist ihm ja schon im Jahre 1843 mit der „Rheinischen Zeitung“ passiert, aber selbst der verstockteste vormärzliche Philister hat ihn nicht mit einer Moralpauke wegen mangelnder Ehrfurcht vor der Zensur belästigt. Den Teufel auch! Eine solche Höhe patriotischer Gesinnung will erklimmen sein.

Von der Preßfreiheit dachten unsere Altmeister hoch, und sie stellten strenge Anforderungen an den Mut der Presse, Anforderungen, denen sie selbst auch immer gerecht geworden sind! Als sich im Jahre 1870/71 die ersten, noch äußerst schüchternen Ansätze eines „Burgfriedens“ bemerkbar machten, behandelte Marx die „Preß- und Redefreiheit in Deutschland“ in dem schon erwähnten Briefe, den er am 16. Januar 1871 an die „Daily News“ richtete; man kann den ungemein erfrischenden Text in der „Neuen Zeit“ nachlesen, im zweiten Bande des



zwanzigsten Jahrgangs. Wie bitter hat sich Marx über die liberale Presse der fünfziger Jahre ausgelassen, als sie in Angst und Zittern vor Manteuffels Polizeistock bebte, so bitter, daß sich seine Worte für den „guten Ton“ unserer gesitteten Zeit gar nicht mehr schicken; wir beschränken uns darauf, den mildesten seiner Sätze zu zitieren: „Sie hatte in breitspurigen Zügen auf ihre Fahne geschrieben: Sicherheit ist die erste Bürgerpflicht, und unter diesem Zeichen wirst du — leben.“ Ähnlich Lassalle, als die liberale Presse sich in den sechziger Jahren ohne jeden ernsthaften Widerstand den Preßordonnanzen Bismarcks fügte, und auch hier können wir nur den mildesten Satz zitieren: „Eine Partei, die ihre wichtigste Position nicht mit ihren Toten zu bedecken weiß, um sie zu verteidigen — eine solche Partei hat keine Möglichkeit des Sieges für sich.“

Allerdings bezogen sich diese Kritiken unserer Altmeister immer nur auf die liberale Presse; während ihres Lebens, und noch einige Jahrzehnte danach, war kein Anlaß gegeben, ihre Ansicht von den Aufgaben der Presse gegenüber den Parteiblättern kritisch zu betätigen. Im Kampfe zu leben oder im Kampfe zu sterben war ihnen ein gleich ehrenvolles Los für die Presse; ja sie erklärten wohl, mit Ehren zu sterben sei in politischen Parteidämpfen oft das Wichtigste, aber die Wirkungen einer zensurierten Presse hat schon der junge Marx in seinen ersten Arbeiten mit ebenso düstern wie wahren Farben geschildert.

\*

\*

\*

Im „Hamburger Echo“, der fahnenflüchtigsten Fahne der Instanzenpolitik, hieß es jüngst, die „Quertreiber“ liefen nörgelnd und polternd hinter dem Wagen der Arbeiterbewegung her. Die Phrase war nicht eignes Machwerk, aber immerhin glücklich aus dem offiziellen Phrasenmeer aufgefischt. Sie stammt von einer feilen Dirne Bismarcks, die damit ihren jahrzehntelang angebeteten Herrn und Meister in die Ferse stach, als er beim Kaiser in Ungnade fiel. Nun sollte Bismarck nörgelnd und polternd hinter dem Wagen der Reichspolitik herlaufen.

Aber mit solchem giftigen Insekt ist nicht zu spaßen. Indem die Instanzenpolitik es für ihre Zwecke ummodellt, wird sie selbst von ihm in die Ferse gestochen. Will sie heute recht haben, so ist sie mehr als vier Jahrzehnte nörgelnd und polternd hinter dem Wagen der Reichspolitik hergelaufen. Wenn man der Regierung für die Führung eines Krieges, von dem man tausendmal vorausgesagt hat, daß er in absehbarer Zeit kommen müsse und jeden Tag kommen könne, zwanzig Milliarden und weiße Karte für ihre Politik bewilligt, so durfte man derselben Regierung nicht Jahr für Jahr „jeden Mann und jeden Groschen“ verweigern, den sie verlangte, um für den Krieg gerüstet zu sein. Hier heißt es: Entweder — oder!

Mit anderen Worten: die Instanzenpolitik ist der vollständigste Bruch mit dem geistigen Erbe unserer Altmeister, mit der ganzen Geschichte und allen bisherigen Grundsätzen der deutschen Sozialdemokratie. Ihre logische Folge wäre eine nationalsoziale Arbeiterpartei, die sich mit dem Militarismus und der Monarchie versöhnt und sich mit demjenigen Maße von Reformen begnügt, das auf dem Boden der

kapitalistischen Gesellschaft für das Proletariat zu erreichen ist. Diejenigen Vertreter der Instanzenpolitik, die diese unabweisliche Schlußfolgerung ziehen, sind ihre klareren und zugleich ungefährlicheren Köpfe.

Dagegen wäre es gleichbedeutend mit einer Vergiftung der Arbeiterbewegung auf unabsehbare Zeit, wenn der klaffende Riß, der die Gegenwart von der Vergangenheit trennt, mit tönenden Schlagworten verkleistert und vertuscht, wenn die Arbeitermassen in eine Selbsttäuschung gejagt werden könnten, die ihnen das Blut aus den Adern und das Mark aus den Knochen saugen müßte. Gegen dies Grauen aller Grauen, das Marx als „Sich-selbst-Verfälschen“ und Lassalle als „Umlügen einer Situation“ gebrandmarkt hat, muß man sich um die Fahne unserer Altmeister sammeln, mit der Losung Lassalles: Hier unser Banner und dies unsere Ehre!







## Literarische Rundschau.

### Perspektiven und Projekte.

Die jüngste Broschüre Kautskys: *Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund* (Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt) ist zum Teil nur Wiederholung, zum Teil aber eine Ergänzung der Äußerungen, die er in verschiedenen Artikeln der „Neuen Zeit“ zum gegenwärtigen Kriege getan hat.

Zunächst untersucht Kautsky das Wesen und die historische Rolle des Nationalstaates und weiß von ihm eine Menge Dinge zu erzählen, von denen kein Mensch bisher etwas wußte. So erfahren wir, daß der Nationalstaat sowohl eine unabweisbare logische Konsequenz der „modernen großstaatlichen Demokratie“, wie auch umgekehrt ihre unentbehrliche Grundlage ist. Nationalstaat und „moderne Demokratie“ — zweieinig sind sie, nicht zu trennen. Wir erfahren ferner, daß Oesterreich z. B. nur dadurch demokratisch zu regenerieren sei, daß es als Einheitsstaat in einen Bund von Nationalstaaten aufgelöst wird, daß auch von den „Grenzvölkern Rußlands“ eine solche Auflösung in Nationalstaaten „gefordert wird“ u. dergl. Während nach der bisherigen Auffassung der Sozialdemokratie die ganze nationale Phrasologie sowohl in Oesterreich wie in Rußland wie in Deutschland und überall vorzugsweise dazu diente, durch Verwirrung des Klassenkampfes die Geschäfte der Bourgeoisie und ihrer Klassenherrschaft zu besorgen, erleuchtet uns Kautsky, daß die nationalen Kämpfe innerhalb des heutigen Staates nur aus „dem demokratischen Empfinden“ fließen und um so stärker hervortreten, je stärker dieses Empfinden ist.

Bei Kautsky verschwindet also vollständig die Auffassung des Nationalstaates als einer vorübergehend geschichtlich bedingten Phase der bürgerlichen Klassenherrschaft, einer Phase, die vom Imperialismus längst überwunden und am deutlichsten gerade in dem gegenwärtigen Weltkriege zu Grabe getragen wird. Für Kautsky ist der Nationalstaat ein Schema der modernen Demokratie und als solches zugleich das Zukunftsideal, ja, das Programm der Sozialdemokratie! „Von der bürgerlichen Demokratie hat die Sozialdemokratie das Streben nach dem Nationalstaat übernommen“, fabuliert Kautsky (S. 11), obwohl bis jetzt nicht eine einzige sozialdemokratische Partei bekannt ist, die ein solches „Streben“ auf ihr Programm geschrieben hätte und obwohl bis jetzt, umgekehrt, das Zusammenschweißen der Proletarier ohne Unterschied der Nationalität in jedem Staate zum gemeinsamen Klassenkampf mit gemeinsamem Programm, im Gegensatz zu kleinbürgerlichen Nationalbestrebungen, als die Aufgabe der Sozialdemokratie betrachtet wurde. Die Sozialdemokratie erkannte freilich nach der Formulierung des Londoner Internationalen Kongresses aus dem Jahre 1896 „das Selbstbestimmungsrecht jeder Nationalität“ an. Aber zwischen dieser Formel und dem „Streben zum Nationalstaat“ liegt eben der ganze Abgrund, der sozialistische Grundsätze von bürgerlichen politischen Programmen trennt. Seine verblüffende Entdeckung konnte Kautsky nur fertig bringen, weil er einfach in der blauen Luft der Abstraktion Nationalstaat und Demokratie

identifiziert. Und da „Demokratie“ natürlich von der Sozialdemokratie „erstrebt“ wird, so ergibt sich daraus auf die einfachste Art von der Welt, daß wir auch nach dem Nationalstaat „streben“ müssen.

Was ist nun aber eigentlich jene „moderne Demokratie“, die das Ziel unserer Sehnsucht sein soll? Die Antwort darauf gibt — so wird der Leser meinen — das Minimalprogramm der Sozialdemokratie. Weit gefehlt! Kautsky nennt „moderne Demokratie“ — den heutigen bürgerlichen Parlamentarismus! Der heutige preußisch-deutsche Halbabsolutismus z. B. muß uns schon nach diesem Schema als „moderne Demokratie“ erscheinen.

Denn hören wir ihn erzählen:

„In dem gleichen Zeitraum, in dem sich jene beiden Riesenreiche (Großbritannien und Rußland) bildeten, erstanden aber schon die materiellen Bedingungen, die Demokratie über das Bereich der Gemeinde oder der Markgenossenschaft hinaus in einem größeren Staate zu verwirklichen und damit die primitive Demokratie durch die moderne zu ersetzen. Dies wurde erreicht durch die Entwicklung des Verkehrs, des Buchdrucks sowie durch die Verallgemeinerung des Lesens und Schreibens. — Gleichzeitig bildete sich der moderne Großstaat mit einer zentralisierten Bureaucratie und einer festen Zollgrenze. Zunächst verstärkte er die Macht der staatlichen Zentralgewalt, die eine absolute wurde. Aber die Entwicklung des Verkehrs und der Presse ermöglichte es immer mehr der Bevölkerung des ganzen Staates, Taten und Unterlassungen der Zentralgewalt kennen zu lernen, sie zu diskutieren, zu kritisieren. Dieses Gehaben der Zentralgewalt wurde zugleich immer wichtiger für jeden einzelnen, das Bereich der Staatsgewalt wuchs. Da entstand der Drang, auf sie Einfluß zu nehmen durch ein System von Repräsentanten, Vertretern, die von der Masse gewählt und kontrolliert wurden. So entwickelte sich die moderne Demokratie, deren wesentlichste Merkmale der Parlamentarismus, die Presse und große, das ganze Bereich des Staates umfassende Parteiorganisationen bilden.“ (S. 8.)

Wir haben dieses Prachtstück der materialistischen Auffassung im Wortlaut hierher gesetzt, damit der Leser sieht, wie hübsch man die Entstehung des bürgerlichen „Rechtsstaates“ ohne den weitläufigen Apparat von Klasseninteressen, ökonomischen Umwälzungen usw. aus der Entwicklung „des Verkehrs und der Presse“ erklären kann. „Die moderne Demokratie“ erscheint auf diese Weise, ganz wie ihre würdige Ergänzung, der Nationalstaat, nicht als profaisches Stück bürgerlicher Klassenherrschaft, mit allen Schläden ihres irdisch beschränkten Daseins und mit deutlichen Spuren des Verfalls, sondern im blauschimmernden Dufte der Abstraktion und in das dauerhafte Dasein eines Ideals gehüllt. Wir leben ja, wie Kautsky an einer anderen Stelle (S. 77) sagt, „im Zeitalter der zunehmenden Demokratie“. Freilich, ein Ideal wird diese unsere „moderne Demokratie“ erst, wenn wir den reinen Nationalstaat bekommen. So könnte „die volle Demokratie“ in Deutschland „mit seinen Polen, Dänen, Franzosen“ gar nicht verwirklicht werden, denn „ein polnischer Politiker oder eine polnische Zeitschrift oder ein polnisches Buch mögen auch noch so eindringlich, überzeugend und bedeutend zu uns in ihrer Sprache sprechen, sie werden vielleicht auf Polen auch außerhalb Deutschlands wirken, nie auf das deutsche Volk. Im Wirken auf das Volk und durch das Volk besteht jedoch das Wesen der Demokratie.“ (S. 9.) Und deshalb erst „innerhalb jedes solcher Nationalstaaten (in die die heutigen Großstaaten zerfallen müssen) ist dann volle, nicht bloß formelle, sondern wirkliche und wirksame Demokratie möglich.“ (S. 11.)  
 aßt du nun Worte, lieber Leser?

Aber das holde Zwillingsspaar hat auch noch ein kleines Schwesterchen, von dem es unzertrennlich ist. Die Miliz! „Der Nationalstaat . . . setzt



jeder Minderung oder Verringerung seines Gebiets durch eine fremde erobernde Macht den energischsten, dauernd kaum überwindlichen Widerstand in dem starken demokratischen Leben seiner Bewohner entgegen; andererseits findet dieser Staat in dem Umfang des zusammenhängenden Gebiets der Nation seine Grenze, die er ohne Schädigung seiner selbst nicht überschreiten kann. Alles das bewirkt, daß für seine Existenz die Kraft seiner Demokratie wichtiger wird, als die Kraft seiner Armeen, die für einen geschlossenen Nationalstaat, wenn er ein solcher bleiben will (dies „wenn“ ist gottvoll!) rein defensiven Charakter bekommen. Gleichzeitig mit der Idee der modernen Demokratie und des Nationalstaates (bei Kautsky steht hier, was ein augenscheinlicher Druckfehler: Nationalitätenstaates) erwächst die Idee der Milizarmee. Sie werden alle drei von den gleichen Parteien und Volksklassen getragen“ (S. 16.) Kautsky selbst gehört übrigens zu diesen Parteien und Volksklassen nicht, denn einige Seiten später, als es gilt, das Friedensprogramm der Sozialdemokratie aufzustellen, vergißt er seine Miliz ganz und gar und fordert — die „Abrüstung“ auf die Hälfte des heutigen Bestandes der stehenden Armeen.

Und nochmals, lieber Leser, hast du Worte? Es fragt sich: wo sind oder waren denn all die hübschen Sachen, die Kautsky uns da vormalt, auf Erden zu sehen? Ist etwa Deutschland seit 1870 oder Italien jener „Nationalstaat“ mit defensiver Milizarmee und wachsender Demokratie? Ist der demokratischste Staat Europas und derjenige, der sich der Miliz am meisten nähert: die Schweiz, ein Nationalstaat? Ist der demokratischste außer-europäische Staat, die Vereinigten Staaten Nordamerikas ein Nationalstaat? Es fragt sich: hat Marx nicht etwa „auf das Volk und durch das Volk“ in zahllosen Ländern gewirkt, obwohl er nur „in seiner Sprache“ sprach? Es fragt sich endlich: hat die Sozialdemokratie nicht stets behauptet, daß „volle, nicht bloß formelle, sondern wirkliche und wirksame Demokratie“ erst dann denkbar ist, wenn ökonomische und soziale Gleichheit, d. h. sozialistische Wirtschaftsordnung verwirklicht, daß die „Demokratie“ des bürgerlichen Nationalstaates hingegen in letzter Linie stets mehr oder weniger Humbug ist?

Doch lassen wir jetzt den Nationalstaat und die Demokratie mitsamt der Miliz, von denen man die ganze Zeit nicht weiß, ob Kautsky sie als existierende historische Verhältnisse konterfeit, oder als rosige Wolken seiner Phantasie. Sie sind jedenfalls nur Vorbereitung zur entsprechenden Behandlung des Imperialismus.

Was ist Imperialismus? Imperialismus — das ist bloß eine garstige „Methode“. Das ist eine Methode, mit Gewalt und ähnlichen häßlichen und verwerflichen Mitteln das zu erreichen, was an sich legitim und notwendig, aber „viel besser“ durch andere Methoden, nämlich durch die „Demokratie“ zu erreichen ist. Kautsky erkennt in dem Ausdehnungsdrang des Kapitals das legitime Bedürfnis der modernen Entwicklung; bloß die Mittel, die imperialistischen Methoden will er beseitigen und damit dem Imperialismus, dem Wettrüsten, der Kolonialpolitik „den schlimmsten Stachel“ nehmen.

Aber hinwiederum, wenn wir uns die Sache ganz genau ansehen, so gibt es beinahe gar keinen Imperialismus. Denn entweder ist das, was jetzt als solcher erscheint, noch nicht Imperialismus, oder es ist mit ihm schon vorbei.

England? Nun, dessen Kolonien waren erobert „lange vor der imperialistischen Periode“, und jetzt beruht z. B. der südafrikanische, der kanadische, der australische Bund auf reiner Demokratie. Gegen eine solche „Staatenart“ könnten wir kaum etwas „einwenden“.

Südafrika, Aegypten, Algerien, Persien nähern sich immer mehr „dem Stadium der modernen Demokratie“, und deshalb kommen diese Gebiete als

Objekt des Imperialismus „nicht mehr“ in Betracht (S. 54). Rußland? Dieses kann natürlich „noch nicht“ Imperialismus treiben, denn es bedarf selbst noch der Kapitaleinfuhr. Oesterreich? Eigentlich kann es auch „noch nicht“ imperialistische Ziele verfolgen, da es ebenfalls noch selbst des Kapitalimports bedarf; zugleich ist es aber auch schon über diese Ziele hinaus: sein „zeitweiser“ imperialistischer Drang nach Saloniki „hat längst aufgehört“. Sein Konflikt mit Serbien aber ist gar nicht imperialistischen Charakters. Beweis: es liegen ihm agrarische Interessen zugrunde, Serbien seinerseits ist „noch weit von jeder imperialistischen Tendenz“ entfernt, es befindet sich im Stadium „des Nationalstaates“. China? Es nähert sich auch mit Siebenmeilenstiefeln „dem Stadium“ der modernen Demokratie alias des Nationalstaates, also auch hier wird „jede imperialistische Politik unmöglich“ (was die verblendeten Japaner, die die „Neue Zeit“ nicht lesen, in diesem Moment offenbar gar nicht ahnen).

Mit einem Wort, wohin wir blicken, ist es mit dem Imperialismus nichts oder seine Lage sind gezählt, denn überall wird er durch die zunehmende „Demokratie“ verdrängt. Halt, die Türkei! Das war allerdings ein Objekt des Imperialismus, namentlich des deutschen. Die Türkei drohte denn auch zum Wetterwinkel des imperialistischen Weltkrieges zu werden. Allein auch hier war just vor dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges alles „geregelt“. Er brach in einem Moment aus, in dem „kein einziger imperialistischer Streitpunkt existierte“ (S. 63).

Hat so der Imperialismus schon vor dem Kriege gar nicht existiert, so wird er nach dem Kriege — das hat Kautsky schon im September vorigen Jahres prophezeit — erst recht aufhören zu existieren. „Der Export der Kapitalien aus den Industriestaaten, diese Quelle des Imperialismus und damit letzte Ursache des Krieges, hört, zunächst wenigstens, auf.“ Denn einerseits werden die europäischen Industriestaaten nach dem Kriege „andere Sorgen haben“ als Imperialismus zu treiben, andererseits „entziehen sich“ die Agrarstaaten immer mehr der Ausbeutung durch den Imperialismus („Neue Zeit“ Nr. 23, S. 970). Also war der ganze Imperialismus und namentlich der gegenwärtige Weltkrieg im Grunde genommen „viel Lärm um nichts“. Wie brach denn der Krieg nach alledem aus? Na, eben — „bloß aus dem Wettrüsten und der Mobilisierung“! . . . (S. 65.)

Wozu all diese Gymnastik, fragst du, lieber Leser? Wozu so viel edler Schweiß und Mühe, um allgemein bekannte Tatsachen, die jetzt in den Gassen gellen, zu bestreiten? Die Antwort gibt uns Kautsky mit der folgenden Entdeckung: wer „behauptet, der Imperialismus sei im jetzigen Stadium der kapitalistischen Produktion für diese unerlässlich“, der „besorgt damit die Geschäfte der Imperialisten“, „erhöht ihren geistigen Einfluß in der Volksmasse und damit ihre Macht“ (S. 22) Also „behauptet“ Kautsky das Gegenteil. Er „behauptet“, daß der Imperialismus gar nicht ökonomisch notwendig, sondern „nur eine Machtfrage“ sei, daß die Ausdehnung des Kapitals „am besten“ nicht durch die gewalttätigen Methoden des Imperialismus, sondern „durch die friedliche Demokratie“ gefördert werde. (S. 70.) Wie einfach und einleuchtend! Marx behauptete, daß die Kapitalsherrschaft auf einer gewissen Stufe eine unerlässliche ökonomische Notwendigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung sei, damit besorgte er natürlich die Geschäfte der Kapitalisten, erhöhte ihren geistigen Einfluß und ihre Macht. Engels behauptete, die Aktiengesellschaften seien eine ökonomische Notwendigkeit der kapitalistischen Produktion, und besorgte damit die Geschäfte der Aktionäre, erhöhte wohl ihre Dividenden. Die Sozialdemokratie behauptete bis jetzt, daß der heutige Militarismus eine historische Notwendigkeit als Werkzeug der kapitalistischen Klassenherrschaft sei, und besorgte damit die Interessen der Militaristen, erhöhte ihren Einfluß und ihre Macht. Das ist alles sonnenklar, und Laffalle kann sich mit seinem „Ausprechen dessen, was ist“ nochmals begraben lassen.



Nur vergißt Kautsky, daß uns keine rettende Entdeckung von der Nichtnotwendigkeit des Imperialismus, der „nur“ eine Machtfrage sei, schließlich wargeren Trost gewährt. Denn „die Macht“ ist — wie Engels seinem Dühring einst auseinandergesetzt hat — auf großen historischen Strecken gleichfalls ein ökonomischer Faktor und hat ihre Wurzeln in ökonomischen Notwendigkeiten. Kautsky vergißt ferner, daß „die Methode“ des Imperialismus, die er als höchst äußerliches garstiges Beiwerk des heutigen Kapitalismus abschaffen will, für diesen wesentlich ist. Er sieht nämlich, wenn er von der Gewalttätigkeit der imperialistischen Methoden spricht, selbst nur die äußere geräuschvolle, kriegerische Erscheinung des Imperialismus. Er vergißt, daß das, was ihm als die „friedliche“ und „demokratische“ Kapitalerweiterung besser gefällt: die Eisenbahnbauten und die Einführung des Warenhandels in zurückgebliebenen Ländern, daß dieser Prozeß gleichfalls, nur im stillen, von einem fortlaufenden gewalttätigen Zusammenbruch der vorhandenen sozialen Organisation unter unaufhörlichen gewalttätigen Eingriffen des Staates begleitet wird. Er vergißt vollständig, daß auch der englische Freihandel, dessen Großtaten in China er in Gegensatz zum Imperialismus stellt und preist, sich die „offenen Türen“ am Gelben Meer mit Kanonenschländen und Greuelthaten des Krieges wie mit zahllosen stilleren Gewaltstreichen des Raubs und Betrugs von 1839 bis 1900 geschlagen hat. Mit einem Wort, die ganze Kautskysche Unterscheidung des legitimen ökonomischen Kerns und der häßlichen „gewalttätigen“ Schale, die man als etwas Zufälliges dem Kapitalismus ausreden möchte, ist bloße Spintifizierung am Schreibtisch. In der blutigen Wirklichkeit hat der Imperialismus weder Kern noch Schale, er ist beides mit einem Male; ökonomische Notwendigkeit und Gewaltmittel gehen hier Hand in Hand und wechseln alle Augenblicke die Stellen. Beide sind nur zu überwinden durch die Beseitigung des Kapitalismus. Kautskys Plan, den heutigen Imperialismus zu zivilisieren, zu „demokratisieren“ und friedlich zu machen, ihm „den Stachel“ zu nehmen, läuft schließlich so ungefähr auf die Davidsche „sozialistische“ Kolonialpolitik hinaus. Das Utopische all solcher Bestrebungen, dem Tiger die Krallen zu beschneiden und ihm einzureden, daß er sich im eigenen Interesse „am besten“ von Honig und Gemüse nähren soll, springt schließlich in die Augen. Und wenn die Davids ihre kleinbürgerlichen Utopien lange Jahre vor dem heutigen Kriege ausspannen, so ist es viel verwunderlicher, daß Kautsky heute gerade im Blick und Donner der großen weltgeschichtlichen, vom Imperialismus heraufbeschworenen Katastrophe einen Anlaß findet — munter und unverdrossen, wie eine junge Zikade im Graze — sein Liedlein von der „Abrüstung“, vom „Nationalstaat“, von der „demokratischen Entwicklung“ und vom Freihandel als den nächsten Zukunftsperspektiven des Kapitalismus „in dessen eigenem Interesse“ zu singen. Eine verkehrtere geschichtliche Perspektive zur Orientierung des Proletariats läßt sich offenbar aus dem heutigen Weltkriege nicht ableiten.

Aber diese wunderliche Geschichtsauffassung hat eine sehr ernste praktische Seite. Es ist klar, daß das Wiedererwachen, in den Reihen der Sozialdemokratie in Deutschland wie anderwärts, zum internationalen Klassenbewußtsein sich in dem Maße vollzieht, als die Arbeiter sich vom Bann der nationalistischen Hypnose freimachen, in die sie von den herrschenden Klassen wie von den eigenen Parteiführern während des jetzigen Kriegsgemehls hineingetrieben worden sind, in dem Maße, als sie sich über den imperialistischen Charakter des Krieges und die ihnen daraus erwachenden großen Aufgaben klar werden. Nun liefert Kautsky einerseits gerade jetzt mitten in den nationalistischen Orgien der Kriegsheker eine überschwängliche Apologie des Nationalismus, die stärkste Betonung des nationalistischen Gedankens, den er mit „demokratischem Empfinden“ identifiziert, andererseits löst er den Imperialismus als historische Phase in theoretischen Dunst auf. Und als Moral von der Geschichte: ein „Friedensprogramm“ der Sozialdemokratie, das neben der Ablehnung der Annexionen die „Abrüstung“ auf die Hälfte oder auf ein Viertel — wie es vorigen September in der „Neuen Zeit“ Seite 971 hieß — und einen europäischen Staatenbund oder Zollverein

mit freihändlerischen Handelsverträgen umfaßt. Also neue Rezepte und Projekte! Statt Aktion, statt Klassenkampf hält Kautsky für unsere dringendste Aufgabe in dieser Situation, Ratschläge an die bürgerliche Gesellschaft zu erteilen, wie sie durch Demokratie, Freihandel und hübsche kleine Defensivkriege „am besten“ ihre eigenen Geschäfte besorgen kann, so zwar, daß bei diesem sanft flackernden geschichtlichen Feuer auch das Süpplein der Proletariats unmerklich gar gekocht wird. Daß er uns diese freundlichen Ausichten nach dem Kriege, die den Imperialismus und das Wettrüsten „ablösen“ könnten, als die heilige Allianz der „Imperialisten“, also wohl das Gegenteil von Demokratie und Freihandel und eher als eine Aera der schwärzesten Reaktion ausgemalt hat („Neue Zeit“ vom 11. September v. J., S. 922), tut wohl nichts zur Sache. Daß sein Staatenbund alias Zollverein nichts als ein Abklatsch des früher von Prof. Julius Wolff, von Max Schippel, jetzt wieder von den offiziellen Herolden des Imperialismus, den Losh, Liszt u. a. immer wieder vorgerittenen Projekte der reaktionären Zollpolitik mit einer Spitze bald gegen die Vereinigten Staaten Amerikas, bald gegen England ist, scheint Kautsky auch nicht weiter zu genieren.

Kautsky zieht in seiner Broschüre gegen „die Rechte“ der Partei, gegen die Sozialimperialisten ins Feld. Ihnen will er durch seine historische Perspektive das Wasser abgraben. Zugleich unterläßt er nicht, um sich seinen „zentralen“ Punkt zu wahren, gegen die „äußerste Linke“ ein paar schneidige Lusthiebe zu führen. Er denunziert sie nämlich als Leute, die erstens streben, den Parlamentarismus durch den „Massenstreik“ zu „ersetzen“\*), zweitens als Leute, die dem Imperialismus den Sozialismus entgegensetzen wollen, „d. h. nicht bloß seine Propagierung, die wir seit einem halben Jahrhundert allen Formen der kapitalistischen Herrschaft entgegensetzen, sondern seine sofortige Durchführung“ (S. 57). Kautsky würde wohl in nicht geringe Verlegenheit geraten, wenn ihn jemand in aller Höflichkeit am Kragen packen und ersuchen würde, doch gefälligst genau anzugeben, wer, wo, wann in der Partei den Parlamentarismus durch den Massenstreik „ersetzen“ wollte, oder den Kauz zu nennen, der eine „sofortige Durchführung“ des Sozialismus fordert.

Wie Kautsky als erster den Hekruf gegen die „Quertreiber“ ausstieß, indem er sofort nach Ausbruch des Krieges gegen die „Eigenbrödelei“ und die „Kritik“ als die ärgsten Verbrechen warnte („Neue Zeit“ vom 21. August 1914, S. 846), so leistet er auch jetzt der Rechten treffliche Dienste, indem er von den Ansichten und Absichten der „Quertreiber“ mit freier Phantasie ein abgeschmacktes Zerrbild verfertigt.

Aber noch mehr ist seine ganze Theorie, die er jetzt in der Broschüre wie in der „Neuen Zeit“ vertritt, geeignet, den Sozialimperialisten, die er bekämpfen will, das Werk zu erleichtern, indem sie in den Parteien die größte Verwirrung in bezug auf die historische Situation, ihre wahren Tendenzen und die Aufgaben der Arbeiterklasse verbreitet. Und deshalb sind diese breiten schillernden theoretischen Spintifizierungen gefährlicher als die „Neuorientierungen“ der Heine, Südekum, Haenisch und wie sie alle heißen. Während diese durch ihr krasses Auftreten vor sich selbst genügend warnen, sind die Kautskyschen Theorien wohl fähig, zwar nicht den Militarismus und Imperialismus, aber der Sozialdemokratie „den Stachel“ zu nehmen.

Uebrigens schließt Kautsky seine Broschüre mit einer hübschen Wendung. Der imperialistischen „Methode“ müßten wir „entschiedene Bekämpfung“ angedeihen lassen. „Je gewaltiger der Widerstand der Arbeiter, desto un-

\*) „Über dieser Ersatz stellt sich bei näherer Einsicht als eine Form der primitiven Demokratie heraus. Das gilt auch von der direkten Befehlgebung durchs Volk wie von ihrer energischeren Abart, dem Massenstreik“ (S. 22). Der Massenstreik als „Abart“ der direkten Befehlgebung durch das Volk und als solche eine „Form“ der Markgenossenschaft, — heiliger Nepomuk, ist das ein Wortgebimmel! . . .



überwindlicher die Schranken, die dem Kapital hier in den Weg gelegt werden“, um so mehr wird sich das Kapital gezwungen sehen, sowohl in den Formen der Ausbeutung wie in der auswärtigen Politik lobenswerte demokratische Pfade zu wandeln und sich zu bessern. Wie dem immer sei, jedenfalls ist es klar, daß der „gewaltige Widerstand“ und „die unüberwindlichen Schranken“ gegen den Imperialismus wohl anders aussehen, als die heutige Haltung der Parteiinstanzen und die eigene Haltung Kautskys seit Ausbruch des Krieges. So hat Kautsky unversehens zum Schluß ein scharfes Urteil über die offizielle Taktik der Sozialdemokratie gesprochen. Und diese Schlußwendung ist so ziemlich die einzige, die in seiner Schrift ganz einwandfrei ist.

M o r t i m e r.

## Ein plumper Täuschungsversuch.

Unter dem Titel: Partei-Zusammenbruch? (Berlin, Vorwärtsverlag) hat Heinrich Cunow ein „Offenes Wort zum inneren Parteistreit“ veröffentlicht. Dies „Offene Wort“ ist nichts anderes als ein plumper Versuch, über das Wesen des „inneren Parteistreits“ hinwegzutäuschen.

Soweit von einem „Partei-Zusammenbruch“ gesprochen worden ist, erblicken die sogenannten „Quertreiber“ ihn darin, daß die Partei, nachdem sie den imperialistischen Weltkrieg mit tödlicher Sicherheit tausendmal vorausgesagt und sich für den Fall seines Eintritts in feierlichster Weise auf eine bestimmte Politik festgelegt hatte, das genaue Gegenteil dieser Politik treibt, seitdem er tatsächlich entbrannt ist. Das ist der Kern des „inneren Parteistreits“, und über ihn verliert Cunow weder ein „offenes Wort“, noch auch nur ein verstecktes. Er spiegelt den unglücklichen Lesern seiner Schrift vor, die Opposition sei entrüstet, weil „die deutsche Sozialdemokratie nicht den Erwartungen entsprochen habe, die die Betreffenden an sie gestellt“ hätten. Nein, Genosse Cunow, der „innere Parteistreit“ ist entbrannt, weil die offizielle Parteipolitik nicht den Erwartungen entsprochen hat, die sie selbst durch eine Reihe der feierlichsten Kundgebungen, in vollkommen genauer Voraussicht der Dinge, die kommen würden, an sich selbst gestellt hat.

Indem Cunow die Dinge auf den Kopf stellt und aus den „Quertreibern“ eine Rotte enttäuschter Illusionäre macht, rückt er gegen dieses Phantom mit den ältesten Ladenhütern aus der Praxis und Theorie des Marxismus ins Feld. Daß Marx und Engels zur Zeit des kommunistischen Manifestes und auch noch später die Abwirtschaftung der kapitalistischen Produktionsweise in viel zu großer Nähe gesehen, aber daß sie 1850 das Abflauen der Revolutionsflut rechtzeitig entdeckt haben, daß der Arbeiter nicht nur einer Klasse, sondern auch einer Nation angehöre, daß die Nationen „einfach geschichtliche Erzeugnisse“ seien usw. usw. — alles das beweist Cunow mit einer Wucht, die Max Cohen und Max Grünwald, Heinrich Schulz und Konrad Haentisch zu ellenlangen Begeisterungsartikeln über diese funkelneuen Entdeckungen hingerissen hat. Aber die „Quertreiber“ haben nicht das Glück, auch nur einen dieser bewährten „Marxisten“ in ihren Reihen zu zählen; sie haben sich die Weisheit Cunows längst an den Schuhsohlen abgelaufen. Auch mit seinem Nachweis, daß der Imperialismus eine geschichtlich notwendige Entwicklungsstufe des Kapitalismus sei, schlägt Cunow nicht die „Quertreiber“, sondern seinen Waffenbruder Kautsky aufs Haupt. Siehe die vorstehende Besprechung von Kautskys neuester Schrift!

Von der Leichtigkeit, mit der Cunow gearbeitet hat, nur noch ein Beispiel. Um zu beweisen, daß Nationen „einfach geschichtliche Erzeugnisse“

seien, beruft er sich auf einige Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung“, worin Marx den südslawischen Nationalitäten Oesterreichs die geschichtliche Entwicklungsfähigkeit abgesprochen haben soll. Nun sind diese Artikel gar nicht von Marx, sondern von Engels verfaßt, wie Cunow wissen mußte, wenn er sich mit einiger Sorgfalt über sie unterrichtet hätte, und auch von Engels nicht als wissenschaftliche Abhandlung, sondern als heftige Abwehr der Dienste, die die südslawischen Völkerschaften Oesterreichs in den Revolutionsjahren der Gegenrevolution leisteten, wobei Engels das Kind mit dem Bade verschüttete und ihnen die geschichtliche Lebensfähigkeit absprach, die sie — seitdem bewiesen haben. So richtig also immer der Satz sein mag, daß Nationen „einfach geschichtliche Erzeugnisse“ seien, so ist doch die Art, wie ihn Cunow als „Marxist“ beweisen will, ein ebenso grobes Quidproquo wie seine Schrift überhaupt.

Im ganzen macht sie den Eindruck eines Elefanten, der zornigen Mutes durch offene Türen in leere Zimmer rennt; es steht zu fürchten, daß dies Schauspiel in den „Quertreibern“ nicht so feierliche Rührung erwecken wird, wie in den Grunwald und Genossen.

—ng.







Druck:  
A. Gerisch & Co., G. m. b. H.  
Düsseldorf, Wallstr. 10.











Dietz Verlag GmbH, Berlin · 1. Auflage 1965  
Printed in the German Democratic Republic  
Alle Rechte vorbehalten · Lizenznummer 1  
Reproduktion: Ullmann KG, Zwickau  
Ausstattung: Volkmar Brandt  
ES 6B6 · 11,50





# Date Due




CAT. NO. 23 233

PRINTED IN U.S.A.



Heinz Wohlgemuth

---

Einführung zur  
originalgetreuen Reproduktion  
der Zeitschrift

# Die Internationale

Eine Monatsschrift für Praxis  
und Theorie des Marxismus

Dietz Verlag Berlin 1965





ZU ALLEN ZEITEN DES KAMPFES UM DIE BEFREIUNG des deutschen Volkes von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung, für Frieden, Demokratie und Sozialismus gab es in der revolutionären Arbeiterbewegung Kräfte, die es als ihre höchste Verpflichtung ansahen, wegweisend für das ganze Volk zu wirken. Oft unter den kompliziertesten Bedingungen des Klassenkampfes, bedrängt von den Feinden der Arbeiterklasse und Anfeindungen in den eigenen Reihen ausgesetzt, mußten sie die herangereiften Aufgaben zu erkennen suchen, um eine richtige, den Interessen der Klasse und der ganzen Nation dienende Politik ausarbeiten zu können.

Unter denen, die selbstlos dem Wohle des deutschen Volkes dienen, nehmen die revolutionären deutschen Marxisten in der Zeit des ersten Weltkrieges einen Ehrenplatz ein. Die von ihnen verfochtenen Antikriegsthesen, demokratischen Forderungen und programmatischen Erklärungen sind Meilensteine auf dem Wege ihrer Entwicklung; sie widerspiegeln die Vielfalt der Probleme, vor denen die deutschen Linken standen, und sind das Ergebnis ernster theoretischer und politischer Auseinandersetzungen, die diese zu führen hatten. Zeugnis dafür legt auch die Zeitschrift „Die Internationale. Eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus“ ab, die vor fünfzig Jahren von Rosa Luxemburg und Franz Mehring im Namen und im Auftrag der besten Kräfte des deutschen Volkes herausgegeben wurde und die in dankenswerter Weise der jetzigen Generation durch originalgetreuen Nachdruck wieder zugänglich gemacht wird.

Die besten Vertreter der deutschen Arbeiterklasse, die Linken in der Sozialdemokratie, sahen sich nach der Entfesselung des ersten Weltkrieges durch den deutschen Imperialismus und durch die verhängnisvolle Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 vor die Aufgabe gestellt, entsprechend ihrer marxistischen Grundhaltung

und im Interesse des ganzen Volkes zu den entscheidenden Fragen des Klassenkampfes, zum weiteren Schicksal der deutschen Nation Stellung zu nehmen. Umgeben von einer Welle chauvinistischer Verhetzung durch die deutsche Kriegspartei und angesichts der durch die Politik der rechten sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer hervorgerufenen Spaltung der Arbeiterklasse kam es für sie darauf an, Schritt für Schritt den großen ideologischen Wirrwarr unter den Massen zu beseitigen. Die wahren Ursachen des Krieges galt es zu enthüllen, die Aufgaben für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu erkennen und eine politische Plattform für diesen Kampf zu schaffen, die die Wiederherstellung der revolutionären Einheit des Proletariats und den Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte ermöglichte.

In diesem Sinne wirkten die deutschen Linken von Kriegsbeginn an. Zunächst versuchten sie, alle legalen Möglichkeiten auszunutzen, die ihnen nach Verhängung des Belagerungszustandes geblieben waren. Ihr besonderes Augenmerk galt dabei der von Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Julian Marchlewski (Karski) herausgegebenen „Sozialdemokratischen Korrespondenz“, mit deren Hilfe sie hofften ihre Ansichten über den Krieg und die Vaterlandsverteidigung in den ehemals linksgerichteten sozialdemokratischen Zeitungen veröffentlichen zu können. Doch diese Hoffnung sollte sich nicht erfüllen. „Mit Ausbruch des Krieges war . . . ein Teil dieser (Zeitungen – H. W.) sofort mit fliegenden Fahnen zu den Patrioten übergegangen, einem anderen Teil fiel das Herz in die Hosen, sie fanden nicht den Mut, die tapferen Artikel der Pressekorrespondenz abzudrucken. Sieben sozialdemokratische Blätter blieben übrig, die von unserer Korrespondenz Gebrauch machten. Aber auch von ihnen ging eines nach dem anderen zu den Kriegsbegeisterten oder zu den stillen Nörglern, bis zum Schluß nur noch eine sozialdemokratische Zeitung der Korrespondenz treu blieb; der Genosse Geithner vom Gothaer Volksblatt war der einzige, der den Mut fand, unentwegt die Fahne der Rebellion gegen den Krieg hochzuhalten.“<sup>1</sup> Unter diesen Umständen konnte von einer ernst zu nehmenden Wirksamkeit der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ keine Rede sein, und es war nur zu verstehen, daß Rosa Luxemburg und Franz Mehring immer weniger an der Korrespondenz mitarbeiteten und im Dezember 1914 ihre Mitarbeit überhaupt ganz einstellten.

Die Vertreter des revolutionären Marxismus in Deutschland mußten



sehr bald anhand ihrer eigenen Erfahrungen die Erkenntnis gewinnen, daß mit legalen Mitteln unter den Bedingungen des Kriegsrechtes die Massen nicht erreicht werden können. Die Gewinnung der Massen, ihre Befreiung aus den nationalistischen und chauvinistischen Fesseln der bürgerlichen Ideologie, erforderte die Anwendung neuer Methoden der massenpolitischen Arbeit – und die Linken erkannten das. „Seit September 1914 wurde, da die Opposition in der Parteipresse nicht mehr zu Worte kommen konnte, gegen die Haltung der Mehrheit zur Klärung der sozialdemokratischen Prinzipien und Taktik ‚Referenten- und Informationsmaterial‘ versandt. Dieses Material erscheint seither etwa alle 3 Wochen und geht laufend an ein paar hundert Vertrauensleute der Opposition.“<sup>2</sup> Unter den Herausgebern befanden sich Karl Liebknecht, Julian Marchlewski (Karski), Hermann Duncker und Ernst Meyer. Die technische Herstellung lag in den Händen von Wilhelm Pieck (bis zu seiner Verhaftung am 28. Mai 1915), Hugo Eberlein (bis zu seiner Einberufung zum Militär im Frühjahr 1916) und Ernst Meyer.<sup>3</sup>

Die Ausarbeitung und Verbreitung des „Referenten- und Informationsmaterials“ zählt ohne Zweifel zu den bedeutendsten Leistungen der deutschen Linken in der Anfangsperiode des Antikriegskampfes. Völlig auf sich allein gestellt, mußten sie mit eigenen Kräften und eigenen Mitteln den Druck der Materialien besorgen und einen eigenen illegalen Verbreitungsapparat aufbauen, weil ihnen der legale Vertrieb in den Parteiorganisationen unmöglich gemacht worden war. Verbindungen mußten gesucht und gefunden werden, die die Möglichkeiten für die Versendung der Agitations- und Propagandamaterialien in alle Teile Deutschlands schufen. Eine immense Kleinarbeit war zu leisten – und sie wurde geleistet, wie die Ergebnisse des revolutionären Antikriegskampfes der deutschen Linken beweisen.

Neben den genannten Materialien erschienen in dieser Zeit die ersten Flugblätter und illegalen Broschüren. So wurde noch vor Weihnachten 1914 das Flugblatt „Friede auf Erden“ in 2000 Exemplaren veröffentlicht; im Januar 1915 entstand der Aufruf „Die Welt speit Blut!“; die Dresdener Genossen gaben Flugschriften mit dem Titel „Die Mehrheit sagt – die Minderheit sagt“ heraus. Doch das „Referenten- und Informationsmaterial“ sowie die Flugblätter und Broschüren konnten ein zentrales Presseorgan nicht ersetzen, das die Aufgabe hatte, die marxistischen Kräfte zusammen-

zuschließen und den Boden für die Organisierung der revolutionären Marxisten zu bereiten. Diese Aufgabe harrte immer noch der Verwirklichung.

Sie zu realisieren war Ende 1914 um so dringlicher, da mit der Ausarbeitung einer marxistischen Plattform über den Charakter des Krieges<sup>4</sup> und der nationalen Tat Karl Liebknechts am 2. Dezember 1914 die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen waren. Damit begann eine neue Phase in der politisch-ideologischen Entwicklung der Anhänger von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die unter anderem ihren Ausdruck in der Organisierung eines breiten Systems der ideologisch-propagandistischen Tätigkeit und der Anknüpfung erster organisatorischer Verbindungen zwischen revolutionären Sozialdemokraten in Deutschland fand. Diesem Entwicklungsstand des Kampfes um die revolutionäre Beendigung des Krieges entsprach die „Sozialdemokratische Korrespondenz“ nicht mehr; mit Notwendigkeit kam im Dezember 1914 der Gedanke auf, eine eigene Zeitschrift zur Verbreitung des marxistischen Gedankengutes herauszugeben und die oppositionellen linken Sozialdemokraten um diese Zeitschrift zusammenzuschließen.<sup>5</sup> Man geht nicht fehl in der Annahme, daß zwischen beiden Entscheidungen ein direkter Zusammenhang besteht.

Leider kann die marxistische Geschichtsschreibung gegenwärtig noch nicht in allen Details die Entstehung dieser Zeitschrift nachzeichnen; eines ist jedoch bekannt: Rosa Luxemburg hat sich mit großem Eifer der Verwirklichung dieser politisch bedeutsamen Aufgabe gewidmet. Das geht eindeutig aus einem Brief hervor, den sie am 11. Februar 1915 dem finanziellen Förderer des Unternehmens, dem Genossen Alexander Winckler in Arnstadt, schrieb: „Im Namen Karl L. u. in meinem danke ich Ihnen herzlich für die tatkräftige Unterstützung unserer Unternehmung. Die Vorbereitungen sind im Gange . . . Die 1. Nr. wird zu Beginn des Monats März herauskommen, die Beiträge sind schon in Arbeit. Ich hoffe, daß die Sache einschlagen wird; hier in Berlin u. in mehreren Parteiorten, mit denen wir in Verbindung stehen, herrscht ein wahrer Heißhunger nach einem sozialdemokratischen Wort im alten Sinne. Die Masse der Parteigenossen, das sieht man immer deutlicher, haben *nicht* ‚umgelernt‘, sie haben bloß verlernt, ihren Führern unbedingt zu trauen, da diese so kläglich versagt haben.“<sup>6</sup>

Der Verwirklichung des Planes, die Zeitschrift schon im März 1915 herauszubringen, standen viele Hindernisse im Wege. Das Haupthindernis

bildete ohne Zweifel die mit dem Kriegsrecht eingeführte Pressezensur, die einer revolutionären Zeitschrift das Erscheinen fast unmöglich machte. Die Zensur konnte jedoch umgangen werden, wenn die Zeitschrift in den Ländern innerhalb Deutschlands gedruckt wurde, wo die Genehmigung für Zeitschriften nicht erforderlich war. Es mußte nur ein Genosse gefunden werden, der für die Zeitschrift verantwortlich zeichnete. In dem bereits erwähnten Brief stellte Rosa Luxemburg fest, daß der Geschäftsführer der Leipziger Druckerei, Genosse Seifert, bereit war, wie die Aussprache am 10. Februar 1915 ergab, den Druck zu übernehmen; doch ein Genosse, der verantwortlich zeichnete, fand sich nicht. „So stand die Sache wegen dieser Formalität recht bedenklich, obgleich eine umfangreiche Liste von Mitarbeitern aus allen Ländern aufgestellt worden war. Zu alledem war noch Genossin Luxemburg gezwungen worden, die Gefängnisstrafe wegen ihrer Frankfurter Rede anzutreten, so daß die ganze Angelegenheit fast auf Mehring allein ruhte.“<sup>7</sup>

Eine Lösung wurde erst auf der Reichskonferenz der Opposition am 5. März 1915 gefunden, einer Zusammenkunft von Delegierten der oppositionellen Gruppen in der Wohnung von Wilhelm Pieck, die die Aufgabe hatte, die weiteren Schritte im Antikriegskampf festzulegen. Während der Zusammenkunft konnte der Redakteur der Düsseldorfer „Volkszeitung“, Peter Berten, dafür gewonnen werden, für die Zeitschrift verantwortlich zu zeichnen. Die organisatorische Vorbereitung des Druckes der neuen Zeitschrift, die unter dem Namen „Die Internationale“ erscheinen sollte, wurde in die Hände von Wilhelm Pieck gelegt. Doch damit waren nicht alle Erschwernisse beseitigt. Von den ursprünglich vorgesehenen Herausgebern befand sich Rosa Luxemburg im Gefängnis, Karl Liebknecht war es mit der Einberufung zum Landsturm am 7. Februar 1915 verboten, in Wort und Schrift zu agitieren. Alles hing nunmehr von der Arbeit des bereits neunundsechzigjährigen Franz Mehring ab, der in Wilhelm Pieck einen Mitstreiter mit großen organisatorischen Fähigkeiten hatte. Für beide war es unter den genannten Umständen nicht leicht, in relativ kurzer Zeit für den Druck und den Vertrieb der Zeitschrift zu sorgen.

Zunächst galt es, in Düsseldorf eine Druckerei zu finden. In einem Feldpostbrief vom 28. März 1915 teilte Franz Mehring seinem Freund Liebknecht über den Vorgang folgendes mit: „Mein Verlagsunternehmen scheint post tot discrimina rerum nun auch gelingen zu wollen. Heut ist



Pieck in D(üsseldorf) und telegraphiert mir eben, daß alles bis auf technische Einzelheiten glatt sei. Morgen wird er mündlichen Bericht erstatten.“<sup>8</sup> Zur Klärung der technischen Einzelheiten fand die zweite Aussprache am 4. April 1915 in Düsseldorf zwischen Wilhelm Pieck und Heinrich Pfeiffer, dem Geschäftsführer der Druckerei der „Volkszeitung“, statt. Es wurde vereinbart, „daß die Auflage 9000 Stück betragen solle und der Genosse Berten die Verantwortung gegenüber den Behörden zu übernehmen habe sowie den Verlag und das Inkasso, während ich (Wilhelm Pieck – H. W.) die Organisation des Vertriebs übernehmen sollte“.<sup>9</sup>

Bei der Organisierung des Vertriebs konnte sich Wilhelm Pieck auf das während der Reichskonferenz der Opposition am 5. März 1915 beschlossene System der Vertrauensleute stützen. Trotzdem bleibt es eine hervorragende organisatorische Leistung Wilhelm Piecks, in nur zehn Tagen, die für Drucklegung und Vertrieb zur Verfügung standen, diese gewaltige Arbeit geleistet zu haben. In seinen Erinnerungen schreibt er, daß der Vertrieb in möglichst kurzer Zeit erfolgen mußte, damit die Behörden die Zeitschrift nicht beschlagnahmen konnten und sie zum günstigsten Zeitpunkt – das war der Aprilzahlabend der sozialdemokratischen Organisationen Berlins am 14. April 1915 – zum Verkauf bereit lag. Tatsächlich gelang es, „und am Mittwoch, dem 14. April, wurde in Berlin die Zeitschrift an unsere Vertrauensleute in einem Lokal in der Wilhelmstraße ausgegeben, und schon am Abend waren sämtliche 5000 Exemplare, die nach Berlin gekommen waren, verkauft“.<sup>10</sup>

Die Wirkung der Zeitschrift „Die Internationale“ war außerordentlich groß und zugleich sehr unterschiedlich. Die Rechtsopportunisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fühlten sich bemüßigt, sofort in der Presse auf die Veröffentlichung der Zeitschrift zu reagieren. Schon am 17. April 1915 erschien ein Artikel von Friedrich Stampfer mit der Überschrift „Einigende Kraft?“, in dem es abschließend hieß: „Für jeden, dem die Einigkeit der deutschen Arbeiterbewegung ein heiliges Gut ist, das über den Weltkrieg hinaus erhalten bleiben muß, mag er sonst welcher Meinung immer sein, mag er auch manches, was geschehen ist, für verfehlt halten, gibt es gegenüber diesen gemeingefährlichen Treibereien nur eine Parole: *Abrücken!*“<sup>11</sup> Dem intellektuellen Rufmord folgte wenige Tage später, mit dem Rundschreiben des Parteivorstandes an die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen vom 23. April 1915, der Bannstrahl gegen die

Herausgeber der „Internationale“. Mit einem geharnischten Protest wandten sich die Herausgeber und Mitarbeiter der Zeitschrift gegen diese Machenschaften, die den Militärbehörden direkt in die Hände arbeiteten.<sup>12</sup>

Eine Anzahl sozialdemokratischer Zeitungen veröffentlichte sofort nach Erscheinen der Zeitschrift in der Rubrik „Aus der Partei“ Notizen darüber und Rezensionen. In der Rezension im Zentralorgan der Partei, „Vorwärts“, hieß es: „Die erste Nummer dieser inoffiziellen Zeitschrift ist in einem Teile der Parteipresse mit sehr stürmischen, wenn auch sehr geteilten Gefühlen begrüßt worden. Das ist kein Wunder, denn schon die Namen der Herausgeber bedeuten eine besonders scharf ausgeprägte Form marxistischen Denkens und rücksichtsloser sozialistischer Kritik . . . Daß dies kräftige Echo, das die Parteiereignisse der letzten Monate in der neuen Zeitschrift gefunden haben, je nach der parteipolitischen Auffassung auch in der Partei und in der Presse einen lebhaften Widerhall finden würde, war nicht minder zu erwarten. Je nach seiner Ansicht kann man den Inhalt des Heftes als rettende Tat begrüßen oder auch als fanatischen Akt der Parteizerstörung verdammen.“<sup>13</sup>

Während die Militärbehörden<sup>14</sup>, die Polizei<sup>15</sup> und die opportunistischen Kräfte in den sozialdemokratischen Parteigremien vor Wut schäumten, ging die Zeitschrift unter den revolutionären Arbeitern von Hand zu Hand.<sup>16</sup> „Hier war der Katze die Schelle umgehängt: der Burgfriede als eine elende Heuchelei entschleiert, der geistige und politische Bankrott der deutschen Sozialdemokratie gekennzeichnet“, schrieb Wilhelm Pieck in seinen Erinnerungen. „Es war eine befreiende Tat der Opposition.“<sup>17</sup> Darum die große Wirkung unter den Arbeitern und anderen Werktätigen, die den baldigen Frieden herbeisehnten.

Die internationale revolutionäre Arbeiterbewegung hatte gleichfalls Kenntnis von dieser befreienden Tat der Opposition in Deutschland, denn von der Zeitschrift wurden Matrizen hergestellt und dem führenden Schweizer Sozialdemokraten Robert Grimm nach Bern übersandt, wo eine Auflage für die Schweiz und die übrigen Länder hergestellt werden sollte.<sup>18</sup> Dadurch ist wahrscheinlich Lenin in den Besitz der Zeitschrift „Die Internationale“ gekommen, denn in seiner im Mai/Juni 1915 verfaßten Arbeit „Der Zusammenbruch der II. Internationale“ führte er sie mehrfach an. Im besonderen hob er wiederholt die richtige Einschätzung Kautskys durch Rosa Luxemburg und Franz Mehring hervor.<sup>19</sup>

Es versteht sich, daß die preußisch-deutsche Reaktion die Zeitschrift „Die Internationale“, dieses Sprachrohr der wirklichen Volksmeinung, der wahren Vertreter der nationalen Interessen des deutschen Volkes, nach ihrem Erscheinen sofort verbot. Die Militärbehörden legten fest, daß die weiteren Nummern unter Vorzensur gestellt werden. Unter diesen Umständen verzichteten die Herausgeber auf die weitere Veröffentlichung der Zeitschrift. Sie übergaben der Presse folgende Erklärung:

„Durch die Verhängung der Vorprüfung ist der von uns herausgegebenen Zeitschrift der Lebensfaden vorläufig zerschnitten. Wir werden ihr zweites Heft deshalb erst am Tage *nach* der Aufhebung des Belagerungszustandes veröffentlichen. Die Erfahrungen, die das erste Heft trotz seiner kurzen Lebensdauer gemacht hat, haben uns in erfreulicher Weise bewiesen, daß wir richtig verstanden worden sind, wo wir verstanden sein wollten.

P. Berten

F. Mehring<sup>20</sup>

Die erste und aus den erwähnten Gründen einzige Nummer der Zeitschrift „Die Internationale. Eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus“ hatte für die politisch-ideologische Entwicklung der führenden Kräfte der Arbeiterklasse sowie für die Festigung des Bewußtseins größerer Teile der Werktätigen eine hervorragende Bedeutung. Gerade das wollten die Herausgeber und Autoren erreichen; darin bestanden Sinn und Aufgabe der veröffentlichten Streitschrift. Völlig zu Recht schrieben sie darum in der Einführung: „Unsere Aufgabe ist die gleiche, wie die Aufgabe der ersten, internationalen Monatsschrift, die Karl Marx herausgab: Selbstverständigung über die Kämpfe der Zeit. Diese Selbstverständigung ist notwendig geworden durch die unheilvolle Verwirrung, die die Wirbel des Weltkrieges in der internationalen und zumal in der deutschen Arbeiterwelt hervorgerufen haben.“ (S. 1.)<sup>21</sup>

Unter diesem Aspekt betrachtet, ist es kein Zufall, daß die Zeitschrift mit dem bedeutsamen Artikel von Rosa Luxemburg „Der Wiederaufbau der Internationalen“ beginnt, denn in ihm wird die Verratspolitik der rechten Sozialdemokratie vom 4. August 1914 überzeugend angeprangert. Treffend lautet der Einleitungssatz ihres Artikels: „Am 4. August 1914 hat die deutsche Sozialdemokratie politisch abgedankt und gleichzeitig ist die sozialistische Internationale zusammengebrochen“ (S. 1). Rosa Luxemburg setzt sich in diesem Zusammenhang mit Kautsky auseinander, der



„als Vertreter des sogenannten ‚marxistischen Zentrums‘ oder politisch gesprochen: als der Theoretiker des Sumpfes, schon seit Jahren die Theorie zur willfährigen Magd der offiziellen Praxis der ‚Parteiinstanzen‘ degradiert und dadurch zu dem heutigen Zusammenbruch der Partei redlich beigetragen hat“ (S. 2), diese Tatsachen aber leugnet. Nach Kautskys Meinung sei die Internationale im wesentlichen ein Friedensinstrument, kein wirksames Werkzeug im Kriege. Rosa Luxemburg antwortet: „Der welt-historische Appell des Kommunistischen Manifests erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nun nach Kautskys Korrektur: Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden und schneidet euch die Gurgeln ab im Kriege! Also heute ‚jeder Schuß ein Ruß, – jeder Stoß ein Franzos‘, und morgen nach Friedensschluß: ‚seid umschlungen Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt‘.“ (S. 4/5.) Es zählt ohne Zweifel zu den besonderen Verdiensten des Artikels, daß in ihm vornehmlich die Polemik mit den gefährlichen Ansichten von Kautsky und seinen Anhängern geführt wird.

Das Anliegen des Artikels von Rosa Luxemburg konnte jedoch nicht nur darin bestehen, die Verantwortlichen für den Zusammenbruch der sozialistischen Bewegung anzuprangern, es mußte sich auch auf die Einschätzung der von den verschiedenen Richtungen in der SPD herausgegebenen „Programme für den Frieden“ erstrecken. In Auseinandersetzung mit der „Durchhaltepolitik“ eines Scheidemann und der Verwirrungstaktik eines Kautsky entwickelte Rosa Luxemburg aus der materialistischen Dialektik die Notwendigkeit, konsequent den Klassenkampf während des Krieges voranzutreiben, „und der erste Schritt in dieser Richtung ist die Aktion für die schnelle Beendigung des Krieges, wie für die Gestaltung des Friedens nach dem gemeinsamen Interesse des internationalen Proletariats“ (S. 7). Nur auf diesem Weg kann der Frieden wiederhergestellt und gesichert werden, denn nicht fromme Wünsche und utopische Forderungen, die man an die herrschenden Klassen richtet, sind eine wirksame Bürgschaft für den Frieden, „sondern einzig und allein der tatkräftige Wille des Proletariats, seiner Klassenpolitik, seiner internationalen Solidarität durch alle Stürme des Imperialismus treu zu bleiben“ (S. 8). Der Artikel Rosa Luxemburgs legt Zeugnis dafür ab, daß die revolutionären deutschen Marxisten in diesem Sinne zu handeln bereit waren.

Getragen von großer Sachkenntnis und Überzeugungskraft, führte Franz Mehring in seinem Artikel „Unsere Altmeister und die Instanzenpolitik“

den Nachweis, daß die Politik einiger Parteinstanzen (Partei Vorstand, Parteiausschuß, Reichstagsfraktion) nichts mit den Lehren von Marx und Engels gemein hatte und einen Bruch mit der revolutionären Vergangenheit der deutschen Sozialdemokratie darstellte. Diese Politik entsprach nicht der Forderung von Marx und Engels, wie Mehring materialmäßig belegte, in jedem Krieg die selbständige Politik der Arbeiterklasse als eine unerläßliche Notwendigkeit, als die oberste Pflicht der Stunde zu betrachten. Darum hatten die Vertreter der Instanzenpolitik kein Recht, sich auf die Altmeister zu berufen. Marx und Engels hätten sich niemals über die Beschlüsse der Sozialistischen Internationale hinweggesetzt und am 4. August 1914 für die Kriegskredite gestimmt. Mehring schätzte abschließend fast prophetisch die weitere Entwicklung des Opportunismus ein, als er schrieb: „Die Instanzenpolitik ist der vollständigste Bruch mit dem geistigen Erbe unserer Altmeister, mit der ganzen Geschichte und allen bisherigen Grundsätzen der deutschen Sozialdemokratie. Ihre logische Folge wäre eine nationalsoziale Arbeiterpartei, die sich mit dem Militarismus und der Monarchie versöhnt und sich mit demjenigen Maße von Reformen begnügt, das auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft für das Proletariat zu erreichen ist.“ (S. 69/70.)

Clara Zetkin vermittelt in ihrem Artikel „Für den Frieden“ einen Überblick über den beginnenden Friedenskampf in Frankreich, England, Rußland und den neutralen Ländern. Dabei möchte sie zeigen, „daß die Arbeiter der kriegführenden Länder sich inmitten des imperialistischen Rausches wieder auf ihre eigenen Klasseninteressen und ihre große geschichtliche Mission zu besinnen anfangen“ (S. 29). Zum Beweis führt sie die internationalen Konferenzen skandinavischer und holländischer Sozialisten an, die jedoch nicht von überragender Wichtigkeit waren. Wesentlich bedeutender waren die ausführlichen Darlegungen über die Vorgänge innerhalb der sozialistischen Bewegung in Frankreich, die Zeugnis dafür ablegen, „daß das Proletariat in den kriegführenden Ländern beginnt, den nationalistischen Taumel abzuschütteln und sich wieder um die Fahne des Klassenkampfes zu sammeln“ (S. 33). Clara Zetkin geht in diesem Zusammenhang auf die Wurzeln des Patriotismus in Frankreich ein, die tief mit den revolutionären Überlieferungen des Landes verwachsen sind. Der Patriotismus ergibt sich aus dem Glanz der großen Revolution, aus dem Kriege gegen die Koalition der Monarchen von ganz Europa, aus dem Deutsch-Französi-

schen Krieg von 1870/71 und nicht zuletzt aus dem Heldenkampf der Pariser Kommune.

Voller Achtung berichtet sie vom Kampf der Friedensfreunde in England, deren Hauptstütze in jener Zeit die Independent Labour Party war, und vom Kampf der russischen Sozialdemokratie. „Die russische Sozialdemokratie hat sich mit ihrem entschiedenen und wiederholten Nein gegen die Kriegskreditforderungen in der ‚echt vaterländischen‘ Duma, Auge in Auge mit aller Gewalt des Zarismus, einen unverwelklichen Lorbeer gepflückt“ (S. 36). Den Kämpfen der Frauen in vielen kriegführenden und neutralen Ländern, deren Friedensruf zunächst von der höllischen Symphonie des Schlachtenlärms und von den brausenden nationalistischen Kriegsliedern verschlungen wurde, widmete Clara Zetkin beeindruckende Sätze.

Nachdem sie das Wirken der Friedenskräfte dargelegt hat, stellt sie an die Führung der deutschen Sozialdemokratie die Forderung, den Willen zur Tat zu zeigen, „der die Massen des arbeitenden Volkes aufruft, für den Frieden und damit für ihre eigenen Interessen die nämlichen Energien einzusetzen, die gleichen Opfer zu bringen, die der Krieg des Imperialismus von ihnen einfordert“ (S. 40). Sie erklärt eine sofortige kraftvolle Friedensaktion der deutschen Sozialdemokratie, der deutschen Arbeiter für die vornehmste Pflicht. „Mit den Führern, wenn diese sich endlich entscheiden; ohne sie, wenn sie noch weiter unentschlossen zögern; gegen sie, wenn sie bremsen wollen. Eine solche Friedensaktion allein könnte die ersten festen Fundamente legen für den Wiederaufbau der Arbeiterinternationalen.“ (S. 41.)

Die Vielschichtigkeit der behandelten Probleme, die aktuelle Bezogenheit der aufgeworfenen Fragen kommt auch in den weiteren Artikeln der Zeitschrift zum Ausdruck. Johannes Kämpfer (Pseudonym von Julian Marchlewski – Karski) stellt die Frage „Wer zahlt die Kriegskosten?“ und beantwortet sie dahingehend, daß unter den damaligen Bedingungen jedes Land, das als selbständiger Staat nach dem Krieg bestehenbleibt, die Kosten seiner Kriegführung selbst zu tragen haben werde. Das aber war gleichbedeutend mit der Verlagerung der Kriegskosten auf die Schultern der Werktätigen. „Die Arbeiterklasse wird den Krieg mit Abnahme ihrer Lebenskraft zu zahlen haben“ (S. 18).

Paul Lange<sup>22</sup> setzte sich mit der von einigen Sozialchauvinisten verbreit-



teten Losung „Sozialismus wohin wir blicken!“ auseinander, indem er die wirkliche Lage der arbeitenden Menschen enthüllte, die alles andere als sozialistisch war. Er wies konkret nach, daß es falsch ist, anzunehmen, der Staat habe während der Kriegszeit der Demokratie und der Selbstverwaltung Zugeständnisse gemacht. Auch die Unternehmer hätten an ihrem volksfeindlichen Standpunkt festgehalten. Es entsprach einfach nicht den Tatsachen, wenn in der damaligen Zeit behauptet wurde, die soziale Lage der Werktätigen habe sich verbessert. „Nicht von solchen Errungenschaften der Arbeiter während des Krieges, sondern von ihren großen Opfern kann gesprochen werden“ (S. 25).

In ihrem Beitrag „Unsere Frauen und der nationale Frauendienst“ behandelt Käte Duncker ein für den damaligen Kampf wichtiges Problem, nämlich das Verhältnis der proletarischen zur bürgerlichen Frauenbewegung. Sie polemisiert gegen den Aufruf des Parteivorstandes der SPD und der Generalkommission der Gewerkschaft an die proletarischen Frauen, dem sogenannten nationalen Frauendienst beizutreten, indem sie nachweist, daß das Ergebnis in keinem Verhältnis zur aufgewandten Kraft steht. Die Aufgabe der proletarischen Frauen kann nicht darin bestehen, den Trennungsstrich zwischen sich und der bürgerlichen Welt zu verwischen. So gesehen, lenkt die Mitarbeit der Genossinnen im Frauendienst von den grundlegenden politischen Aufgaben ab. Vielmehr kommt es darauf an, „sich mit aller Energie in den Dienst unserer Organisations- und Aufklärungsarbeit zu stellen . . ., den Massen den ganzen Widersinn, die Kulturlosigkeit und Gemeingefährlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufzudecken“ (S. 28/29).

Von besonderem Interesse ist die Rubrik „Aus den Parlamenten“, weil dem Leser in zwei Artikeln einiges von den Vorgängen innerhalb der sozialdemokratischen Fraktionen bekanntgegeben wird. Der erste Artikel, von Heinrich Ströbel<sup>23</sup>, befaßt sich mit der Lage in der preußischen Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei, wobei er die Ursachen für den Riß in der Fraktion herausarbeitet. Der zweite Artikel hat die Zersetzung der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei zum Inhalt. Die Herausgeber schreiben dazu: „Es war die Absicht des Genossen Liebknecht, an dieser Stelle über die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion im deutschen Reichstage zu schreiben. Jedoch wurde Liebknecht bereits im Anfang Februar unter das militärische Zwangsgesetz gestellt, und wir mußten

zu unserem aufrichtigsten Bedauern darauf verzichten, ihn unter unseren Mitarbeitern zu begrüßen.“ (S. 48.) Man darf aber wohl annehmen – trotz der für die damaligen Verhältnisse berechtigten Leugnung jeglicher Mitarbeit Karl Liebknechts –, daß Liebknecht mit diesem Artikel in Verbindung zu bringen ist. Ein Vergleich mit der in der gleichen Zeit entstandenen Broschüre „Klassenkampf gegen den Krieg“ läßt diesen Schluß durchaus zu. Der Artikel selbst illustriert ausgezeichnet die Vorgänge in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und brachte sie einem großen Leserkreis nahe.

Die Zeitschrift „Die Internationale“ enthält außer den genannten Beiträgen einen Artikel von August Thalheimer<sup>24</sup> zum Thema „Die Geheimlehre und der Mythos“ sowie eine literarische Rundschau, in der zwei sozialchauvinistische Machwerke von marxistischer Sicht beleuchtet werden. Erwähnenswert ist vor allem die Zerschlagung der kautskyianischen Phrasen, die Kautsky in seiner Schrift „Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund“ veröffentlicht hatte. Die von Rosa Luxemburg stammende Rezension zerpfückt meisterhaft alle seine Argumente über den Imperialismus, die Demokratie und andere gesellschaftliche Probleme; in ihrer polemischen und zugleich überzeugenden Aussagekraft muß sie zu ihrer Zeit eine große Wirkung gehabt haben. Interessant ist auch die von Franz Mehring stammende Besprechung der Broschüre „Partei-Zusammenbruch?“ von Heinrich Cunow.

Die Herausgabe der Zeitschrift „Die Internationale“ war eine große wissenschaftliche, politische und auch organisatorische Leistung der führenden revolutionären deutschen Marxisten. Sie trug wesentlich zur Formierung der Kräfte bei, die konsequent den Kampf gegen den Krieg führten. Die dabei gewonnenen Erfahrungen hatten für die weitere Entwicklung der Gruppe „Internationale“ – die Zeitschrift hatte ihr den Namen gegeben – große Bedeutung. Sie sind eingegangen in den Erfahrungsschatz der deutschen Arbeiterklasse, der die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands befähigte, erfolgreich den Weg zu Frieden und Glück, Demokratie und Sozialismus zu weisen.





## LITERATURNACHWEIS UND ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin, Zentrales Parteiarchiv (IML — ZPA), Wilhelm-Pieck-Archiv, Mappe: Dokumente der KPD 1914 bis 1929. Bericht von Hugo Eberlein über die illegale Arbeit des Spartakusbundes 1914—1918.
- <sup>2</sup> Brief Karl Liebknechts an Julian Borchardt vom 4. Dezember 1915, Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Moskau, Zentrales Parteiarchiv (IML — ZPA, Moskau), Fonds KPD (Vorgeschichte), Nr. 567.
- <sup>3</sup> Siehe Vorwort zum ersten Band der Spartakusbriefe. In: Spartakusbriefe, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. XXXV.
- <sup>4</sup> Siehe Heinz Wohlgemuth: Burgkrieg, nicht Burgfriede!, Dietz Verlag, Berlin 1963, S. 73—88.
- <sup>5</sup> Siehe Wilhelm Pieck: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 332.
- <sup>6</sup> IML — ZPA, Handschriftensammlung, Ms 54/7.
- <sup>7</sup> Wilhelm Pieck: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 333.
- <sup>8</sup> IML — ZPA, Moskau, Fonds 210, Karl Liebknecht, Nr. 916.
- <sup>9</sup> Wilhelm Pieck: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 334.
- <sup>10</sup> Ebenda.
- <sup>11</sup> Arbeiter-Zeitung (Dortmund), Nr. 89, 17. April 1915.
- <sup>12</sup> Siehe Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 157—161.
- <sup>13</sup> Vorwärts, Nr. 109, 21. April 1915. — In ähnlicher Weise äußerte sich die „Leipziger Volkszeitung“, Nr. 88, vom 19. April 1915.
- <sup>14</sup> Peter Berten wurde nach Erscheinen der Zeitschrift „Die Internationale“ vor das stellvertretende Generalkommando in Münster geladen, um wegen Verstoßes gegen die Zensur bestraft zu werden. Da es keine Genehmigungspflicht für Zeitschriften gab, konnte man ihm nichts anhaben.
- <sup>15</sup> „Kaum war die Zeitschrift vertrieben, begann auch schon die Polizei ihre Hetzjagd danach. Doch kam sie überall um eine Nasenlänge zu spät.“ (Wilhelm Pieck: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 334.)
- <sup>16</sup> Siehe Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 283.
- <sup>17</sup> Wilhelm Pieck: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. I, S. 335.

- <sup>18</sup> Siehe ebenda, S. 334. — Wie Walter Bartel in seinem Buch „Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg“, Dietz Verlag, Berlin 1958, S. 222, berichtet, hat der Nachdruck tatsächlich stattgefunden.
- <sup>19</sup> Siehe W. I. Lenin: Werke, Bd. 21, S. 203, 227, 232; vgl. auch S. 327/328.
- <sup>20</sup> Vorwärts, Nr. 119, 1. Mai 1915.
- <sup>21</sup> Alle Seitenangaben beziehen sich auf die Originalausgabe vom April 1915.
- <sup>22</sup> Seit 1906 Vorsitzender des Zentralverbandes der Angestellten; war später Mitglied der Zentrale des Spartakusbundes und der KPD.
- <sup>23</sup> Bis 1916 Redakteur des „Vorwärts“, seit 1917 Mitglied der USPD, seit 1919 Mitglied der SPD; war Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses.
- <sup>24</sup> Redakteur der Zeitung „Volksfreund“ in Braunschweig, gehörte zur Zentrale des Spartakusbundes und der KPD, wurde 1929 aus der KPD ausgeschlossen.







HX 6 .I58

010101 000

Die Internationale



0 1163 0079491 8  
TRENT UNIVERSITY

HX6 .I58  
Die Internationale

RECON

DATE	ISSUED TO
	172873

172873

